

# **ZEIT- GESCHICHTE**

**Lehr- und Arbeitsbuch**

von

**Prof. Mag. Dr. Christian Sitte**

unter Verwendung der  
gemeinsam erstellten Voraufagen mit

**Prof. Mag. Dr. August Walzl**

**Hofrat Mag. DDr. Josef Maderner †**

1. Auflage

Wien 2004

**MANZ Verlag Schulbuch**

[www.manzschulbuch.at](http://www.manzschulbuch.at)

in Verlagsgemeinschaft mit:  
öbv & hpt / Ed. Hölzel / Leykam

# Inhaltsverzeichnis

<b>Zur Einleitung: Ein Überblick vom 19. bis zum 21. Jahrhundert</b>	7
<b>1 Von der Monarchie zur Republik</b>	9
1.1 Strukturprobleme der Monarchie	9
1.2 Der Erste Weltkrieg – Ursachen und Anlass	11
1.2.1 Der Kriegsanlass	12
1.2.2 Der Kriegsverlauf	14
1.2.3 Österreich 1918	15
1.3 Kriegsfolgen	17
1.3.1 Wirtschaftliche und soziale Kriegsfolgen	17
1.3.2 Außenpolitische Folgen des Ersten Weltkriegs	20
<b>2 Neue Weltmächte</b>	24
2.1 Die russische Revolution	24
2.2 Russland wird zur Sowjetunion (UdSSR)	27
2.3 Die USA als wirtschaftliche Großmacht	29
2.3.1 Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929	30
2.4 Japan – Großmacht in Ostasien	31
<b>3 Europa zwischen Demokratie und Faschismus</b>	33
3.1 Überblick	33
3.2 Die Weimarer Republik	34
3.3 Die Anfänge des Faschismus in Italien	36
3.4 Gefährdete Demokratie in Österreich	37
<b>4 Deutschlands Weg in die Diktatur des Dritten Reichs</b>	43
4.1 Scheitern der Weimarer Republik	43
4.2 Die nationalsozialistische Ideologie	48
4.3 Die Wirtschaftspolitik im „Dritten Reich“	50
4.4 Von der Ausgrenzung zur Vernichtung	51
4.5 Nationalsozialistische Außenpolitik	55
4.6 Der spanische Bürgerkrieg – Generalprobe des Faschismus	57
<b>5 Österreich – vom demokratischen zum autoritären Staat</b>	59
5.1 Arbeitslosigkeit und Finanzierungsschwächen	59
5.2 Österreich im Schlepptau des faschistischen Italien	60
5.3 Die Ausschaltung des Parlaments 1933	61
5.4 Zwischen Demokratie und Bürgerkrieg	62
5.5 Der 12. Februar 1934	64
5.6 Das autoritäre Regime	65
5.7 Der Juliputsch 1934	67
5.8 Österreichs Untergang	69
5.9 Österreich zwischen Anschluss und Befreiung	76
<b>6 Der Zweite Weltkrieg</b>	81
6.1 Kriegsverlauf	84
6.2 Die Widerstandsbewegungen	88
6.2.1 Die österreichischen Widerstandsbewegungen	90
6.3 Kriegsende	92
6.3.1 Die Atombombe	92
6.3.2 Grenz- und Völkerverschiebungen 1945	94

<b>7 Die Wiedererrichtung Österreichs</b>	95
7.1 Die provisorische Regierung und der Beginn der 2. Republik	96
7.2 Der Staatsvertrag	104
7.2.1 Das Ringen um den Staatsvertrag	104
7.2.2 Die österreichische Neutralität	107
<b>8 Die 2. Republik</b>	110
8.1 Aus Erfahrungen gelernt – Konzentrationsregierung	111
8.2 Die erste große Koalition	113
8.3 Das Entstehen der Sozialpartnerschaft	115
8.4 Die Einparteienregierungen	118
8.5 Von „Rot/Blau“ über „Rot/Schwarz“ zu „Schwarz/Blau“	123
<b>9 Die Teilung der Welt</b>	134
9.1 Die Teilung Deutschlands	134
9.2 Das sowjetische Herrschaftssystem	137
9.2.1 Methoden des Machtgewinns in den Volksdemokratien	137
9.2.2 Der Kommunismus in Asien	138
9.3 Vergebliche Befreiungsversuche im Ostblock	139
9.4 Von Titos selbständigem Weg zum Krieg in Jugoslawien	142
9.5 Rüstungswettlauf und Abrüstungsbemühungen	148
<b>10 Auf dem Weg zu einem vereinten Europa</b>	154
10.1 Die Idee des Europarates und die Wirtschaftshilfe des Marshallplanes	154
10.2 Vom gemeinsamen Markt zur Europäischen Union	155
10.3 Österreich und die EU	160
10.4 Wie kann sich die EU weiterentwickeln?	162
<b>11 Europa nach der Auflösung der Blöcke</b>	165
11.1 Das Ende der Sowjetunion	165
11.2 Die Revolution in Osteuropa	170
11.3 Ursachen, Folgen der neuen Wanderungsbewegungen	179
<b>12 Entkolonialisierung, Dritte Welt und Globalisierung</b>	181
12.1 Entkolonialisierung	181
12.2 Die Dritte Welt	182
12.3 Globalisierung	186
12.4 Fallbeispiel Naher Osten	190
<b>13 Wertewandel in Kultur und Gesellschaft</b>	196
13.1 Die Menschenrechte	196
13.2 Eine offene Gesellschaft?	198
<b>Anhang:</b>	
Begriffsglossar	201
Register	203
Synoptische Übersicht	206

**Lernen ist eine Frage der Technik  
oder: Wie man mit den Texten in diesem Buch umgehen kann**

**Marginalien**

Marginalien (= Stichwörter am linken Seitenrand) geben Ihnen das Grundgerüst des Textes verkürzt wieder. Sie sind sozusagen „Abschnittsüberschriften“, die Sie mehrfach nützen können:

- Sie können Marginalien für ein kurzes, nur überblicksartiges Durchnehmen von Kapitelteilen verwenden. Dort, wo Sie genauere Information brauchen, arbeiten Sie wieder den Text durch.
- Den umgekehrten Weg kann man auch beim Lernen gehen: Decken Sie dazu den Lehrbuchtext ab und erläutern Sie eine Marginalie nach der anderen.

**Übung:** Versuchen Sie, zu Seite 9 selbst einige Marginalien zu erstellen.

**Markieren von Textstellen**

Wichtige Begriffe oder Abschnitte im Lehrbuchtext können Sie mit einem Marker hervorheben. Achtung: Unterstreichen Sie nur wenig! Auch diese Markierungen sollen Ihnen später schon beim ersten Hinschauen einen schnellen Überblick über das Wesentliche dieses Textblocks vermitteln. Ein Zusatztipp: Die Textblöcke, die Ihnen eine Abfolge von Geschehnissen beschreiben, können Sie auch mit Nummern (1, 2, 3 . . .) versehen.

**Übung:** Versuchen Sie, auf Seite 15 acht „Stationen“ des dort geschilderten Ablaufs am linken Seitenrand mit Nummern zu versehen (ähnliche Übung z. B. bei Kap. 3.2 und 4.1).

**Grafische Zusammenstellung**

Eine einfache grafische Zusammenstellung der entscheidenden Einflussfaktoren in bestimmten Epochen und bestimmten Regionen veranschaulicht komplexe historische Entwicklungen und hilft, eine kurz gefasste Zusammenschau zu erhalten (Sie kennen dies vielleicht von Tafelbildern).

**Übung:** Kap. 1.3.2: Skizzieren Sie Österreich in Ihrem Heft und ordnen Sie die für 1919/20 wesentlichen Faktoren Ihrer Skizze zu, wie „verlorene Gebiete“, „dazugewonnene Gebiete“, „Abstimmungsgebiete“, „Einflüsse von außen“ etc.

Ähnliches können Sie evtl. auch zu Kap. 4.5 oder 9.4 erarbeiten. Machen Sie die Zusammenstellung erst mit Bleistift (da kann man radieren), später markieren Sie Zusammengehörendes mit Farbstift.

**Ablaufdiagramm**

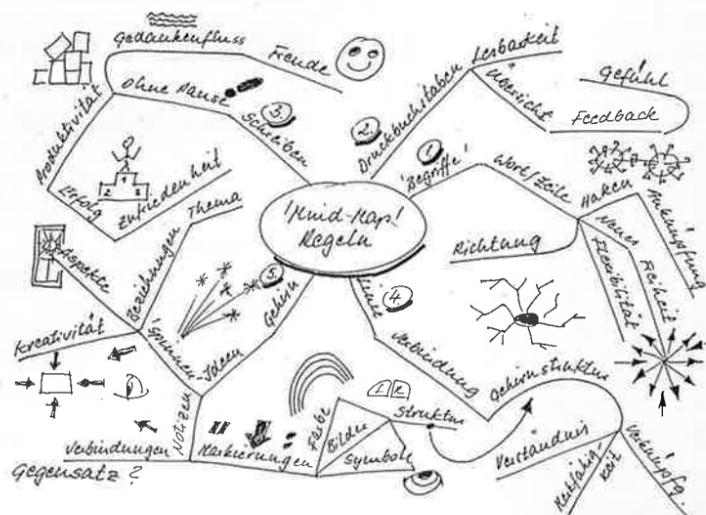
Erstellen Sie von einem Geschehen ein Ablaufdiagramm, um die Chronologie der Ereignisse möglichst deutlich herauszuarbeiten. Ein Beispiel dazu können Sie im Buch am Anfang des Kap. 5 für Österreich finden.

**Übung:** Fertigen Sie ein Ablaufdiagramm für die „Zeit des Kalten Krieges“ oder zu „Österreich – Zweite Republik“ an.

**Mind-Maps – Erstellen einer „geistigen Landkarte“**

- Lesen Sie zuerst den Text (bereits „mit dem Bleistift“ lesen).
- Für eine Mind-Map wird der wichtigste Gedanke, das Thema, in die Mitte des Blattes geschrieben.
- Die Hauptgedanken sind nun die Hauptäste. An diese hängen Sie wie die Blätter eines Baumes weitere wichtige Einzelheiten.
- Was zusammengehört, können Sie farbig einrahmen.

**Übung:** Fertigen Sie eine Mind-Map zu Kap. 1.2, 1.3, 3.4, 7.2 oder 8.2 an.  
Vergl.: [www.mindmap.ch](http://www.mindmap.ch)



**Zur Einleitung**

**EIN ÜBERBLICK VOM 19. BIS ZUM 21. JAHRHUNDERT**

Der Geschichtsunterricht dieses Schuljahres beginnt im 20. Jahrhundert. Für ein tieferes Verständnis werden zuerst einige wichtige Entwicklungen des 19. Jahrhunderts erläutert.

**Industrialisierung**

Erfindungen hatten das Entstehen industrieller Produktionsformen in immer größerem Ausmaß begünstigt (Stahlindustrie, Eisenbahnnetze ab den 1850er Jahren, gegen Ende des 19. Jahrhunderts Chemie und Elektroindustrie). Die Idee des Liberalismus („auch Politik sollte nach der Freiheit der Marktkräfte gestaltet werden dürfen“) brachte neben einer gewaltigen Steigerung der Produktion und der Vermögen auch soziale Probleme mit sich:

**Soziale Frage**

Die neue stark wachsende Bevölkerungsschicht („Klasse“) der lohnabhängigen Arbeiter vegetierte unter elendigen Bedingungen (Arbeitszeiten bis zu 16 Stunden, Kinderarbeit, Slums der Städte . . .). Ein großer Teil des erwirtschafteten Kapitals floss wieder in Investitionen und nicht in den Konsum breiter Bevölkerungsschichten. Ideen wie der Sozialismus (Karl Marx), die Gewerkschaftsbewegung bzw. neue Massenparteien gegen Ende des 19. Jahrhunderts versuchten, Besserungen zu erkämpfen.

**Nationalismus**

Seit der Französischen Revolution (1789) breitete sich die Idee der nationalen Einigung auch in Deutschland und Österreich aus – zunächst in Mittel- und Osteuropa noch zurückgedrängt durch die Herrschaft der Fürstentümer. (→ siehe folgendes Kapitel).

**Imperialismus**

Gleichzeitig strebten die europäischen Mächte, die durch Eroberung von Kolonialgebieten und Aufrüstung der Kriegsflotten miteinander wirtschaftlich konkurrierten, nach Weltgeltung.

Durch Nationalismus und Imperialismus entstand eine Atmosphäre, in der Kriege leicht außer Kontrolle geraten konnten.

**1. Weltkrieg**

Der Erste Weltkrieg (1. Kapitel) beendete nicht nur die alte Ordnung. Er veränderte die Gesellschaft grundsätzlich. Einer kurzen Phase demokratischen Aufbruchs folgte der wirtschaftliche Zusammenbruch. Er traf besonders die vom Krieg zerrütteten europäischen Staaten. Viele glaubten in den neuen Ideologien des Kommunismus (1917 Russische Revolution) oder in der Gegenbewegung, dem autoritären Faschismus, die Lösung ihrer existenziellen Probleme zu sehen.



Das Österreich der Habsburger, das bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine die Politik Europas maßgeblich mitbestimmende Großmacht war, wurde als „Rumpfstaat“ („Der Rest ist Österreich.“) nach 1918 zum Objekt, dessen Schicksal von der allgemeinen politischen Entwicklung abhängig geworden war. Aus den Zerrüttungen und Strukturproblemen, die der Erste Weltkrieg ungelöst hinterlassen hatte, entstand zwei Jahrzehnte später eine zweite, noch schrecklichere, weltweite Katastrophe.

**2. Weltkrieg**

Europa konnte 1945 nur durch den Eingriff der neuen starken Macht USA aus der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs geholt werden. Gemeinsam mit der Sowjetunion (UdSSR) unter Stalin teilten die beiden verbliebenen Supermächte die Welt in zwei politische, militärische (Atomwaffen) und wirtschaftliche Einflussphären. Europas Politiker versuchten – unter dem Eindruck der beiden Weltkriege – im Westen eine Integration und ein Modell der Sozialen Marktwirtschaft als erfolgreiches Friedensmodell voranzutreiben. Dem weltweiten Wettrüsten nicht gewachsen, strebte Gorbatschow danach, die UdSSR politisch und wirtschaftlich zu reformieren. 1989/90 aber zerfiel das sowjetrussische Imperium.

**Die Welt der beiden Blöcke:**



**Globalisierung und 21. Jh. mit einer oder vielen Welten?**

Neue Technologien und Marktkräfte durchdrangen ungebremst, global die Welt. Das westliche Gesellschaftsmodell scheint sich unter der politischen und militärischen Vormacht der USA durchgesetzt zu haben. Einer kleinen Anzahl von „Gewinnern“ steht aber wieder eine große Zahl von „Modernisierungsverlierern“ gegenüber. Die „großen Visionen“ (Ideologien) gibt es heute nicht mehr. Unkontrolliert entstanden regionale Konflikte, „globalisierte“ Gegenbewegungen – in Form von NGOs (Non Governmental Organizations) –, aber auch neue Terrornetze. Vielen Menschen scheint die Welt heute näher den Strukturen des 19. Jahrhunderts als dem durch Teilung in zwei Blöcke (bipolar) geprägte 20. Jahrhundert zu sein.

**www-Tipp**

Geschichteseiten bei URL: [www.schuelerlexikon.de](http://www.schuelerlexikon.de) [www.eduhi.at](http://www.eduhi.at)

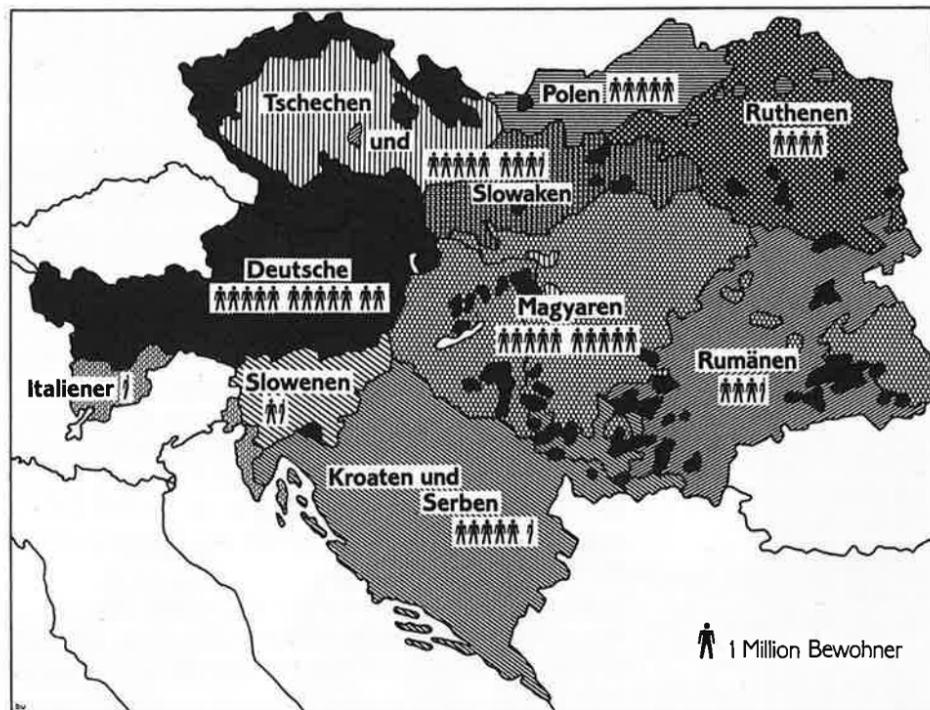




### A Arbeitsaufgaben:

- Überlegen Sie, wo in der Monarchie dieses Bild gehangen sein kann!
- Reihnen Sie die Völker nach ihrer Größe!
- Beschriften Sie die Donau (blau) und die Nachbarstaaten (vgl. mit Karte S. 83) 1 cm = 100 km

Nationalitäten in Österreich-Ungarn (vgl. mit Karte S. 19 und S. 83)



### T 2

www-Tipp

<http://zeit1.uibk.ac.at/quellen/kuprian2.htm>

Die Industrialisierung erfasste freilich nicht die gesamte Donaumonarchie, sondern konzentrierte sich in der österreichischen Reichshälfte auf einige Gebiete in Böhmen, Mähren, Schlesien, Vorarlberg, Steiermark und im Wiener Becken. Die regionalen Unterschiede innerhalb der Donaumonarchie waren enorm: Die Alpen- und Sudentenländer mit 5,5 Prozent der europäischen Bevölkerung erzielten immerhin 4 bis 4,5 Prozent der Industrieproduktion. Die gesamte

Monarchie aber mit 15,6 Prozent der Einwohnerschaft Europas stellte nur 6,3 Prozent der gesamten gewerblichen Erzeugung und blieb damit weit hinter den Industriestaaten zurück. Im gesamtstaatlichen Rahmen gelang es bis zum Ersten Weltkrieg also nicht, die wirtschaftliche Rückständigkeit gegenüber Westeuropa aufzuholen. Der vorherrschende Charakter des Landes blieb der eines industriell ungenügend entwickelten Agrarstaates.

Quelle: Seliger/Ucakar: Wien – politische Geschichte, Wien 1985, S. 714

### T 3

Anteil der Industriebeschäftigten an der Gesamtbevölkerung (1910 in %)

Schlesien	46
Vorarlberg	46
Wr. Becken	43
Böhmen	42
Mähren	34
Oberösterreich	28
Salzburg	25
Steiermark	21
Tirol	19
Ungarn	14
Galizien	9
Kroatien	8
Bosnien	2

### T 4

Tageslohn eines Arbeiters der Lebens- und Genussmittelindustrie sowie Jahresdurchschnittspreise wichtiger Lebensmittel, in K (um 1911)<sup>1)</sup>

	Jahresdurchschnittstägelöhne in Kronen		Jahresdurchschnittspreise in Kronen		
		Kochmehl pro kg	Rindfleisch pro kg	Milch pro l	Schmalz pro kg
Wien	4,01	0,39	1,82	0,29	1,98
Prag	3,09	0,37	1,72	0,30	2,26
Brünn	2,67	0,39	1,80	0,27	1,98
Triest	2,96	0,39	1,85	0,34	2,11
Lemberg	1,96	0,41	1,67	0,245	2,13
Agram	2,50	0,36	2,00	–	2,10

1) macht regionale Unterschiede deutlich

Quelle: Hautmann/Kropf, Arbeiterbewegung, 2. Aufl., S. 102

### T 5

Der Nationalismus ist eine Kreatur mit Janus-Kopf: Einerseits hat er ein großes emanzipatorisches Potential, andererseits trägt er Gefahren in sich. Es ist Selbstbestimmung, wenn man in seinem selbst errichteten Gemeinwesen lebt, mit seiner eigenen Geschichte, Sprache, Kultur, manchmal auch Religion in Einklang steht – und wenn man sich über die Möglichkeit freut, diese Traditionen an seine Nachkommen weiterzugeben. Soweit damit die Bereitschaft verbunden ist, ähnliche Gefühle anderer zu respektieren, ist das die harmonische Version. Aber Nationalismus kann auch fremdenfeindlich, intolerant, aggressiv, hegemonial, autoritär sein, wenn die Bereitschaft fehlt, dem anderen das zuzugestehen, was man für sich selbst fordert. Die große Gefahr dabei ist, dass man von der fremdenfeindlichen Version des Nationalismus so schockiert und erschüttert ist, dass man sein emanzipatorisches Potential übersieht

– und dadurch kann man viele Menschen in die aggressive Richtung des Nationalismus drängen, weil man ihnen seine harmonische Seite vorenthalten hat.

Quelle: Der Politikwissenschaftler S. Avineri in einer Darstellung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 2. 2. 1993

### A Arbeitsaufgaben:

- Stellen Sie Chancen und Gefahren des Nationalismus gegenüber!
- Versuchen Sie, zu erklären, wieso gerade auch der wirtschaftliche Veränderungsprozess (d. h. neue Berufe; Verschwinden alter vertrauter Lebensgewohnheiten; Verunsicherung) den Nationalismus besonders begünstigte!

## 1.2 Der Erste Weltkrieg – Ursachen und Anlass

### Dreibund

Ende des 19. Jahrhunderts verschärften sich die Konflikte zwischen den europäischen Staaten. Auf der einen Seite hatte sich der Dreibund (Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien) gebildet. Deutschlands Außenpolitik, insbesondere der Flottenausbau erzeugten weitere Spannungen mit Großbritannien. Eine Wende in der europäischen Politik trat ein, als Briten und Franzosen 1904 ihre Kolonialinteressen diplomatisch regelten – besonders die in Nordafrika („Entente-Bündnis“). Da Frankreich seit 1893 ein Militärbündnis mit Russland geschlossen hatte, sah sich Deutschland einer ständigen Bedrohung eines möglichen Zweifrontenkrieges gegenüber.

### Entente

### Präventivkrieg

In Österreich war 1906 mit dem neuen Generalstabschef Conrad von Hötzendorf ein Vertreter eines Präventivkrieges, in Form einer begrenzten Militäraktion am Balkan, in eine wichtige Position gerückt. Ein Präventivkrieg ist ein Krieg, der einem vermuteten Angriff zuvorkommt. Nach dem Verlust der Stellung Österreichs im Deutschen Bund und den Verlusten der norditalienischen Provinzen im 19. Jahrhundert konzentrierte sich die österreichische Außenpolitik in Südost-Europa. Das Hauptproblem bildete die Beziehung zu Serbien, die sich durch die Annexion, die politische Aneignung, Bosniens und der Herzegowina (bis dahin türkisch) dramatisch verschlechterte. Alle beteiligten Mächte waren bereit, weitere Probleme kriegerisch zu lösen.

### Annexion Bosniens 1908

Weiter verschärft wurde dieser an sich schon gefährliche Zustand noch durch die Nationalismusprobleme und den von Russland und Serbien unterstützten Ideen, „dass der Befreiung der Slawen im türkischen Reich nun die Befreiung im Habsburgerreich folgen müsste“. Dass diese Ansicht im Inneren der Habsburgermonarchie – trotz vieler nationaler Probleme – nicht als vorrangig angesehen wurde, belegen auch die Umstände, dass die multinationale Armee des Kaisers bis zum bitteren Ende gekämpft hat: Die Italiener stellten bei der Gefangennahme der am 3. und 4. 11. 1918 kapitulierten Truppen nur ein Drittel Deutsch-Österreicher fest – zwei Drittel entstammten allen anderen Nationalitäten der Kronländer.

### Rüstungsindustrie fürchtet um Absatz

Den Rüstungsindustriellen musste eine so lange Friedenszeit bedenklich erscheinen. Zwar blühte das Waffengeschäft, weil die fortschreitende Technik die Ausrüstungen von gestern bald als überholt erkennen ließ, aber das Rüstungsgeschäft musste in allzu langen Friedenszeiten erlahmen.

### Militäraufwendungen in Mio Mark

	1905	1914
F	854	1.286
GB	1.257	1.640
RU	1.063	1.834
D	938	3.244
Ö-U	555	740

Auch die an Rüstung, Krieg und Imperien nicht persönlich Interessierten begannen des langen Friedens müde zu werden. Eingeengt durch seine kleinbürgerliche Umwelt, schien so manchem ein Krieg ein zwar gefährliches, aber doch sehr verlockendes Abenteuer zu sein. Warnende Stimmen wie die der österreichischen Schriftstellerin Bertha von Suttner fanden nur wenig Beachtung. Suttner gründete 1891 die österreichische Gesellschaft der Friedensfreunde.

### T 6

In den letzten Jahren vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde in Deutschland ein Buch mit dem Titel „Deutschland und der nächste Krieg“ zu einem außerordentlichen Erfolg. Es stammte von dem General Friedrich von Bernhardi und gibt sehr deutlich eine nicht auf Deutschland beschränkte militaristische Stimmung, verbrämt durch eigenartige scheinphilosophische Behauptungen, wieder:

### Der „natürliche“ Krieg

„Die großen Streitigkeiten der Völker und Staaten sollen durch Schiedsgerichte, also durch Vergleiche, beigelegt werden? Einseitiges, beschränktes, formales Recht soll an die Stelle der geschichtlichen Entscheidungen gesetzt, dem schwachen soll die gleiche Da-

seinsberechtigung zugesprochen werden wie dem starken, lebenskräftigen Volke? Das alles stellt einen anmaßlichen Eingriff in die natürlichen Entwicklungsgesetze dar, einen Eingriff, der nur zu den schlimmsten Folgen für die Gesamtmenschheit führen könnte.“

### T 7

Tagebucheintragung Bertha von Suttners während der Haager Konferenz zur Gründung eines internationalen Schiedsgerichtshofes im Frühjahr 1899:

„Was ich hier empfand, es war die Erfüllung eines hochfliegenden Traumes! Friedenskonferenz! Zehn Jahre lang ist das Wort und die Sache verlacht worden. Ihre Teilnehmer, machtlose Privatleute, galten als Utopisten. Jetzt versammeln sich auf den Ruf des gewaltigsten Kriegsherrn (gemeint ist Zar Nikolaus II. von Russland) die

Abgesandten aller Machthaber und ihre Versammlung führte denselben Namen: Friedenskonferenz. Ihre Aufgabe ist es, nach Mitteln zu suchen, um den unaufhörlichen Rüstungen ein Ziel zu setzen und die schwere Not, welche die Völker bedrückt, zu beenden.“

Bertha von Suttner schrieb 1889 das Buch „Die Waffen nieder!“

## A Arbeitsaufgabe:

- Begründen Sie den letzten Satz von T 8 bzw. fertigen Sie aus T 8 und T 9 eine Mind-Map an (Zentralbegriff „1914“).

## T 8

Was man hier insgesamt feststellen kann, ist eine zunehmende Bedrohungspsychose, wie sie sich allerorten immer stärker hervorrot. Spätestens seit der Marokko-Krise von 1911 wurde sie so stark, dass man die Jahre 1911–1914 getrost als unmittelbare Vorkriegszeit bezeichnen kann. Das immer größere Misstrauen gegenüber den Absichten der jeweils anderen Macht, die nun immer ängstlichere Suche nach Alliierten, das ist das allgemeine Zeichen der Vorkriegszeit und der Periode des massiven Wettrüstens seit 1912. Und das Hauptproblem jener Zeit scheint mir darin zu liegen, dass die deutsche »Welpolitik« von ihren Nachbarn als immer unbeständiger, immer aggressiver operierend angesehen wurde. Deutschland wiederum flüchtete sich aus der steigenden Isolierung in immer stärkere Muskelspielerei – und in politische Erpressung. Dies schien den anderen Mächten in den politischen Krisen der Jahre 1911–1913 bestätigt zu werden, wo die deutsche Politik tatsächlich ein Muster an Doppeldeutigkeit war.

Quelle: Krumreich, G.: „Das 2. Reich: Das Wilhelmische Deutschland von seinen Nachbarn aus gesehen. In: B. Martin: Deutschland in Europa. dtv 1992. S. 183

## T 9

Auf dem Berliner Kongress 1878 hatten die europäischen Großmächte die Aufteilung des niedergehenden Türkischen Reiches geregelt. Neue Balkanstaaten wie Serbien, Rumänien, Montenegro, später auch Bulgarien wurden geschaffen. Das Zarenreich Russland sollte in seinen Bestrebungen, zum Mittelmeer vorzudringen, zurückgedrängt werden. Zwischen diesen neuen Staaten selbst tobte aber ein von den unterschiedlichen Interessen der Großmächte beeinflusster Guerillakrieg, Terroranschläge und Untergrundkampf, der auch auf die benachbarten Gebiete ausstrahlte. Als Mühlstein am Hals erwies sich das 1878 der Monarchie (zur Verwaltung) zugesprochene Bosnien-Herzegowina. . . . Vergeblich hoffen die Südslawen im k. u. k.-Reich auf die Gewährung der Autonomie unter der Habsburgerkrone (so wie es [1867] Ungarn erreicht hatte). In Kroatien herrschen ungarische Magnaten im Kolonialstil und treiben damit die kroatische Bevölkerung der Großserbischen Idee in die Arme. In Siebenbürgen bedrückt die magyarische Adelskaste wie im tiefsten Mittelalter die rumänische Mehrheit und gibt damit dem Vereinigungsgedanken

Auf solche Weise entstand ein festes, wenngleich verzerrtes Bild vom jeweils anderen. Und als im Jahre 1914 die Deutschen glaubten, den »Sprung ins Dunkle« wagen zu müssen, bevor der Ring der vorgeblichen Einkreisung sich definitiv geschlossen habe, da war auf Seiten der anderen die Überzeugung zur Selbstverständlichkeit geronnen, dass Deutschland nur bluffe, wie immer schon, und dass man mit diesem Land nur zurechtkommen könne, wenn man ihm entschlossen und kaltblütig entgegenetrete. So urteilte beispielsweise der französische Staatspräsident Poincaré, aber die englische Politik stimmte dem zu, genau wie die russische. Auf diese Weise schlitterten dann schließlich alle zusammen in den Krieg, den Deutschlands Aktion auslöste, den aber die anderen sicherlich hätten verhindern können. Für keine der Mächte aber war damals der Frieden das höchste Gut, und alle lebten in der Vorstellung, dass der bössartige Nachbar nur darauf warte, endlich losschlagen zu können.

der Siebenbürger Rumänen mit dem Staat Rumänien erst den rechten Auftrieb. Um Makedonien, das Herzland des Balkans, ringen Griechenland, Serbien und Bulgarien. Um Serbien (und damit Russland) den Weg zur Adria zu versperren, favorisieren Wien und Rom 1913 die Gründung des letzten Balkanstaats Albanien. Als Kompensation aber erreicht Petersburg den Zuschlag des albanisch besiedelten Kosovo an Serbien. . . . Von der Jahrhundertwende ab inszenieren die Großmächte auf dem Balkan eine Folge von Testkriegen und Krisen: Makedonienkrise, Bosnische Annexionskrise, Albanienkrise – die letzte jedoch, die „Julikrise“ 1914, unmittelbar nach dem Attentat von Sarajevo, erweist sich als nicht mehr begrenztbar. Der Große Krieg hatte seit zehn Jahren über Europa in der Luft gelegen, der zündende Funke aber landet bezeichnenderweise auf dem Balkan. Jetzt kommt die Mechanik der Militärbündnisse und der Geheimdiplomatie in Gang, sie erfasst zuerst den Balkan, dann Europa, schließlich die ganze Welt. Der Balkan, Ausgangspunkt zum Ersten Weltkrieg, wird zum Nebenschauplatz.

Quelle: M. Weithmann (HG.): Der ruhelose Balkan. dtv Nr. 4612, 1993

### www-Tipp

<http://www.dhm.de/lemo/html/wk1>  
<http://www.worldwar1.com>

### 1.2.1 Der Kriegs Anlass

Es fehlte den Regierungen in Berlin und Wien nur mehr ein vor der Öffentlichkeit gut vertretbarer Anlass für ein Losschlagen, denn es war ungewiss, ob die deutsche militärische Überlegenheit auch in den zukünftigen Jahren weiter bestehen könnte. In Wien waren Kreise des Außenamtes und der Generalität seit dem Frühjahr 1914 fest entschlossen, Serbien anzugreifen. Die „Ausmerzungen dieses Staates, der den slawischen Minderheiten im habsburgischen Vielvölkerstaat mit russischer Rückendeckung Hilfe im Befreiungskampf versprach“, war – wie bereits eine Deckschrift vom 20. Mai 1914 hervorhob – „absolut lebenswichtig“ geworden. Daher reagierte die Wiener Regierung trotz anfänglichen Zögerns des alten Kaisers überaus scharf, als am 28. Juni 1914 der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Gemahlin bei einem Besuch in Sarajewo, der Hauptstadt der 1908 annektierten Provinz Bosnien-Herzegowina, ermordet wurden. Der Attentäter war ein Student aus dem benachbarten Serbien.

Ausschlaggebend für Österreichs hartes Vorgehen war die bereitwilligste Unterstützung signalisierende Haltung Kaiser Wilhelms. Umgekehrt war Frankreich durch Abkommen an eine Unterstützung Russlands am Balkan gebunden. Dieses unterstützte wiederum Serbien gegen den von ihm verurteilten österreichischen Imperialismus. Deutschlands Einmarsch in das neutrale Belgien rief England endgültig auf den Plan.

... führt zur  
„Bündnisautomatik“

## T 10 28. Juni 1914 – und wie daraus ein Krieg gemacht wird

Die Reaktion des Deutschen Reiches

Erster Bericht des deutschen Botschafters in Wien, Heinrich Graf von Tschirschky, an den deutschen Reichskanzler Theobald Bethmann-Hollweg.

(Da der Bericht am 2. Juli nachmittags in Berlin sofort auch Kaiser Wilhelm II. vorgelegt wurde, hat dieser seine Bemerkungen an den Rand geschrieben.)

„Graf Berchtold sagte mir heute, alles deute darauf hin, dass die Fäden der Verschwörung, welcher der Erzherzog zum Opfer gefallen ist, in Belgrad zusammenliefen. Die Sache sei so wohl durchdacht worden, dass man absichtlich ganz jugendliche Leute zur Ausführung des Verbrechens ausgesucht habe, gegen die nur milde Strafe verhängt werden könne. Hier höre ich auch bei ernstesten Leuten vielfach den Wunsch, es müsse einmal gründlich mit den Serben abgerechnet werden. Man müsse den Serben zunächst eine Reihe von Forderungen stellen und, falls sie diese nicht akzeptieren, energisch vorgehen. Ich benutze jeden solchen Anlass, um ruhig, aber sehr nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten zu warnen.“

(Hoffentlich nicht!)

(Jetzt oder nie!)

(Wer hat ihn dazu ermächtigt? Das ist dumm! Geht ihn gar nichts an, da es lediglich Österreichs Sache ist, was es darauf zu tun gedenkt. Nachher heißt es dann, wenn es schief geht, Deutschland hat nicht gewollt. Tschirschky soll den Unsinn gefälligst lassen! Mit den Serben muss aufgeräumt werden, und zwar bald!)



Das einzige existierende Foto von der Situation unmittelbar nach dem Attentat: Princip wird von österreichischen uniformierten Polizisten festgenommen.

## T 11 Deutscher Blankoscheck

Bericht des österreichisch-ungarischen Gesandten in Berlin, Graf Szögyeny, an das österreichische Außenministerium, 5. Juli, Telegramm Nr. 237, Aufgabe 19.35 Uhr, Eingang 22 Uhr, streng geheim:

„Nachdem ich Kaiser Wilhelm zur Kenntnis gebracht hatte, dass ich ein Allerhöchstes Handschreiben seiner k. u. k. Apostolischen Majestät (gemeint ist Kaiser Franz Joseph I.) ihm zu überreichen habe, erhielt ich eine Einladung der deutschen Majestäten (gemeint sind Kaiser Wilhelm und seine Gemahlin) zu einem Dejeuner ins Neue Potsdamer Palais für heute Mittag. Das Allerhöchste Handschreiben und das beigeschlossene Memorandum habe ich Seiner Majestät überreicht. In meiner Gegenwart las der Kaiser mit größter Aufmerksamkeit, antwortete aber zuerst ausweichend. Nach dem Dejeuner, als ich nochmals den Ernst der Situation mit allem Nachdruck betonte, ermächtigte mich seine Majestät, unserem Allernädigsten Herrn zu melden, dass wir auch in diesem Fall auf die volle Unterstützung Deutschlands rechnen können. Insbeson-

dere gelte dies betreffend einer Aktion unsererseits gegenüber Serbien. Nach Kaiser Wilhelms Meinung muss aber mit dieser Aktion nicht zugewartet werden. Russlands Haltung werde jedenfalls feindselig sein, doch sei er hierauf schon seit Jahren vorbereitet und sollte es sogar zu einem Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Russland kommen, so könnten wir davon überzeugt sein, dass Deutschland in gewohnter Bundestreue an unserer Seite stehen werde. Er begreife sehr gut, dass es Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät bei seiner bekannten Friedensliebe schwer fallen würde, in Serbien einzumarschieren; wenn wir aber wirklich die Notwendigkeit einer kriegerischen Aktion gegen Serbien erkannt hätten, so würde er es bedauern, wenn wir den jetzigen, für uns so günstigen Moment ungenutzt ließen.“

## T 12

Privater Brief des Staatssekretärs im Deutschen Auswärtigen Amt, Gottlieb von Jagow, an den deutschen Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, vom 19. Juli:

„Wir haben nun einmal ein Bündnis mit Österreich . . . Auch darüber, ob wir bei dem Bündnis mit dem sich immer mehr zersetzenden Staatengebilde an der Donau ganz auf unsere Rechnung kommen, lässt sich diskutieren, aber ich sage da mit dem Dichter – ich glaube, es war Wilhelm Busch: ‚Wenn dir die Gesellschaft nicht mehr passt, such dir eine andere, wenn du eine hast.‘ Österreich, welches durch seine mangelnde Aktionskraft mehr und

mehr Einbuße an seinem Ansehen erlitten hat, zählt schon jetzt kaum mehr als vollwertige Großmacht. Durch dieses Zurückgehen der österreichischen Machtstellung auf dem Balkan ist auch unsere Bündnisgruppe entscheidend geschwächt worden . . . Wir können und dürfen Österreich jetzt nicht in den Arm fallen, dann würde der Prozess seines Dahinsiechens und inneren Zerfalls noch beschleunigt.“

## T 13

Kommentar des britischen Außenministers Sir Edward Grey vom 24. Juli:

„Ein Staat, der so ein Ultimatum annimmt, hört doch auf, als selbständiger Staat zu zählen.“

Kommentar Kaiser Wilhelms II. zum Kommentar (= handschriftliche Notiz auf dem schriftlichen Bericht Lichnowskys):

„Das wäre sehr erwünscht. Serbien ist kein Staat im europäischen Sinne, sondern eine Räuberbande.“

1.2.2 Kriegsverlauf

Der von den europäischen Mächten herbeigeführte Krieg entwickelte sich ganz anders, als es sich die Verantwortlichen und die Kriegsbegeisterten vorgestellt hatten: Er führte nicht, wie erwartet wurde, in wenigen Wochen oder Monaten zur endgültigen Entscheidung, sondern er dauerte lange Jahre, in denen Not, Zerstörung und wirtschaftliche Erschöpfung für einige Staaten immer drückender wurden. Er zog viel größere Menschenmassen in seinen verhängnisvollen Wirkungskreis, als man ursprünglich auf beiden Seiten angenommen hatte. Außerdem wurde er wie noch kein Krieg zuvor zu einem „technisierten“ Krieg. Eben weil die rasche Entscheidung ausblieb, fielen dem „Stellungskrieg“ (in Flandern, den Dolomiten, am Isonzo . . .) immer größere Menschenmassen zum Opfer, wurde immer mehr Volksvermögen vernichtet. Wissenschaftler erfanden immer neue Waffen und Hilfsmittel, die ihrerseits wieder enorme Produktionskosten verursachten.

1917 Kriegseintritt USA

Im Verlauf des Krieges zeigte sich die Überlegenheit wirtschaftlich und technisch höher entwickelter Staaten. Für die **Entente** (Frankreich, Großbritannien und Russland, ab Mai 1915 auch Italien) brachte der Kriegseintritt der USA 1917 die entscheidende Unterstützung. Sie konnten damit doppelt so viel Geld aufwenden wie die Mittelmächte. In Österreich, das selbst nur halb so viel aufwenden konnte wie Deutschland, fraß der Krieg pro Jahr ein Viertel des Volkseinkommens auf!

1917 Russische Revolution

Umgekehrt konnten die **Mittelmächte** (Deutschland, Österreich-Ungarn und seine Verbündeten, das Osmanische Reich und Bulgarien) von der im Februar 1917 ausbrechenden Februarrevolution in Russland nur wenig Gewinn ziehen. Erst nach der zweiten, der bolschewistischen Oktoberrevolution 1917 schloss die daraufhin an die Macht gekommene kommunistische Regierung unter Lenin einen Waffenstillstand und Frieden mit den Mittelmächten.

T 14

Winston Churchill, einer der maßgebenden englischen Politiker des Ersten Weltkriegs, in seinen Memoiren: „Die Befreiung des Bodens Frankreichs war der alles beherrschende Ansporn des französischen Volkes zur weiteren Fortsetzung des Kampfes. Die Befreiung Belgiens war immer noch der Hauptgrund für den Entschluss Großbritanniens, Krieg zu führen. Hätte daher Deutschland diese beiden Motive aus dem Weg geräumt, sich mit den Waffen in der Hand an die Grenzen seines eigenen Landes gestellt und sich bereit erklärt, den Frieden eines Besiegten einzugehen, Landbesitz zu opfern und Kriegsentschädigung zu leisten, sich aber andererseits auch entschlossen gezeigt, die Verteidigung seiner Landesgrenzen bis zum Äußersten durchzuführen, falls die Verhandlungen fehlschlügen, gewillt und imstande, einer feindlichen Invasionsarmee Millionenverluste zuzufügen – dann schien und scheint es heute noch, dass Deutschland viel von seinen Prüfungen hätte erspart bleiben können.“

Das Volk hatte je Kopf und Tag drei Scheiben (160 Gramm) minderwertiges, vornehmlich aus Kohlrüben gefertigtes Brot, 19 Gramm Fleisch oder Wurst (die mit Sägespänen gemischt war) und sieben Gramm Margarine zur Verfügung.

In den Monaten zuvor, dem „Kohlrübenwinter“ 1916/17, waren die Menschen in den deutschen Städten, vor allem die Alten und die Kinder der Arbeiterschaft und des unteren Mittelstands, zu Hunderttausenden an Unterernährung zugrunde gegangen, erfroren – weil es auch keine Kohle gab – oder durch völlige Entkräftung der ersten Grippe erlegen. 1915 hatten die Sterbefälle bei der Zivilbevölkerung des Deutschen Reichs bereits um 9,5 Prozent zugenommen, 1916 um 14 Prozent, 1917 um 32 Prozent; bei den Sechs- bis Fünfzehnjährigen betrug die Zunahme der Sterbefälle 55 Prozent. Es mehrten sich die Streiks und Friedensdemonstrationen der hungernden und ausgebeuteten Arbeiterschaft in den deutschen Rüstungsbetrieben. Quelle: Zitiert nach Bernd Engelmann 1976: Wir Untertanen



Erbeuteter englischer Tank



Giftgasopfer an der Westfront

www-Tipp

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/feldpost/begleitung/index-7.html>

Hunger im Hinterland

Herbst 1918  
Auflösung der Monarchie

1.2.3 Österreich 1918

Je länger der Krieg dauerte, umso schlechter wurde die Versorgungslage in der österreichisch-ungarischen Monarchie. Besonders der Winter von 1917/18 gab den Kräften in der Bevölkerung, die auf Frieden drängten, Auftrieb. Im Jänner kam es zu einer großen Streikbewegung im Industriegebiet des Wiener Beckens, die ebenso wie der (niedergeschlagene) Revolutionsversuch auf den Kriegsschiffen in der Bucht von Cattaro „Brot und Frieden“ forderten.

Zu den wirtschaftlichen kamen auch verstärkt nationale Auflösungstendenzen. Eine tschechoslowakische Exilregierung unter Thomas Masaryk wurde von der Entente anerkannt. Der militärische Zusammenbruch der Mittelmächte, das Vorstoßen von Ententetruppen von Südosteuropa her beschleunigten den Auflösungsprozess.

Das Manifest Kaiser Karls im Oktober gab den letzten Anstoß: Als „Revolution von oben“ sollte es als außenpolitisches Signal an die Entente dienen und Friedensbereitschaft und Reformwillen zeigen. Nach außen kam dieses Signal zu spät. Im Inneren sanktionierte es aber die endgültige Auflösung.

Die Monarchie zerfiel – die Länder und Parteien sowie die Staatsverwaltung überlebten als Strukturelemente.

T 15

Aus dem kaiserlichen Manifest vom 17. Oktober 1918:

„Österreich soll, dem Willen seiner Völker gemäß, zu einem Bundesstaat werden, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiet sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet.“

<http://www.aeiou.at/> (Suchen Sie nach Stichworten!)  
<http://www.wienerzeitung.at/aaa/asp/zeigen.htm?ID=52407>

T 16

Rücktrittserklärung Kaiser Karls; 3., 4. und 5. Absatz (11. November 1918):

„... Nach wie vor von unwandelbarer Liebe für alle meine Völker erfüllt, will ich ihrer freien Entfaltung Meine Person nicht als Hindernis entgegenstellen. Im Voraus erkenne ich die Entscheidung an, die Deutsch-Österreich über seine zukünftige Staatsform trifft. Das Volk hat durch seine Vertreter die Regierung übernommen. Ich verzichte auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften.“

nationale Parlamente

Deutsch-Österreich

allgemeine  
Anschlussbereitschaft

Kaiser Karl verzichtet auf  
Regierungsmacht

12. November 1918:  
Ausrufung der Republik

Es hatten sich in den einzelnen Teilen des alten Österreich, den so genannten Kronländern, nationale Volksvertretungen gebildet. Auch die bei den letzten Vorkriegswahlen (1911) gewählten Reichsratsabgeordneten des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes hatten sich am 21. Oktober in Wien als „Provisorische Nationalversammlung des selbständigen deutsch-österreichischen Staates“ konstituiert. Nirgends war man willens, die neuen Gemeinschaften zu einem Bund oder einem lockeren Staatenbund zusammenzuschließen. Viele Deutsch-Österreicher hielten den Anschluss an Deutschland für zweckmäßig: Einige aus alten nationalen „Wunschvorstellungen“, andere aus wirtschaftlicher Überlebensangst in einem Kleinstaat, und die Sozialdemokraten, um gemeinsam in einem sozialdemokratischen Deutschland die Gesellschaft zu verändern.

Auf Nachrichten über revolutionäre Ausschreitungen in Berlin entschloss sich auch der österreichische Kaiser, auf die Ausübung der Regierungsgeschäfte zu verzichten. Die Urkunde wurde am 11. November 1918 in Wien ausgefertigt.

Im Zusammenhang mit dem Rücktritt Kaiser Karls riefen die deutsch-österreichischen Reichsratsabgeordneten unter ihrem Präsidenten, dem Deutschnationalen Dr. **Dinghofer**, und dem provisorischen Staatskanzler, dem Sozialdemokraten Dr. **Karl Renner**, am 12. November 1918 die Republik aus.

**KRIEGS-SANDALEN**  
mit 16mm starken Holzsohlen

aus grauem, drappem oder braunem Stoff montiert, mit starken Einlagen. Die Preise sind bis auf weiteres:

Nr. 21 bis 26	24 bis 30 cm lang.	1 Paar K. 3,-
27	31	1 - 4,-
35	40	1 - 4,-
41	46	1 - 4,-

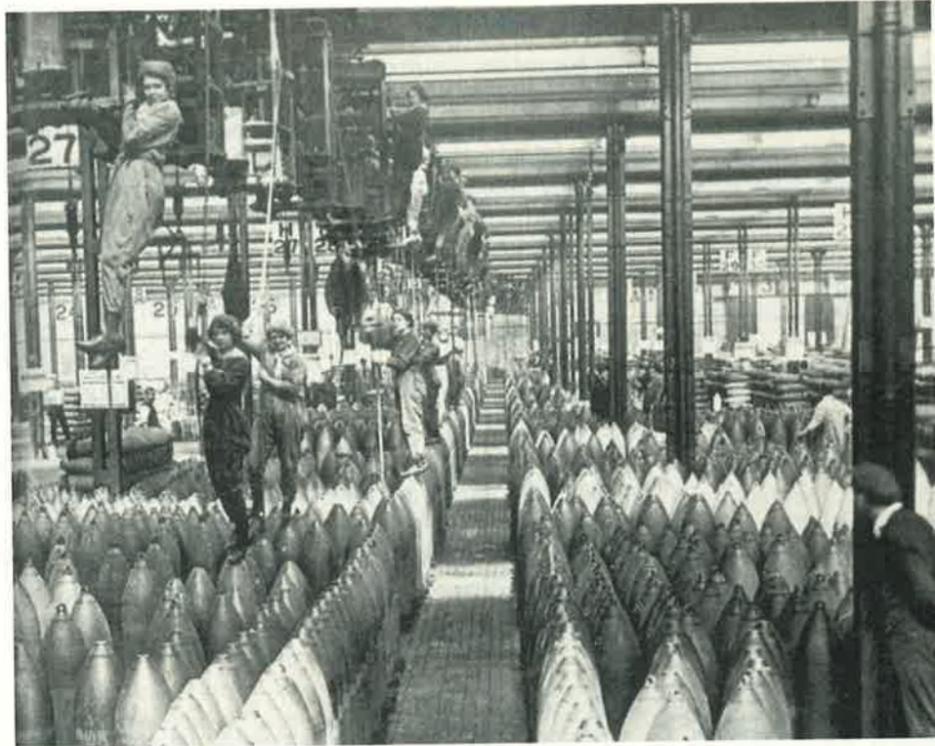
Verwend. nur gegen Vorweisung des Betrages oder per Nachnahme bei Einzahlung einer entsprechenden Anzahl. Bei Bestellung von mindestens sechs Paar Sandalen und Vorweisung des Betrages franco porto Poststation. Auf ein 5-Kilo-Postpaket geben 10 bis 12 Paar.

**Sandalen-Fabrik  
EMIL STORCH**  
Wien, VI. Capistrangasse 5.

Kriegselend im Anzeigenteil der Zeitungen



Dank straffer Wirtschaftslenkung vermochte Deutschland die Produktion von Kanonen von monatlich 200 (1914) auf 2000 (1917) steigern.



Die „Heimatfront“

## T 17

Wie alle anderen jungen Mädchen hatte ich mir die Verwundetenpflege romantisch vorgestellt: Limonade reichen, Kissen richten, kühle Hände auf Fieberstirnen legen, Vorlesen, mit Genesenden spazieren gehen – und flirten. Beschützt, auf jedem Schritt außerhalb des Elternhauses chaperoniert, hatten wir von der Wirklichkeit entfernt gelebt. Der Übergang in diese Wirklichkeit war jäh: sie bedeutete Schweiß- und Uringeruch, bedeutete das hilflose Wimmern von Männern, die als Helden ausgezogen waren und jetzt nach ihrer Mutter, ihrer Frau riefen . . .

Eines Tages hieß es: Der Kaiser kommt!

Er schritt von Bett zu Bett, sprach ein paar Worte. In einer Ecke lag ein besonders tragischer Fall, ein Zwanzigjähriger ohne Arme und Beine, ein hilfloses Menschenbündel, ein Rumpf, der uns beim

Füttern und Säubern anflehte: „Gebt mir was zum Sterben ein.“ Als der Kaiser an seinem Bett stehen blieb und ihm das Eiserne Kreuz auf die Brust legte, fragte er ihn, ob er einen besonderen Wunsch hätte . . .

Der Rumpf zuckte, als wollte er salutieren, erwiderte sehr laut: „Jawoll, Majestät, wenn ich gehorsamst bitten darf, eine Kugel in den Kopf.“

Der Kaiser stutzte, wandte sich schweigend ab, marschierte aus dem Saal, gefolgt von seinen Begleitern, der devot lächelnden Oberin im Kräuselhäubchen, dem Satellitenschwanz der Schwestern.

Der Rumpf sagte: „Erst jagt er uns raus, dann lässt er uns liegen.“

Quelle: Elisabeth Castonier, . . . dann lässt er uns liegen, München 1964

Rationen 1918  
pro Person u. Tag:

Mehl u. Brot	116 g
Fleisch	18 g
Fett	7 g

12. November 1918:  
Während der feierlichen Ausrufung der Republik von der Rampe des Parlaments wurde ein kurzer Film gedreht, dem dieses Bild entnommen ist.



## 1.3 Kriegsfolgen

### 1.3.1 Wirtschaftliche und soziale Kriegsfolgen

Der Erste Weltkrieg hatte 51 Monate gedauert. Auf Seiten der Mittelmächte waren fast dreieinhalb Millionen Soldaten gefallen, auf Seiten der Alliierten betrug die Verluste über 5 Millionen. Mehr als 112.000 Tote hatten die Vereinigten Staaten von Amerika zu beklagen.

Als unabwendbare Folge der ungeheuren Vernichtung von Rohstoffen, Produktionsstätten und Gütern verloren die Währungen der europäischen Länder an Kaufkraft.

Porto für eine Postkarte  
(1920: 5 Pfennig!)



1920



1922



April 1923



Juli 1923

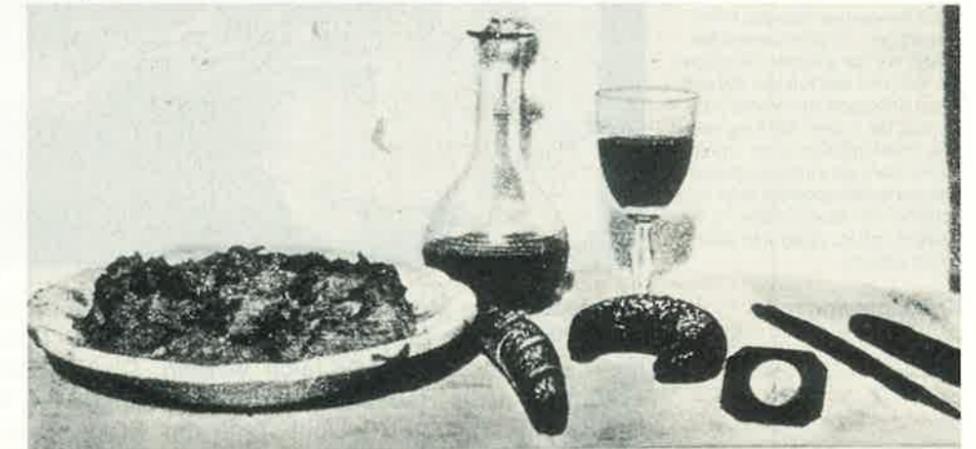


Oktober 1923

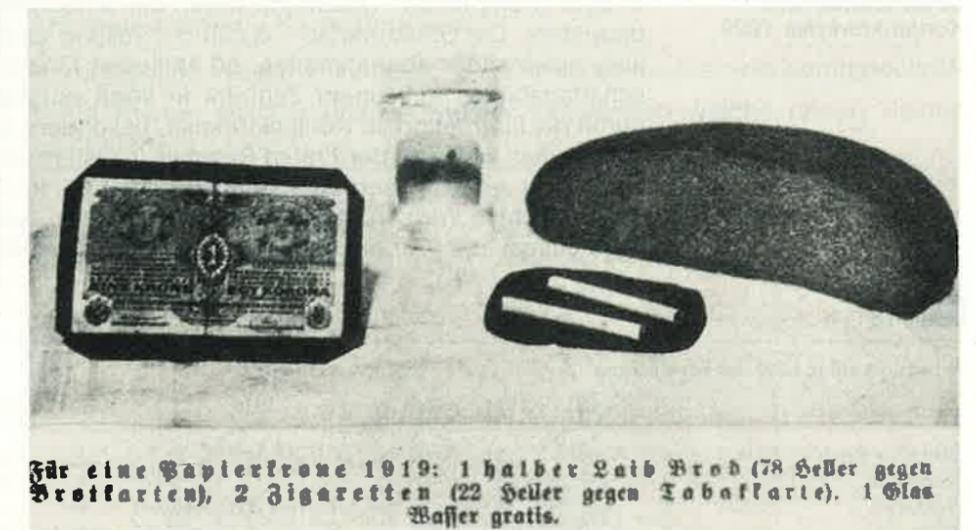


November 1923

Verlust der Ersparnisse



Für eine Silberkrone 1914: 1 Frühstück-Gulasch (48 Heller), 2 Stück Weizengebäck (8 Heller), 1 Liter Wein (24 Heller), 2 Zigarren (20 Heller).



Für eine Papierkrone 1919: 1 halber Laib Brot (78 Heller gegen Brotarten), 2 Zigaretten (22 Heller gegen Tabakarte), 1 Glas Wasser gratis.

Am stärksten wirkte sich der Währungsverfall bei den Mittelmächten aus. Da die Friedensproduktion nur langsam anliefe, der Bedarf an Gütern, besonders an Lebensmitteln, die Kauffreudigkeit steigerte, kletterten die Preise in die Höhe. Die Regierungen der verarmten Länder sahen keine andere Möglichkeit, die Staatsausgaben zu finanzieren, als Banknoten zu drucken, sodass der Wert des Geldes besonders in Österreich und im Deutschen Reich in einer sich steigernden Inflation (Geldentwertung) fast völlig dahinschwand.

Alle, die gespart hatten, ohne ihr Vermögen in Sachwerten anzulegen, mussten erkennen, dass sie plötzlich arm geworden waren. Besonders hart wurden jene Bürger Österreichs und des Deutschen Reichs getroffen, welche die von den Regierungen aufgelegten Kriegsanleihen gezeichnet hatten. Diese Werte gingen gänzlich verloren.

Entwicklung der Industrieproduktion im Verhältnis (% 1913 zu 1920)

	1913	1920
F	100	62
GB	100	100
USA	100	141
D	100	61
B	100	79
Ö	100	48

Nach Kriegsende standen Millionen eifriger und vertrauensvoller Sparer vor der gleichen Situation: Die während des Krieges gezeichneten Kriegsanleihen waren jetzt wertlos, die Kronenwährung selbst ging in der Inflation unter. Unzählige Familien, die ihre Ersparnisse in Kriegsanleihen angelegt oder in Scheinen der Kronenwährung aufbewahrt hatten, verarmten allein schon dadurch.



### Kriegsgewinner

Wer jedoch die Möglichkeiten, welche die Inflation bot, für sich auszunutzen verstand, indem er mit fremden Währungen und Krediten manipulierte, konnte in kürzester Zeit reich werden. Diese Zustände erschütterten das Vertrauen in die Redlichkeit und in den Staat. Sie führten zu einer sozialen Umschichtung, durch welche Teile des Bürgertums, besonders des Mittelstandes, und jene Angestellten und Beamten, die ihre Posten verloren, besonders hart getroffen waren.

### Bedrohung des Mittelstandes

Diese von der Proletarisierung bedrohten Schichten des Bürgertums waren daher für faschistische Ideen und „Sündenbockideologien“ leicht zu gewinnen.

### Strukturkrise und Konjunkturkrise 1929

In dem „Rumpfstaat“ Österreich waren die wirtschaftlichen Probleme besonders stark. Die Strukturkrise – durch die Teilung eines ehemals in Arbeitsteilung aufeinander abgestimmten, 50 Millionen Einwohner umfassenden Wirtschaftsgebietes mit einem Zentrum in Wien entstanden – wurde verstärkt durch die internationale Konjunkturkrise, besonders ab dem Jahr 1929. Somit konnte man während der Ersten Republik in Österreich, z. B. am Arbeitsmarkt, von keiner wesentlichen Entspannung sprechen. Im Gegenteil, mit Fortdauer der schlechten Wirtschaftslage stieg die Zahl der „Ausgesteuerten“ (Leute die nicht einmal mehr Arbeitslosenunterstützung bekamen).

### T 18

Arbeitslose auf je 1.000 der Bevölkerung

	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Deutsches Reich	6	4	12	16	10	32	21	22	30	48	71	88
Österreich	2	9	20	17	27	31	30	28	29	36	45	59
Frankreich	9	5	4	6	7	7	27	9	3	4	20	33
Italien	16	16	10	7	4	4	10	12	11	15	26	39
Schweiz	15	17	8	4	3	4	3	2	2	3	6	13
ČSR	–	17	29	14	7	9	7	5	5	13	37	62
Niederlande	5	7	11	9	8	8	8	7	7	9	15	31
Ungarn	4	4	5	7	8	6	4	4	4	5	7	8
Russland	–	–	–	13	10	11	13	15	14	11	4	3
Japan	4	6	6	6	6	5	5	5	7	9	10	11

Quelle: D. Stiefel, Arbeitslosigkeit, Berlin 1979, S. 20

### Kapitalabfluss aus Westeuropa

Auch die europäischen Siegermächte bekamen die ungeheure finanzielle Belastung durch die Kriegsaufwendungen zu spüren. Die britischen und französischen Kapitalanlagen im Ausland hatten sich beträchtlich vermindert. Die Anleihen und die Anlagen in Russland waren gänzlich verloren. Großbritannien, Frankreich und Italien hatten sich in den Vereinigten Staaten von Amerika mit etwa zehn Milliarden Dollar (ca. 12 Milliarden Euro) verschuldet.

### Schulden an die USA

### USA werden erste Wirtschaftsmacht

Am wenigsten wurden die Vereinigten Staaten von Amerika von diesen Problemen betroffen. Dort hatte der Krieg nicht nur nichts zerstört, sondern die Produktion gigantisch gesteigert. Der sehr beweglichen amerikanischen Industrie gelang es rasch, sich auf die Friedensproduktion umzustellen, sie war die große Gewinnerin.



Europa vor dem Ersten Weltkrieg (1910)

### A Arbeitsaufgaben – Kartenanalyse:

- Vergleichen Sie mit T 19: Welche Änderungen wurden wo durchgeführt?
- Auf Kosten welcher großen Staaten entstanden welche neuen kleinen Staaten?



Europa nach dem Ersten Weltkrieg (1920)

### 1.3.2 Außenpolitische Folgen des Ersten Weltkriegs

Der Krieg war durch den Eintritt Amerikas entschieden worden. Der Präsident der Vereinigten Staaten trug daher im besonderen Maß die Verantwortung dafür, was nach dem Sieg der Alliierten geschehen sollte.

#### Wilson's Verantwortung

Präsident Woodrow **Wilson** war sich dieser Last durchaus bewusst. Schon vor Kriegsende hatte er in Paris ein in vierzehn Punkte gegliedertes Friedensprogramm vorgelegt, welches das Selbstbestimmungsrecht der Nationen anstrebte, aber letztlich nicht verwirklichte. Der vierzehnte Punkt verlangte die Bildung einer „**Allgemeinen Vereinigung von Nationen**“, die durch besondere Vereinbarungen „für die politische Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit“ der kleinen wie der großen Nationen zu bürgen habe.

#### Hoffnung auf dauernden Frieden

Die Wahl der französischen Hauptstadt als Tagungsort erwies sich als hinderlich für dieses Vorhaben. Die vom Krieg gezeichnete Bevölkerung, die auf Vergeltung eingestellte Presse und das Übergewicht des Gastgeberlandes ließen Wilsons hochfliegende Pläne unrealistisch erscheinen. Der französische Ministerpräsident **Clemenceau** gewann bei den Verhandlungen größeren Einfluss als Wilson. (Als junger Mann hatte er nach der Niederlage Frankreichs gegen Preußen und seine Verbündeten [1870/71] seinen Landsleuten empfohlen: „Nie davon sprechen, aber immer daran denken!“)

#### Clemenceau für Vergeltungsfrieden

Unter diesen Umständen setzte Clemenceau einen relativ harten Frieden durch. Er zwang Deutschland zur Aufgabe der Kolonien, zur Abtretung von Elsass und Lothringen an Frankreich, von Oberschlesien (nach einer Volksabstimmung) und eines so genannten Korridors zwischen West- und Ostpreußen an Polen und zur Übergabe von Grenzgebieten an Dänemark und Belgien. Das Saarland wurde bei wirtschaftlicher Ausnützung durch Frankreich für fünfzehn Jahre der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt; dann sollte eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit zu Frankreich oder dem Deutschen Reich entscheiden. Außerdem wurde beschlossen, dass das Deutsche Reich Reparationen (Kriegsentschädigungen) in der Höhe von 132 Milliarden Goldmark zu leisten hätte. Mit den Sachlieferungen wurde unverzüglich begonnen. Eisenerz, Kohle, Holz, Maschinen, Vieh und andere Güter begannen in großen Mengen nach Frankreich abzufließen, da dieses Land durch den Krieg schwere Schäden erlitten hatte und die Wiedergutmachung vom unterlegenen Gegner erwartete. Auch die Bezahlung der Besatzungskosten wurde auf diesem Wege geregelt. Auf deutscher Seite hatte man es als besonders schockierend empfunden, dass schon der Waffenstillstand an die Bedingung von umfangreichen Sachlieferungen geknüpft war. In völkerrechtlicher Hinsicht wurde dieser Fragenkom-

#### Gebietsabtretungen Deutschlands

#### Reparationen

## T 19

Auszug aus dem Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson („14 Punkte“) vom 8. Jänner 1918:

3. Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Erleichterung der Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen jenen Nationen, die sich dem Frieden anschließen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

6. Die Räumung des gesamten russischen Gebietes und die Regelung aller Russland betreffender Fragen in der Art, welche die beste und freieste Mitarbeit der anderen Völker der Welt sichert, um Russland die Möglichkeit zu geben, ungehemmt und unbeirrt eine unabhängige Entscheidung über seine eigene politische und nationale Entwicklung zu treffen, und um Russland einen aufrichtigen Empfang in der Gesellschaft freier Nationen unter selbst gewählten Staatseinrichtungen zu sichern; . . .

7. Belgien muss – und darin stimmt die ganze Welt überein – geräumt und wiederhergestellt werden, ohne dass je versucht werden darf, seine Souveränität, deren es sich in gleicher Weise wie alle anderen freien Nationen erfreut, einzuschränken. . . .

8. Das gesamte französische Gebiet soll befreit und die mit Krieg überzogenen Teile wiederhergestellt werden; das Unrecht, das Preußen im Jahre 1871 in Bezug auf Elsass-Lothringen der französischen Nation zugefügt hat, dieses Unrecht, welches seit nahezu fünfzig Jahren den Weltfrieden in Frage gestellt hat, soll wieder-

gutgemacht werden, damit der Frieden im Interesse aller wieder sichergestellt werden kann.

9. Die Berichtigung der italienischen Grenzen soll vorgenommen werden nach den klar erkennbaren Scheidelinien, welche die Nationalitäten umgrenzen.

10. Den Völkern von Österreich-Ungarn, deren Platz wir unter den anderen Nationen sichergestellt zu sehen wünschen, soll die erste Gelegenheit zu einer autonomen Entwicklung gegeben werden. . . .

12. Den türkischen Teilen des jetzigen osmanischen Kaiserreichs soll eine unbedingte Selbständigkeit sichergestellt werden, aber die anderen Nationalitäten, die jetzt unter türkischer Herrschaft stehen, sollen unbedingt ihres Lebens sicher sein und es muss ihnen erlaubt sein, sich vollkommen und ungehindert autonom zu entwickeln. Die Dardanellen sollen dauernd als freie Durchfahrt unter internationalen Garantien den Handelsschiffen aller Nationen geöffnet werden.

13. Ein unabhängiger polnischer Staat soll geschaffen werden, der alle von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete umfasst; ein freier und sicherer Zugang zum Meere soll ihm gewährleistet werden; seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit, seine territoriale Unverletzlichkeit soll durch internationalen Vertrag garantiert sein.

#### Kriegsschuldfrage

#### Verträge in Pariser Vororten; Versailles

#### Saint-Germain: „der Rest ist Österreich“

#### Südtirol zu Italien

#### serbische Truppen in Südkärnten

#### Heimwehren bilden sich

#### Italien für Einheit Kärntens

#### Volksabstimmung über Südkärnten

plex so geklärt, dass die Verliererstaaten mit der alleinigen Schuld am Ersten Weltkrieg belegt wurden.

Während der Friedensvertrag mit **Deutschland in Versailles** (1919) unterzeichnet wurde (dort, wo 1871 das Deutsche Reich ausgerufen worden war), waren die Schlösser anderer Pariser Vororte Schauplätze der Unterzeichnung der Friedensverträge mit den im Krieg mit Deutschland verbündeten Staaten.

Für **Österreich** unterzeichnete der provisorische Staatskanzler Dr. Karl Renner den Friedensvertrag in **Saint-Germain** (1919). Auch von Österreich wurden verschiedene Gebiete abgetrennt, die nicht mehr zu dem neuen Kleinstaat der Republik Österreich gehören sollten, sondern den Nachbarstaaten gegeben wurden. So marschierten italienische Truppen nach dem Zusammenbruch der österreichischen Front schnell in Südtirol, im Kanaltal, in Görz, Triest und Istrien ein. Diese Gebiete waren dem Königreich Italien ja bei seinem Kriegseintritt von den Entente-Mächten in geheimen Verträgen versprochen worden und Italien wollte mit der Inbesitznahme vollendete Tatsachen schaffen. Italienische Carabinieri-Einheiten besetzten aus Sicherheitsgründen sogar eine Zeit lang die Bahnlinie von Tarvis über Villach und Feldkirchen bis St. Veit.

Truppen aus Serbien wiederum drangen in die Südsteiermark und in Südkärnten ein. Das geschah zu der Zeit, als aus den Ländern Serbien, Kroatien und Slowenien (dem alten Herzogtum Krain) der neue SHS-Staat (Srbija, Hrvatska, Slovenija) gebildet wurde, eine Art Bundesstaat. Unter Hinweis auf die slawischen Bevölkerungsteile in Südkärnten wurde dieses Gebiet für den SHS-Staat beansprucht. Zugleich aber besetzte die Hauptmasse der serbischen Armee auch große Teile Ungarns, da der serbische Expansionswille auch an beträchtlichen südungarischen Gebieten Interesse hatte. Da die serbischen Streitkräfte hauptsächlich auf Südungarn konzentriert waren, konnten sich militärische Gruppen in Kärnten in einem Abwehrkampf erfolgreich durchsetzen. Diese militärischen Gruppen, die so genannten Heimwehren, bildeten sich aus der Bevölkerung. Unterstützung erhielten sie von der Volkswehr und von Helfern aus anderen Bundesländern.

Eine internationale Untersuchungskommission aus Vertretern der Entente-Mächte studierte die Lage und gab der Friedenskonferenz in Paris ihre Empfehlungen. Dabei setzten sich vor allem die Vertreter Italiens für die Unteilbarkeit Kärntens ein, um den Südslawen-Staat nicht stärker werden zu lassen. Für den 10. Oktober 1920 wurde daher von der Pariser Friedenskonferenz eine Volksabstimmung angesetzt, bei der sich fast 60 Prozent der betroffenen Bevölkerung Südkärntens, also auch viele Slowenen, für den Verbleib des Gebietes bei Kärnten aussprachen. Die Mitglieder der Friedenskonferenz respektierten dann diese Abstimmung. Bei einer Abtrennung Südkärntens hätten etwa die dort lebenden Bauern ihre Absatzmärkte in Wolfsberg, Völkermarkt, Klagenfurt und Villach verloren. Auch schien der slowenischen Arbeiterschaft in Südkärnten die österreichische Sozialgesetzgebung günstiger als jene in Jugoslawien.

#### www-Tipp

<http://www.aeiou.at> (Suchen Sie Infos zu den genannten Bundesländern!)

## T 20

#### Entscheidung in Kärnten

#### Mitteilung der interalliierten Kommission vom 21. Juli 1920:

„Proklamation an die Bevölkerung des Kärntner Abstammungsgebietes! Noch vor dem Tage der Volksabstimmung, zu welcher ihr in kurzer Zeit zusammengerufen werden sollt, ist die interalliierte Kommission Englands, Frankreichs und Italiens in eurer Mitte eingetroffen, in der offenkundigen Absicht, einem Werk der Weisheit und Gerechtigkeit vorzustehen. Es liegt ihr am Herzen, vom Augenblicke des ersten Begegnens an die großmütigen Grundsätze der Achtung für den Volkswillen hervorzuheben, von welchem unsere freisinnigen, durch ihre betreffenden Regierungen vertretenen Völker beseelt sind, da eure Völker jetzt eingeladen sind, dieselben Vorteile zu genießen und dieselben Rechte auszuüben. Die Grundbedingungen zur ungehinderten Ausübung dieser Rechte sind: öffentliche Ordnung, Gleichheit der Rassen und Nationalitäten

vor dem Gesetz, gegenseitige Achtung der Meinung und der Konfession, mit einem Worte Ruhe; diese Grundbedingungen muss sich jedermann rückhaltlos auferlegen und niemals überschreiten.

Mit vollem Vertrauen, dass eure Zivil- und Religionsbehörden dieselben zur Geltung bringen werden, verlässt sich die Kommission bezüglich deren Anwendung auf den gesunden Verstand und guten Willen der Bevölkerung. Sie ist nicht gekommen, um ihren Willen aufzuzwingen, doch sie ist entschlossen, das ihr von den Mächten anvertraute Mandat getreulich auszuüben.

Sie verbürgt die Freiheit und Aufrichtigkeit der Ausübung des Stimmrechtes. Sie kann weder vorherigen Druck noch nachfolgende Vergeltungsmaßnahmen zulassen.“



Nach der Volksabstimmung und der Verkündung des Ergebnisses wurde in Klagenfurt eine Versöhnungsfeier abgehalten, bei der Vertreter deutscher und slowenischer Gemeinden Arm in Arm den Versöhnungstrunk tranken.



### Anschluss an Deutschland verboten

Der Anschluss des deutschsprachigen Sudetenraumes (der Grenzregion Böhmens und Mährens) oder gar ein politischer Zusammenschluss Österreichs mit Deutschland wurden jedoch untersagt – verständlicherweise, denn dadurch wäre Deutschland nach dem Krieg wirtschaftlich und politisch stärker hervorgegangen, als die Sieger dies wollten.

Der Gedanke, dass das verbliebene kleine „Rest-Österreich“ allein nicht lebensfähig wäre, hielt lange Jahre in der neuen Republik an. Die Abgeordneten wollten den von ihnen selbst bestimmten Anschluss schon im Namen des Staates in ihrer ersten Verfassung ausdrücken (siehe Marke S. 9).

In mehreren Bundesländern erfolgten Volksabstimmungen (die Vorarlberger stimmten mit 80% Mehrheit für einen Anschluss an die Schweiz; in Tirol, Salzburg und Oberösterreich gab es ebenfalls Anschlussbestrebungen an Deutschland) auch noch nach dem Anschlussverbot im Vertrag von St. Germain. Zur wirtschaftlichen Absicherung der neuen Republik und Eindämmung der Inflation gewährten die Siegerstaaten Österreich 1922 Finanzhilfe (Genfer Protokolle). Darin wurde aber auch die Unabhängigkeit Österreichs ein weiteres Mal festgeschrieben und der Name „Deutschösterreich“ verboten. Pläne einer deutsch-österreichischen Zollunion 1931 wurden mit Verweis darauf von den Siegerstaaten verhindert. Die demokratischen Parteien Österreichs strichen den Anschlussgedanken erst 1933 (Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland – Kap. 4.1) aus ihren Programmen.

### Volksabstimmungen



Demonstrative Einholung der Grenzpfähle durch Innsbrucker Studenten nach der Tiroler Abstimmung

### Salzburger Volksblatt

## Die Anschließ = A

Das Endergebnis in Salzburg. – Die Abstim

Das Endergebnis der Volksabstimmung über die Frage „Wird der Anschluss an Deutschland gewünscht?“ im Lande Salzburg ist folgendes:

Abgegebene Stimmen	100.261
davon lauteten auf „Ja“	98.986
auf „Nein“	889
ungültige Stimmen	384

Es wurde demnach durch 98,7 Prozent aller abgegebenen Stimmen die gestellte Frage bejaht.

Ergebnis der inoffiziellen Anschlussabstimmung in Salzburg am 29. Mai 1921

### Verlust Südtirols

### Burgenland (ohne Ödenburg) an Österreich

Der Verlust Südtirols an Italien konnte nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Außerdem wurde Österreich Deutsch-Westungarn, das sind die deutschsprachigen Gebiete von drei ungarischen Komitaten, zugesprochen. Das Gebiet kam allerdings erst nach jahrelangen Bemühungen, bewaffneten Auseinandersetzungen und ohne die zunächst geplante Hauptstadt Ödenburg zu Österreich. Die Stadt verblieb nach einer umstrittenen Volksabstimmung bei Ungarn.

### T 21 Südtirol: Plakattext der Parteien vom 10. Oktober 1920:

„Südtiroler!

Mit dem heutigen Tage ist die Einverleibung Südtirols in das Königreich Italien vollzogene Tatsache. Damit ist das alte Land Tirol in zwei Teile zerrissen. Südtirol ist das Opfer des Friedensvertrages geworden, der uns trotz des feierlich verkündeten Selbstbestimmungsrechtes von unseren Volksgenossen losreißt . . .

Die Bevölkerung Südtirols erhebt am heutigen Tage die Stimme des schärfsten Protestes gegen diesen Faustschlag, der gegen Recht, Freiheit und Friedenssehnsucht der Völker geführt wird. Wir Südtiroler haben die unerschütterliche Hoffnung, dass der Tag kommen wird, an welchem uns Gerechtigkeit und weit schauende Politik die nationale Befreiung bringen werden. Südtiroler! Aufrecht wollen wir den heutigen Tag über uns ergehen lassen! Wir fordern euch auf, jede Ungesetzlichkeit zu vermeiden und mit Ruhe und Würde das Schicksal zu ertragen.“

Abstimmungsplakat im Burgenland



### Trianon

Ungarn erhielt den Friedensvertrag in Trianon (1920). Es musste den Norden (die Slowakei) der neugegründeten Tschechoslowakischen Republik, den Osten (Siebenbürgen) an Rumänien, den Süden (die Wojwodina) dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, dem späteren Jugoslawien (1929), und den Westen, wie erwähnt, Österreich abtreten. Ungarn wurde somit auf das Kernland beschränkt.

### enttäushtes Italien

Nicht nur die Völker der besiegten Staaten waren von den Friedensschlüssen enttäuscht. Auch Italien hatte nicht alle seine Wünsche durchsetzen können. Zwar hatte es Südtirol, Triest und Istrien, teilweise erst nach bewaffneten Aktionen, seinem Staatsgebiet einverleibt, doch konnte es vom beanspruchten Dalmatien nur ein kleines Gebiet um die Stadt Zara (Zadar) zugesprochen erhalten. National gesinnte Italiener hofften daher ebenso auf eine Revision des politischen Zustandes in Europa wie deutsche und ungarische Nationalisten.

### Wunsch nach Revision der Verträge

### Sèvres



### Kleinstaaterei hemmt die Wirtschaft

Das Osmanische Reich wurde zunächst in Sèvres zum Verzicht auf alle Gebiete außerhalb Kleinasiens gezwungen. Einmarschierende ausländische Truppen (aus Frankreich und Griechenland) verstärkten den Zulauf zur Nationalbewegung des Berufsoffiziers Mustafa Kemal. Er erzwang in einem Krieg bis 1922 den Abzug der fremden Armeen, setzte den Sultan ab und rief eine weltlich und westlich orientierte „Türkische Republik“ aus. 1923 erreichte er, der sich Kemal Atatürk nennen ließ, einen günstigeren Friedensvertrag in Lausanne.

Die neue politische Landkarte Europas fand also durchaus nicht eine allgemeine Zustimmung. Großräume waren zerstört. Die neu geschaffenen Staaten, wie die Tschechoslowakische Republik, Polen, das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, das aus der Realunion mit Österreich gelöste Ungarn und die baltischen Republiken Litauen, Lettland und Estland sowie Finnland wollten auf Souveränitätsrechte aller Art nicht verzichten. Die neuen Grenzen hemmten die wirtschaftliche Entwicklung. Manche Länder, unter ihnen auch Österreich, kamen daher aus einer krisenhaften Situation nie heraus.

### A Arbeitsaufgaben:

- Zählen Sie die verschiedenen Gründe auf, welche Frankreich, das insbesondere auf das Anschlussverbot bestand, zu besonders harten Friedensbedingungen gegenüber dem Deutschen Reich veranlassten.
- Überlegen Sie, warum den Verliererstaaten die alleinige Kriegsschuld aufgebürdet wurde und ob es sich dabei um völkerrechtliche oder moralische Gesichtspunkte handelte.

## 2 Neue Weltmächte



Der Zar segnet die Soldaten mit einer Ikone.

Bereits während des Ersten Weltkrieges hatten die USA der Französischen Republik und Großbritannien durch Kredite und die Lieferung von Kriegsmaterial entscheidend geholfen. Nach den Kriegsjahren nun wuchsen die USA zu einer gleichsam weltbeherrschenden Industriemacht heran, so sehr sich auch andererseits die politische Führung der USA von den politischen Vorgängen in Europa fern hielt. Eine Großmacht ganz anderer Art wiederum entstand im Zuge vielfältiger Wandlungsprozesse in Russland – die Sowjetunion. Nationales Geltungsbedürfnis gesteigerter Art und wirtschaftliche Expansion wirkten aber auch in Japan. In Indien strebte die heimische Führungsschicht nach mehr Freiheit von der britischen Vormundschaft. China wiederum war noch das passive Objekt auswärtiger wirtschaftlicher Interessen, doch veränderten sich auch dort die politischen Verhältnisse.

### 2.1 Die russische Revolution

Der aufgrund seiner wirtschaftlichen Rückständigkeit von den Kriegseignissen am stärksten betroffene Staat war das von Nikolaus II. autokratisch (d. h. als niemandem verantwortlicher Herrscher) regierte Zarenreich Russland.

Obwohl die Leibeigenschaft seit etwa einem halben Jahrhundert abgeschafft war, lebten die Bauern – mehr als 90 Prozent der Bevölkerung! – in Unwissenheit und meistens auch in Armut. Banken und Industrien wurden zu einem hohen Prozentsatz von Ausländern, besonders Deutschen und Franzosen, beherrscht. Die russische Oberschicht hatte den Status von Feudalherren beibehalten. Viele von ihnen besaßen riesige Ländereien, um die sie sich in der Regel nicht persönlich kümmerten. Sie bevorzugten ein Leben in der Nähe des Zarenhofes in Sankt Petersburg.

Am unzufriedensten mit diesen Zuständen waren die wenigen Intellektuellen. Sie wünschten sich ein erneuertes Russland, in dem das Volk die Freiheitsrechte wie in Westeuropa besitzen sollte. Die Unfreiheit im Lande verführte sie dazu, sich in geheimen Zirkeln zu versammeln, um Terroranschläge zu planen und durchzuführen. Natürlich gab es auch demokratisch gesinnte Sozialisten, aber auch deren politische Tätigkeit wurde von der Polizei unterdrückt. Viele von ihnen wurden nach Sibirien verbannt oder flüchteten ins Ausland.

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts sammelten sich die Emigranten mehr und mehr um Wladimir Iljitsch **Uljanow**. Dieser Revolutionär, Sohn eines geadelten Landesschulinspektors aus Simbirsk an der Wolga (heute Uljanowsk), unterschrieb seine Zeitungsartikel, um von der Polizei nicht leicht identifiziert werden zu können, mit „**Lenin**“. Lenin lehnte Gewalt Einzelner nicht ab, glaubte aber, dass eine starke Kaderorganisation notwendig sei, die Revolution in Gang zu bringen.

Im Spätwinter 1917 kam als Erster der russische autokratische Zar Nikolaus II. zu Fall. Eine Erhebung in der russischen Hauptstadt Petrograd (wie das alte Sankt Petersburg genannt wurde; nach der Revolution: bis 1990 Leningrad) zwang ihn zum Rücktritt. Der Sozialdemokrat **Kerenskij** bildete eine republikanische Regierung und hoffte, das Land vor dem militärischen Zusammenbruch retten zu können. Eine Gegenoffensive sollte die vordringenden deutschen Armeen zum Rückzug zwingen.



Die authentische Aufnahme: Lenin während einer Ansprache vor Truppen der Roten Armee auf dem Swerdlow-Platz in Moskau im Mai 1920 – mit Trotzki auf der Treppe der Rednertribüne



Die auf Stalins Anweisung später retuschierte Aufnahme: ein zweites Bild der Lenin-Ansprache auf dem Moskauer Swerdlow-Platz – ohne Trotzki, den in Ungnade gefallenen Rivalen und Oberbefehlshaber der Truppen der Roten Armee

#### Heimkehr Lenins mit Hilfe der deutschen Regierung

Damals ermöglichte die deutsche Heeresleitung dem unbestrittenen Führer der Bolschewiken, **Lenin**, die Heimkehr aus der Emigration. Ein Sonderzug brachte ihn und seine Freunde aus der Schweiz durch das Deutsche Reich und das neutrale Schweden nach Finnland, das damals zu Russland gehörte. Von dort erreichte er Petrograd.

#### www-Tipp

<http://www.departments.bucknell.edu/russian/chrono3.html>

#### T 1

In zwei Versammlungen am 17. April 1917 verlas Lenin die so genannten „Aprilthesen“ (Auszug):

Fünftens: Nicht parlamentarische Republik – eine Rückkehr von den Arbeitersowjets zu dieser wäre ein Rückschritt –, sondern eine Republik von Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauernsowjets im ganzen Lande, von unten bis oben.

(In der ersten These wird beispielsweise in langwierigen Sätzen die Kerenskij-Regierung als Regierung der Kapitalisten und ihr Krieg

als Fortsetzung des imperialistischen Krieges beschrieben, in der vierten These die Erringung der Mehrheit durch die Lenin-Anhänger in den Sowjets gefordert, in der sechsten These die Enteignung des gesamten adeligen Großgrundbesitzes und die „Nationalisierung“ allen Bodens zur Verfügung der Bauernsowjets angekündigt.)

#### öffentliche Meinung gegen Lenin

Die meisten Zuhörer empfanden Lenins Aprilthesen als phantastisch und unrealistisch. Noch schien es ihnen oberste patriotische Pflicht, den Vormarsch der Deutschen aufzuhalten. Während der Sommermonate 1917 musste sich Lenin sogar einige Zeit in ein Versteck zurückziehen.

#### US-Präsident begrüßt russische Republik

Der amerikanische Präsident Woodrow **Wilson** empfand die Nachricht von der Abdankung des Zaren und der Bildung einer demokratischen Regierung als sehr ermutigend. Nun erst sei der Krieg ein Kampf zwischen den Demokratien und dem „Kaiserismus“ geworden. Er folgte nun dem Drängen der Westmächte und benützte die Torpedierung eines amerikanischen Versorgungsschiffes, das für Großbritannien bestimmt war, um die öffentliche Meinung für den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten endgültig zu gewinnen.

#### Kriegseintritt der USA

Die unverbrauchten amerikanischen Truppen machten den Deutschen im Westen sehr zu schaffen. Durch den Kriegseintritt der USA war der Krieg de facto entschieden, standen doch nun hinter der Entente die gesamte Wirtschaft und die Rohstoffreserven der USA.

#### Die Oktoberrevolution

Als die groß angelegte russische Offensive im Spätsommer 1917 zusammenbrach, änderte sich die Stimmung. Im November (nach russischer Zeitrechnung: Oktober) gewannen die Bolschewiken mit der gewalttätigen Hilfe revolutionär gesinnter Matrosen und Soldaten die Oberhand. Obwohl sie bei einer Wahl im Jänner 1918 keine Mehrheit erringen konnten, hielten sie die Staatsmacht fest in der Hand. Weder der für Russland verheerende Friedensschluss von **Brest-Litowsk** noch der Bürgerkrieg im Inneren und die Hungersnot, die Millionen Menschen dahinraffte, konnte sie daran hindern, die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen total zu verändern. Der Tod und die Emigration der einst führenden Bevölkerungsschichten (auch der Zar und seine Familie wurden ermordet) trugen dazu bei, dass sich die Revolution durchsetzen konnte.

#### Chaos in Russland

#### totaler Umsturz

#### Armut und Unwissenheit der Bauern

#### feudale Oberschicht

#### unzufriedene Intellektuelle

#### der Revolutionär Lenin

#### Kaderorganisation von Berufsrevolutionären

#### 1917: Ende der Monarchie in Russland

Bekanntlich gibt es von den Ereignissen der leninistischen Oktoberrevolution kaum ein echtes Bild. Fast alle – auch die bekanntesten – sind nachträglich gestellt und später als echt ausgegeben worden. Dies ist auch bei diesem Propagandabild der Fall. Die Aufnahme gab den darüber sichtlich befriedigten Revolutionären Gelegenheit, ihre Gesinnung zum Ausdruck zu bringen, auch wenn sie dabei ins Leere zielten. Von welchen Völkern und von welchen Schauplätzen bringt denn die Tagespresse auch heute noch Bilder von ähnlicher Beschaffenheit?



## T 2

Zwei Darstellungen der Oktoberrevolution vom 6./7. November 1917 (24./25. Oktober nach dem Kalender der russ. orthodoxen Kirche)

### A. Eine sowjetische Darstellung

„Die Seele des Aufstands waren die Arbeiter Petrograds. Seite an Seite mit der Roten Garde handelten die revolutionären Abteilungen der Petrograder Garnison und die Matrosen der Baltischen Flotte. Der Aufstand entwickelte sich mit ungewöhnlicher Schnelligkeit. Gegen Morgen des 25. Oktober befand sich die Hauptstadt praktisch in der Hand der aufständischen Proletarier und Soldaten. Nur das Winterpalais [der Sitz der Provisorischen Regierung] . . . und einige andere Punkte waren unter der Kontrolle der Provisorischen Regierung verblieben.

Am 25. Oktober, 10 Uhr morgens, publizierte das militärrevolutionäre Komitee die von Lenin verfasste historische Erklärung ‚An die Bürger Russlands‘: ‚Die Provisorische Regierung ist gestürzt‘, hieß es in der Erklärung, ‚die Regierungsgewalt ging in die Hände des Organs des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten über . . . Die Sache, für die das Volk gekämpft hat; das unverzügliche Angebot eines demokratischen Friedens, die Abschaffung des gutherrlichen Eigentums an Boden, die Arbeiterkontrolle über die Produktion, die Gründung einer Sowjetregierung, diese Sache ist Wirklichkeit geworden.‘

Am Tage des 25. Oktober wurde eine außerordentliche Sitzung des Petrograder Sowjets eröffnet. Auf dieser Sitzung ergriff W. I. Lenin das Wort: ‚Genossen!‘ – sagte Lenin, ‚die Revolution der Arbeiter und Bauern, von deren Unausweichlichkeit die Bolschewiki immer gesprochen haben, ist Tatsache geworden . . .

Nun beginnt ein neuer Abschnitt in der Geschichte Russlands, und die gegenwärtige 3. russische Revolution wird in ihrem Endergebnis zum Sieg des Sozialismus führen müssen . . .‘ Gegen Abend war das Winterpalais eingeschlossen. Um Blutvergießen zu vermeiden, stellte das militärrevolutionäre Komitee der Provisorischen Regierung ein Ultimatum – innerhalb von 20 Minuten zu kapitulieren. Nachdem keine Antwort erfolgte, gab das militärrevolutionäre Komitee den Befehl zum Sturm. Das Signal zum Beginn des Sturms wurde durch eine blinde Salve des Panzerkreuzers ‚Aurora‘ gegeben. Die Armee der Revolution begann den Angriff. Die Junker und ihre ‚Schläger‘, die sich hinter Barrikaden verschanzt hatten, schossen hartnäckig zurück. Als die Nacht hereinbrach, ließ der Widerstand nach. Die ersten Reihen von Rotgardisten, Soldaten und Matrosen drangen in das Palais ein. In der Nacht wurde das Winterpalais genommen. Die Junker kapitulierten. Um 3 Uhr des 26. Oktober wurden die Mitglieder der Provisorischen Regierung verhaftet und in die Peter-Pauls-Festung gebracht.“

Quelle: Geschichte d. UdSSR. Moskau 1974, S. 51

### B. Eine westliche Darstellung

„Die Seele der Vorbereitungen war ein Mann, den die sowjetische Geschichtsschreibung zur ‚Unperson‘ gemacht hat – Trotzki. Als Termin war der 25. Oktober (7. November) vorgesehen, an dem der zweite Allrussische Kongress zusammentreffen sollte. Kein wesentliches Hindernis stellte sich dem Plan in den Weg. Schon am 22. Oktober (4. November) konnte das militärrevolutionäre Komitee . . . es wagen, offen die militärische Befehlsgewalt zu übernehmen . . . Als Kerenskij mit ganz unzulänglichen Kräften – es standen ihm nur die Junker einiger Offiziersschulen und ein Frauenbataillon zur Verfügung – einen letzten Versuch machte, um das Gesetz des Handelns an sich zu reißen, und die Druckerei der bolschewistischen Zeitung sowie die Nevabrücken besetzen ließ, schlug Trotzki los. Während des Tages und der darauf folgenden Nacht besetzten bolschewistische Truppen und Rote Garden [bewaffnete Arbeitermilizen] alle wichtigen Punkte der Stadt, ohne auf Widerstand zu stoßen. Nur das Winterpalais, in dem sich die Regierung aufhielt. . . , fiel erst in der nächsten Nacht – dabei verloren die Angreifer sechs Tote, die einzigen Opfer der Oktoberrevolution in Petrograd – und die anwesenden Minister wurden verhaftet. . . Zur gleichen Zeit verkündete ein Aufruf Trotzki den Bürgern Russlands: Die Provisorische Regierung ist abgesetzt. Als Organ des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten hat das militärrevolutionäre Komitee, das an der Spitze des Proletariats und der Garnison von Petrograd steht, die Staatsgewalt übernommen.“

Die Unauffälligkeit des welthistorischen Ereignisses hat Akteure und Zuschauer gleichermaßen beeindruckt. Während der Sturm auf das Winterpalais stattfand, spielten die Theater und fuhren die Straßenbahnen. Trotzki schreibt von einer ‚Stille‘ schrecklicher als alle Donner der Welt. Lautlos verschob sich der soziale Boden, einer Drehbühne gleich, die die Volksmassen in den Vordergrund hob und die gestrigen Herren in die Unterwelt hinabtrug. Was emporgehoben wurde, waren in Wahrheit nicht die ‚Volksmassen‘, sondern die Partei der russischen Kommunisten unter der Führung Lenins, und hinabgetragen ‚auf den Kehrichthaufen der Geschichte‘, wie derselbe Trotzki ihnen nachschrie – wurden fürs erste die russischen Sozialisten – rechte Sozialrevolutionäre, Menschewisten und Bundisten –, die am Abend des 25. Oktober (7. November) den Sowjetkongress aus Protest gegen das Geschehen verließen. Damit waren die Bolschewisten unter sich – den linken Sozialrevolutionären, die sich ihnen angeschlossen hatten, kam keine selbständige Bedeutung zu – und Lenin begann zu regieren.“

Quelle: Stökl: Russische Geschichte. Stuttgart 1973, S. 649 f.



„Die Fahnen Lenins höher – sie bringen uns den Sieg“

### Isolation der Sowjetunion

### Sozialisierung der Produktionsmittel

### Hungersnöte

### Stalin setzt sich gegen Trotzki durch

### Beginn bei der Investitionsgüter- und Rüstungsindustrie

## A Arbeitsaufgabe:

- Quellenanalyse: „Geschichte“ wird oft als Rechtfertigung unterschiedlich tradiert (= weitergegeben). Vergleichen Sie die beiden konträren Darstellungen des gleichen Ergebnisses in T 2! Welche Unterschiede in der Intention, in Details werden jeweils dargestellt?
- L. Trotzki wurde darin als „Unperson“ bezeichnet. Sehen Sie im folgenden Kapitel nach, und versuchen Sie herauszufinden, welche Gründe dafür ausschlaggebend gewesen sein könnten.

## 2.2 Russland wird zur Sowjetunion (UdSSR)

Der neue Staat war in den ersten Jahren bis 1922 im Inneren labil. Er war durch „konterrevolutionäre Kräfte“ bedroht, die in einem langwierigen Bürgerkrieg die Rote Armee bekämpften. Da die „Weißen“ kein soziales Programm anzubieten hatten, wurden sie von der Masse der armen Bauern jedoch kaum unterstützt. Von außen wurde diesen Gruppen aber von Entente Kräften geholfen.

Umgekehrt wurde die Hoffnung auf eine Weltrevolution enttäuscht. Die Räterepubliken in Ungarn und München 1919 bestanden nur wenige Monate. Zumindest nach außen hin gelang es den Westmächten mit den Pariser Friedensschlüssen, eine scheinbare Stabilität in Europa herzustellen. Mit Rücksicht auf die Widerstände der eigenen kriegsmüden Bevölkerungen war auch die Ententeunterstützung für die „Weißen“ nur beschränkt gewesen. Man begnügte sich letztlich, die Sowjetunion nach außen hin zu isolieren. Dabei hatte auch geholfen, dass die Rote Armee nach ihrem Angriffskrieg auf Polen 1920 zurückgeschlagen worden war.

Schwieriger als die militärische Behauptung war die wirtschaftliche Sanierung des zerstörten und ausgebluteten Staates. Die russische Produktion erreichte nur noch Bruchteile des Vorkriegsniveaus!

Der gesamte Bodenbesitz wurde zunächst vom Staat beschlagnahmt und Banken, Fabriken und Immobilien zum Staatseigentum erklärt. Das Lohnsystem wurde staatlich geregelt, ebenso die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Konsumgütern.

Unter Aufsicht der mächtigen Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets) und gestützt auf eine starke Geheimpolizei, die Tscheka, setzte bald ein unerbittlicher Terror gegen alle widerstrebenden Elemente ein.

Die radikalen Maßnahmen zerrütteten die geschwächte Wirtschaftsstruktur vollends. Infolge von Trockenheit kam es 1921/22 zu einer Hungersnot, die über 5 Millionen Opfer kostete. Lenin musste daraufhin den radikalen Kurs ändern und leitete durch die „Neue Ökonomische Politik“ (NEP) eine Übergangsperiode mit privatwirtschaftlichen Zugeständnissen ein. 1924 starb Lenin.

### Der Stalinismus

Als sein Nachfolger setzte sich der Georgier Jossif Dschugaschwili, Deckname „Stalin“, durch. Er wandte sich mit der Richtlinie „Sozialismus in einem Land“ gegen Trotzki (eigentlich Leo Bronstein), der die Weltrevolution herbeiführen wollte. Noch im Exil ließ er ihn später ermorden!

Stalin prägte nicht nur die Entwicklung der Sowjetunion bis zu seinem Tod 1953. Seine Methode der Machtgewinnung und -ausübung, genauso wie die von ihm betriebene Wirtschaftspolitik, wurden nach dem Zweiten Weltkrieg zu „Exportprodukten“, die in vielen rückständigen Ländern (auch den selbständig gewordenen Entwicklungsländern) als ein Weg zur Industrialisierung angesehen wurden. Parteigruppen in kommunistisch regierten Staaten, die gegen Reformen auftraten, nannte man später „Stalinisten“.

Verglichen mit den Schritten zur Industrialisierung Westeuropas ging die Sowjetunion den umgekehrten Weg: Während die Unternehmer Westeuropas zunächst die Bedarfsgüterindustrie ausbauten und die Produktion von Kohle, Eisen, Stahl und Maschinen nach Bedarf steigerten, bemühte sich

## unbefriedigter Güterhunger

### Probleme der Infrastruktur

die Planwirtschaft zuerst um die Grundlagen, also die Schwerindustrie. Der Güterbedarf der Bevölkerung wurde kaum berücksichtigt. Die Wirtschaftskraft wuchs, doch die Bürger blieben arm. Die Sowjetunion verfügte zwar über reiche Rohstofflager, doch liegen diese oft weit voneinander entfernt. Es war nötig, das Verkehrsnetz auszubauen, um Metall- und Kohlevorkommen miteinander zu verbinden. Neue Kraftwerke, wie das von Dnjeprostroj, damals das größte Europas, verbesserten die Energieversorgung.

### Bevorzugung der Kader

Der Apparat brauchte Fachleute aller Art. Nicht nur die Technik, auch die „Kader“, also gut ausgebildete und politisch geschulte Führungskräfte, galten Stalin als Garant für die Zukunft. Bevor die Sowjetunion in den Zweiten Weltkrieg eintrat, betrug der Anteil der neuen „Intelligenzija“ an der Gesamtbevölkerung etwa 14%, vom Volkseinkommen standen ihr 35% zur Verfügung. Die 35% der Bauern mussten sich mit etwa 29% des Volkseinkommens begnügen.

### Kollektivierung der Landwirtschaft 1927

Die Landwirtschaft wandelte sich in der Periode der Fünfjahrespläne von Grund auf. Die Klein- und Mittelbauern wurden teils durch Zwang, teils durch Überredung dazu gebracht, ihre Güter zu großen Kollektivlandwirtschaften zusammenzufassen. Die wohlhabenden Großbauern, die Kulaken, wehrten sich. Es begann ein erbitterter Kleinkrieg zwischen den Kulaken und der Partei, die radikal ihr Programm durchsetzte. Die „Kollektivierung der Landwirtschaft“ forderte weitere Millionen von Menschenleben.

### Kulakenkrieg

Stalin empfand die diskussionsfreudigen Genossen Lenins bald als Belastung und später als Gefahr für die eigene Herrschaft. Stalin nahm 1934 die Ermordung des Leningrader Parteisekretärs **Kirov**, die er selbst angeordnet haben soll, zum Anlass, um die alte Führungsschicht der Kampfgenossen Lenins zu vernichten. In grausamen Schauprozessen wurden sie der „Spionage“ und des „Landesverrates“ angeklagt. Durch die Terrormethoden der Untersuchungshaft gebrochen, gestanden viele der Angeklagten Staatsverbrechen ein, die man ihnen zur Last legte. Die gesamte Bevölkerung zitterte vor der Verhaftungswelle. Millionen Staatsbürger füllten die Untersuchungsgefängnisse des Staatssicherheitsdienstes (NKWD) oder verrichteten Sklavenarbeit in Straflagern des „Gulag“.

### Schauprozesse gegen alte Bolschewiken

### Herrschaft des Terrors

### Säuberung der Partei- und Militärspitze

Von den 140 Mitgliedern des Zentralkomitees, die der Parteitag 1934 gewählt hatte, befanden sich Ende 1937 nur mehr 15 auf freiem Fuß; nicht einmal an den Mitgliedern des Politbüros (oberstes Führungsgremium der KP) ging die Verhaftungswelle vorüber. 6.000 Offiziere aller Rangstufen, bis hinauf zu Armeegeneralen und Marschällen der Sowjetunion, wurden wie Zehntausende andere Bürger hingerichtet.

### www-Tipp

<http://sunsite.unc.edu/expo/soviet.exhibit/famine.html>

## T 3 Warum gibt es in der Sowjetunion nur eine Partei?

Stalin zum Verfassungsentwurf, 1936

„Was die Freiheit verschiedener politischer Parteien anbetrifft, so vertreten wir hier einigermaßen andere Ansichten. Die Partei ist ein Teil der Klasse, ihr fortgeschrittener Teil. Mehrere Parteien und folglich auch eine Freiheit der Parteien kann es nur in einer Gesellschaft geben, wo es antagonistische [feindliche] Klassen gibt . . . , wo es, sagen wir, Kapitalisten und Arbeiter, Gutsbesitzer und Bauern, Kulaken und Dorfarmut gibt . . . In der Sowjetunion gibt es nur zwei Klassen, die Arbeiter und die Bauern, deren Interessen einander nicht nur nicht feindlich gegenüberstehen, sondern im Gegenteil miteinander harmonisieren. Folglich gibt es in

der Sowjetunion keinen Boden für die Existenz mehrerer Parteien, in der Sowjetunion gibt es Boden nur für eine Partei, die Kommunistische Partei . . . Man spricht von Demokratie. Was aber ist Demokratie? Die Demokratie in den kapitalistischen Ländern, wo es antagonistische Klassen gibt, ist in letzter Instanz eine Demokratie für die Starken, eine Demokratie für die besitzende Minderheit. Die Demokratie in der Sowjetunion ist im Gegenteil eine Demokratie für die Werktätigen, d. h. eine Demokratie für alle . . . Deshalb glaube ich, dass die Verfassung der UdSSR die einzige bis zum Letzten demokratische Verfassung der Welt ist.“

**Terror und Diktatur Stalins** Das Ergebnis des Terrors war die absolute Diktatur Stalins, der sich den Apparat der Partei dienstbar gemacht hatte. Vom Zentralkomitee der KPdSU aus beherrschte er allein den mit seinen Gefolgsleuten durchgesetzten Staatsapparat. Das Politbüro der Partei wurde die wichtigste zentrale Machtstelle der Sowjetunion, auch wenn nach außen hin der Oberste Sowjet als Vertretungsgremium bestand.

## T 4 Stalin über die Rolle der Landwirtschaft, 1928

„Mit der Bauernschaft verhält es sich bei uns . . . folgendermaßen: Sie zahlt dem Staat nicht nur die üblichen Steuern, direkte und indirekte, sondern sie muss außerdem überzahlen durch verhältnismäßig hohe Preise für Industriewaren – das als Erstes – und sie wird mehr oder minder unterbezahlt durch die Preise für landwirt-

schaftliche Erzeugnisse – das als Zweites . . . Das ist eine Art ‚Tribut‘ . . . , zu deren zeitweiliger Erhebung wir gezwungen sind, um das gegenwärtige Entwicklungstempo der Industrie aufrechtzuerhalten und weiter zu steigern . . .“

## T 5 Gab es einen anderen Weg? Der westliche Historiker Laqueur, 1967

„Obwohl Stalin 1929 und 1930 geglaubt haben mag, dass es nötig war, ‚die Landwirtschaft auszupressen‘, um die Industrie schnell aufzubauen, erscheint es mehr als 3 Jahrzehnte später durchaus nicht sicher, dass er aus Gründen wirtschaftlicher Vernunft Recht hatte. Man hätte andere Wege zur Industrialisierung wählen können . . . Für Stalin war . . . die Industrialisierung und die Kollektivierung kein bloßer Kunstgriff der Wirtschaftspolitik, sondern Mittel, die unmittelbare Kontrolle des totalitären Staates innerhalb kürzester Frist auf die größtmögliche Zahl von Menschen auszuweiten. Die wirtschaftliche Sicht ist außerdem nicht die einzige: was wirtschaftlich vielleicht nötig erscheint, braucht nicht ‚wirklich notwendig‘ zu sein, wenn der Preis an Menschenleben und Verlust an Wohlstand zu hoch ist.“

## T 6 Der westdeutsche Historiker H. Raupach, 1964

Es gab in der Sowjetunion 1928 rund 10 Mio. nicht produktiv beschäftigte Esser in Landwirtschaft und Industrie. Um die notwendigen Arbeitsplätze zu schaffen, mussten Maschinen im Ausland gekauft und musste gleichzeitig die Ernährung der Arbeiter sichergestellt werden. Dafür waren etwa 50 Mrd. Rubel Kapital nötig. Dieses Kapital konnte nur aus der Landwirtschaft herausgewirtschaftet werden. „Die Kollektivierung lässt sich . . . auf die vereinfachte Formel bringen, dass die Sowjets im Grunde genommen in den Getreidesteppen nur die Form der Gutsherrschaft wiederhergestellt haben, welche ehemals hohe Überschüsse unter Verwendung von Großmaschinen ermöglicht hatte. Wenn Opfer an Arbeitsleid und Lebensdauer zu messen und zu vergleichen wären, so könnte man die Verluste der Kollektivierung gegen die Leiden sonst vermutlich fortbestehender Rückständigkeit, gegen Hunger und soziale Unruhen aufrechnen, darauf hinweisen, dass Bauernlegen und übermäßige Arbeitszeit für Frauen und Kinder während des frühen Industrialismus auch in Westeuropa beklagenswertes Elend erzeugt haben . . . Das alte System war kaum weniger grausam gegenüber der Bauernschaft als Stalins Regierung . . . Das kann die Brutalität der stalinistischen Politik nicht entschuldigen, aber es mag das Problem in die richtige Perspektive rücken.“

### A Arbeitsaufgaben:

- Vergleichen Sie die Argumente von Stalin, Laqueur und Raupach.
- Warum ist es schwierig zu entscheiden, wer Recht hat?
- Inwiefern kann man die Maßnahmen Stalins als „Revolution von oben“ bezeichnen?

## 2.3 Die USA als wirtschaftliche Großmacht

### Rationalisierung der Produktion

Während des Ersten Weltkrieges hatte sich die Fließbandmethode in der industriellen Produktion durchgesetzt. Die durch die Rationalisierung gesteigerte Produktion kam nach dem Krieg der Friedenswirtschaft zugute. Die Zahl der berufstätigen Frauen hatte während des Krieges stark zugenommen. Sowohl in Amerika als auch in Europa blieb seither die Frauenarbeit ein wesentlicher Faktor im industriellen Produktionsprozess.

## T 7 Die Anfänge der Fließbandarbeit

Henry Ford, der „Autokönig von Detroit“, gilt als Wegbereiter der Fließbandarbeit. In seinen Lebenserinnerungen berichtet er:

„Wir versuchten am Beginn unserer Autoproduktion, gelernte Arbeiter einzustellen. Als es dann dazu kam, die Produktion zu steigern, stellte sich heraus, dass gar nicht genug Maschinenschlosser zu finden waren. Wir merkten aber bald, dass wir gar keine gelernten Facharbeiter dazu brauchten, und daraus erwuchs ein eigenes Arbeitsprinzip. Um den 1. April 1913 unternahmen wir dann unseren ersten Versuch mit einer Montagebahn. Ich glaube, es war die erste bewegliche Montagebahn, die je eingerichtet wurde. Grundsätzlich ähnelte sie den Schiebebahnen, deren sich die Fleischpacker von Chicago bedienen, wenn sie die geschlachteten Rinder zerlegen. Vorher, als der ganze Fertigungsprozess bei uns noch von den

Händen eines einzigen Arbeiters durchgeführt wurde, war es bei der Zusammensetzung der Schwungradmagneten so, dass der Arbeiter imstande war, 35 bis 40 Magneten im Verlaufe eines neunstündigen Arbeitstages herzustellen. Er brauchte also ungefähr 20 Minuten für jedes Stück. Später wurde seine Arbeit aber in 29 verschiedene Einzelarbeiten zerlegt und die Zeit für die Zusammenstellung dadurch auf 13 Minuten und 10 Sekunden herabgedrückt. Im Jahre 1914 brachten wir die Bahn 20 Zentimeter höher an. Dadurch wurde die Zeit auf 7 Minuten vermindert. Weitere Versuche über das Tempo der zu leistenden Arbeiten setzten die Montagezeit auf 5 Minuten herab. Kurz ausgedrückt ist das Ergebnis folgendes: Mit Hilfe wissenschaftlicher Experimente ist ein Arbeiter heute imstande, das Vierfache von dem zu leisten, was er vor noch verhältnismäßig wenigen Jahren zu leisten vermochte.“

### Warenhunger

### USA – größter Produzent

Der allgemeine Warenhunger beschleunigte den Güterkreislauf. Obwohl Amerika vorwiegend für den Inlandsmarkt produzierte, stieg der Export. Nur etwa fünf Prozent der Weltbevölkerung lebten in den USA. Die Gütererzeugung aber stieg bis auf 45 Prozent der Weltproduktion an.

**einige Probleme bleiben ungelöst**

Freilich erfasste die Nachkriegskonjunktur nicht alle Wirtschaftszweige. Die Farmer klagten über zu geringes Einkommen, der Kohlenbergbau litt unter der Konkurrenz von Erdöl und Wasserkraft, die Eisenbahngesellschaften und die Werften erzielten zu geringe Preise. Angesichts der allgemeinen Prosperität schienen diese Probleme jedoch nicht allzu drückend zu sein.

**Frauenwahlrecht 1920**

1920 erhielten die Frauen, nicht zuletzt als Folge ihrer größeren wirtschaftlichen Bedeutung, das Wahlrecht. Seither ist der Einfluss von Frauenorganisationen auf die amerikanische Politik von großer Bedeutung.

**Konsumsteigerung**

Die gute Wirtschaftskonjunktur ermöglichte es den Gewerkschaften, bedeutende Lohnsteigerungen durchzusetzen. Dadurch erhöhte sich die Konsumkraft. Die erhöhte Konsumkraft steigerte aufgrund der Inlandorientierung des Marktes die Konjunktur. Optimisten, die sich auf gewagte Unternehmungen einließen, schienen Recht zu behalten. Die Amerikaner sprachen von einem „Boom“ und von den „goldenen zwanziger Jahren“.

**außergewöhnliche Konjunktur der 20er Jahre**

Außenpolitisch (siehe „14-Punkte-Friedensprogramm“) wurde Präsident Wilsons Politik wegen der Nichtannahme der Pariser Friedensregelungen durch den amerikanischen Kongress, der auch einen Beitritt zum neu geschaffenen Völkerbund ablehnte, praktisch nicht wirksam.

**außenpolitischer Isolationismus der USA**

In der Folge kehrte die US-Außenpolitik wieder zu jenem Isolationismus zurück, der schon im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts als außenpolitisches Konzept entwickelt worden war.

**2.3.1 Der Ausbruch der großen Weltwirtschaftskrise 1929**

**Wohlstand auf Kredit**

Mitte des Jahres 1929 begann die Wirtschaftskonjunktur in den Vereinigten Staaten von Amerika merkbar nachzulassen. Die ungleiche Vermögens- und Einkommensverteilung und das Streben, es ebenso gut zu haben wie der Nachbar, hatte viele Amerikaner dazu verleitet, Verbrauchsgüter wie Autos, Kühlschränke oder Radioapparate auf Raten zu kaufen. Außerdem war es Mode geworden, durch Erwerb und Verkauf von Aktien und anderen Wertpapieren bei den Börsenspekulationen mitzumachen. Der Vorsitzende der Demokratischen Partei, zugleich Direktor der General Motors, hatte erklärt, dass jeder Amerikaner die Möglichkeit, ja sogar die Pflicht hätte, reich zu werden: Eine Sparsumme von 15 Dollar pro Woche, in guten Wertpapieren angelegt, müsste in 20 Jahren ein Vermögen von 80.000 Dollar und ein Einkommen von 4.000 Dollar (ca. 4.800 Mio. Euro) sichern; dann sei man reich.

**Spekulationsfieber**

**Reichtum für alle?**

Der Glaube an ein immer währendes Wirtschaftswunder hatte den Banken die Scheu vor dubiosen (zweifelhaften) Geschäften genommen. Bisher war alles gut gegangen. Die Aktienkurse waren während der zehn Nachkriegsjahre durchschnittlich auf das Dreifache gestiegen.

**Aktienkurse steigen**



Nicht nur in den deutschen Städten, sondern auch in Wien wurden während der Weltwirtschaftskrise die Demonstrationen der Arbeitslosen ein alltägliches Ereignis. Das Plakat nennt eine Arbeitslosenzahl, die in Deutschland für Frühjahr 1929 (vor dem „Schwarzen Freitag“) zutreffend war. Bis Ende des gleichen Jahres waren es 3,1 Mio., Ende 1930 4,4 Mio., der Höhepunkt wurde im Herbst 1932 mit 6,1 Mio. Arbeitslosen erreicht. Die Aufschrift „1,2 Milliarden für Fürsten“ spielt auf die Entschädigung an, die seinerzeit im Zusammenhang mit der Konstituierung der Bundesländer der Weimarer Republik an abgesetzte Fürsten gezahlt worden waren.

**plötzlicher Kurssturz**

Am 24. Oktober 1929, dem „Schwarzen Freitag“, änderten sich die Situation schlagartig. Nach ungewöhnlich großen Aktienverkäufen setzte ein rascher Kurssturz um 80 Prozent ein.

**Lawine des Zusammenbruchs**

Der Zusammenbruch des amerikanischen Kreditsystems lähmte die gesamte amerikanische Wirtschaft. Einlagen und Spargelder gingen verloren. Der Preissturz hemmte die Produktion. Die Massenarbeitslosigkeit verurteilte Millionen Menschen zur Untätigkeit. Eine Arbeitslosenunterstützung gab es nicht. Wer auf Raten gekauft hatte, war nicht mehr in der Lage zu zahlen. Das brachte immer mehr Firmen in Schwierigkeiten. Geldverleiher zogen die kurzfristig im Ausland angelegten Kapitalien zurück. Bisher hatte der Dollarstrom die europäische Wirtschaft befruchtet. Das hörte nun auf. Die Katastrophe an der Wall Street (dem Börsen- und Bankenzentrum in New York) leitete eine schwere und lange Wirtschaftskrise ein. Bei der weltweiten Verflechtung der Interessen riss der Zusammenbruch der amerikanischen Wirtschaft die Wirtschaft der ganzen Welt in ihrem Sturz mit sich.

**katastrophale Weltwirtschaftskrise**

**Preisverfall**

Außerhalb der Sowjetunion fielen die Preise während der folgenden Jahre um etwa ein Drittel, der Produktionsindex sank bis auf etwa die Hälfte. Die Bautätigkeit kam fast vollständig zum Erliegen. 1932 zählten die USA fünfzehn Millionen Arbeitslose, Deutschland sechs Millionen, England drei Millionen, Italien zwischen einer und zwei Millionen. Österreich über eine halbe Million. Diejenigen, die noch Arbeit hatten, fühlten sich verunsichert.

**Produktionsrückgang**

**Wirtschaftsprotektionismus**

Die Regierungen versuchten, innerhalb ihrer Binnenmärkte die Auswirkungen der Krise zu mildern, indem sie die Zollschränken erhöhten, den Geldabfluss drosselten und Exportleistungen prämierten.

**Sparpolitik verschärfte die Krise**

Der englische Nationalökonom John Maynard **Keynes** (1883–1946) empfahl, die Krise nicht durch Sparsamkeit zu bekämpfen, sondern durch großzügige Ausgaben. Wenn zu wenig Geld vorhanden war, sollte man es sich ausborgen. Keynes sprach von „deficit spending“. Dazu fehlte den demokratischen Regierungen der Mut. Die Erinnerung an die Inflation der Nachkriegszeit veranlasste sie, den umgekehrten Weg zu beschreiten, nämlich die Staatsausgaben einzuschränken.

**reiche Vorratslager**

Die Völker hungerten, doch die Welt blieb reich. Die Baumwollvorräte stiegen zwischen 1929 und 1932 um ein Drittel, die Kaffeevorräte verdoppelten, die Kupfervorräte verdreifachten sich. Um die Preise nicht völlig verfallen zu lassen, schütteten die Brasilianer Kaffee ins Meer, die Kanadier heizten ihre Lokomotiven mit Weizen. Die Bitte um kostenlose Überlassung von Getreide für die vom Hungertod bedrohte Bevölkerung Chinas wurde stillschweigend übergangen. Jede Regierung versuchte sich auf eigene Faust zu helfen, so gut es ging, indem sie sich von den anderen wirtschaftlich absperrte.

**Vernichtung von Gütern, um Preise zu halten**

**2.4 Japan – Großmacht in Ostasien**

**Japaner in Nordchina**

Der Erste Weltkrieg hatte **Japan** Gelegenheit geboten, sich in den kohle- und erzeichen Provinzen Nordchinas festzusetzen. Dadurch sicherte sich die japanische Industrie wichtige Rohstoffe.

**Bevölkerungsexplosion**

Die Bevölkerungszahl stieg sprunghaft an. Da die landwirtschaftlich bearbeiteten Flächen der Pachtbauern zu klein waren, um alle Kinder zu beschäftigen, zogen immer mehr Menschen in die Städte. Die Arbeiter mussten sich damit begnügen, nur das Allernotwendigste zum Leben zu erwerben.

**konservative Regierungen**

1925 wurde das Reichswahlrecht auf alle erwachsenen Männer ausgedehnt. Die konservativen Regierungen blieben im Amt. Zu den Machtgruppen gehörten Aristokraten, höhere Militärs und Beamte sowie die Führer der Konzerne und der konservativen politischen Parteien. Sie verfolgten zwar unterschiedliche Interessen, blockten aber das System gegen sozialistische Parteien der Arbeiterschaft ab. Kommunisten wurden nicht geduldet.

Ein Versuch, eine parlamentarische Regierungsform einzuführen, stieß auf den Widerstand nationaler, traditionsbewusster Japaner. Sie fürchteten eine Erschütterung der souveränen Stellung des göttlichen Kaisers.

### 1931 Angriff auf die Mandschurei

1931 begann die in der Mandschurei stationierte Armee einen Krieg auf eigene Faust. Sie erwarb die wirtschaftlich wichtige chinesische Nordostprovinz. Obwohl es sich um eine klare Verletzung internationaler Abkommen handelte, konnte sich die Zivilregierung gegen die Aggressionspolitik des Militärs nicht wehren. Der Völkerbund brandmarkte Japan, erwies sich aber de facto als hilflos. 1933 antwortete Japan mit seinem Austritt aus dem Völkerbund. Die Regierung proklamierte sich zum Hüter des Friedens in Ostasien und zur Schutzmacht über China.

### Japan verlässt den Völkerbund

### Militär organisiert Planwirtschaft

Radikalisierte Offiziere ermordeten 1932 den Ministerpräsidenten, 1936 mehrere Regierungsmitglieder. In der Mandschurei exerzierten sie militärische Planwirtschaft. Auch in Japan selbst dirigierte der Staat die Wirtschaft mehr und mehr. Auf Grund der Notlage, die Vision eines künftigen Wohlstandes vor Augen, forderte der Staat von den Arbeitern Disziplin, Einfachheit und Patriotismus.

### Krieg in China

In China zog sich General Tschiang Kai-schek mit seiner Regierung und seinen Truppen vor den Japanern in das Landesinnere zurück. Er organisierte den nationalen Widerstand.

### Auflösung der Parteien

Als der jahrelange Krieg die Kräfte Japans zu überfordern begann, bestimmte das kaiserliche Hauptquartier die Politik noch mehr als bisher. Ein nationales Mobilisierungsgesetz gab der Militärregierung die Vollmachten für eine Rationierung der Güter, für Zwangsarbeit und den Aufbau einer Planwirtschaft. Politische Parteien wurden 1940 zugunsten des nach nationalsozialistischem Vorbild organisierten „Bundes zur Förderung der Kaiserherrschaft“ aufgelöst.

Ein Problem konnte die politische Führung in Japan aber nicht lösen: Solange Japan die Erdölfelder in Niederländisch Indien (heute Indonesien) nicht beherrschte, war das japanische Militär auf Erdöllieferungen aus den USA (damals mit 50% Weltmarktanteil größter Produzent) angewiesen.

Im Juni 1941 sperrte die US-Regierung die Erdöllieferungen. Sie erklärte, dass die Aufhebung dieses Embargos erst erfolgen würde, wenn sich Japan aus den seit 1931 eroberten Gebieten zurückziehe.

### Japan und der Zweite Weltkrieg

Japanische Militärs glaubten zu wissen, dass die USA einen Krieg im Pazifik vermeiden wollten. Am 7. Dezember 1941 griffen sie überraschend den US-Flottenstützpunkt Pearl Harbour auf den Hawaiiinseln an – der Zweite Weltkrieg wurde auf einen weiteren Kriegsschauplatz ausgeweitet.

### www-Tipp

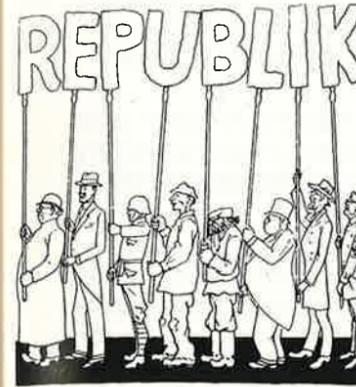
<http://www.euronet.nl/users/wilfried/ww2/tot-1939.htm>

1936 wurde im „Anti-Kominternpakt“ eine Zusammenarbeit Hitler-Deutschlands mit Japan gegen die UdSSR vereinbart. 1940 wurde der „Dreimächtepakt“ zwischen Deutschland, Italien und Japan zur gegenseitigen Hilfe bei der Neuordnung Europas und Ostasiens geschlossen.

Im Bild eine Abordnung der deutschen Reichsstudentenführung 1940 in Japan, zur Vertiefung der deutsch-japanischen Freundschaft.



## 3 Europa zwischen Demokratie und Faschismus



Sie tragen die Buchstaben der Firma – aber wer trägt den Geist?  
TH. TH. HEINE

Der Erste Weltkrieg hatte nicht nur Zahl und Größenausdehnung der Staaten in Europa verändert. Unter dem Eindruck der Russischen Revolution konnten in vielen Staaten Arbeiterparteien der „Linken“ Einfluss gewinnen und entscheidende Verbesserungen der sozialen Lage, zumindest durch neue Gesetze, erreichen. Nach der Zerrüttung der einzelnen Volkswirtschaften durch den Krieg verlief die wirtschaftliche Entwicklung langsamer und unregelmäßiger. Eine neue Massenbewegung, der Faschismus, entstand. Er richtete sich gegen die Linke und die neu entstandenen Demokratien. Unter den vielen sozial Abgestiegenen fand er seine Anhänger. Die Auseinandersetzungen zwischen politischen Gruppen mit unterschiedlichen Zielen wurden oft gewalttätig geführt. Der Lernprozess, mit demokratischen Mitteln umzugehen – Konflikte auf friedlichem Weg auszutragen –, vollzog sich erst langsam.

### 3.1 Überblick

#### Wiederaufbau Nachholbedarf

Vier Jahre hindurch waren die Güter des täglichen Bedarfs nur in unzureichender Menge produziert worden. Außerdem mussten die Schäden, die der Krieg angerichtet hatte, beseitigt werden. Dies erhöhte die Nachfrage sowohl nach Konsum- als auch nach Investitionsgütern. Die industrielle Produktion konnte beträchtlich gesteigert werden. Um 1927 erreichte sie das Niveau von 1913, in den folgenden Jahren übertraf sie es.

#### geringere Freizügigkeit

Zur wirtschaftlichen Freizügigkeit der Vorkriegszeit fand Europa allerdings nicht mehr zurück. Die amerikanischen Zollmauern verringerten die Exportchancen. Doch im Vergleich zu den bitteren Kriegsjahren wurde die wirtschaftliche Situation als sehr günstig empfunden.

#### Schwächen der Wirtschaftsstruktur in Westeuropa

Dennoch gab es eine Reihe von Problemen: **Frankreich** profitierte von den deutschen Reparationen, vernachlässigte aber, nicht zuletzt gerade deshalb, die Modernisierung der eigenen Produktionsstätten. Ähnliches kann man von **Großbritannien** sagen. Strukturelle Schwächen führten zu heftigen sozialen Spannungen. In zahlreichen Streiks kämpften die mächtigen Gewerkschaften um eine Verkürzung der Arbeitszeit und um höhere Löhne.

#### trotz sozialer Konflikte blieb Großbritannien Demokratie

Die wachsende Industrialisierung anderer Länder minderte die Konkurrenzfähigkeit des ältesten Industrielandes der Welt. 1922 erlitt die regierende Liberale Partei eine Niederlage, von der sie sich nie mehr erholte. Immer breitere Bevölkerungsschichten wählten wegen der wirtschaftlichen Situation die Labour Party. Wegen des britischen Mehrheitswahlsystems kamen aber trotzdem stabile Regierungen zustande. Während der am Kontinent politisch so zerrütteten Jahre von 1919 bis 1939 ging in England bei wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen kein einziges Menschenleben verloren!

#### Wirtschaftsstarke ČSR

In der **Tschechoslowakischen Republik** begünstigten die natürlichen Reichtümer und die erfahrungsreiche industrielle Tradition die wirtschaftliche Konsolidierung. Die ČSR war der einzige Nachfolgestaat der österreichisch-ungarischen Monarchie, in dem bis zum gewaltsamen Einmarsch der deutschen Truppen 1939 demokratische Verhältnisse aufrecht blieben!

#### Königsdiktatur in Jugoslawien

Das neu geschaffene Königreich der **Serben, Kroaten und Slowenen** wurde infolge der nationalen und sozialen Gegensätze von Regierungskrisen geschüttelt. Anfang 1929 errichtete König **Alexander I.** mit Hilfe des Militärs eine Diktatur, um den Staat zu stabilisieren. Von nun an nannte sich sein Königreich „**Jugoslawien**“.

## 3.2 Die Weimarer Republik

### deutsche Kapitulation und Rücktritt des Kaisers

Ende September 1918 erkannte auch die oberste Heeresleitung die Ausichtslosigkeit des Krieges. Die Entente, allen voran die USA, war aber nur bereit, mit demokratisch legitimierten Politikern zu verhandeln.

### Sozialreform

Am 9. November 1918 hatte der Reichskanzler, Prinz **Max von Baden**, dem Sozialdemokraten **Friedrich Ebert** sein Amt übertragen. Dieser bildete unter dem Titel „Rat der Volksbeauftragten“ eine sechsköpfige Regierung. Schon in den ersten Wochen wurden sozialpolitische Reformen durchgeführt: Achtstundentag, Erwerbslosenunterstützung, Anerkennung der Gewerkschaften als offizielle Vertretung der Arbeitnehmer. Das Wahlrecht wurde auch auf die Frauen ausgedehnt.

### unveränderter Staatsapparat

Obwohl im November 1918, nach dem Rücktritt des Kaisers, Arbeiter- und Soldatenräte für kurze Zeit die Macht im Deutschen Reiche an sich zu reißen vermochten, kann man nicht mit vollem Recht von einer „Revolution“ sprechen. Die Verwaltung blieb ohne Unterbrechung tätig. Fast alle Beamten, Richter und Offiziere wurden im Amt belassen.

### Basisdemokratie

In jenen Tagen war es noch ungewiss, in welche Richtung sich Deutschland entwickeln würde. Unter der Führung radikal denkender Sozialisten, allen voran **Karl Liebknecht** und **Rosa Luxemburg**, organisierten sich revolutionär gesinnte Soldaten und Arbeiter. Sie strebten einen Rätestaat nach russischem Muster an. Durch Streiks und bewaffnete Demonstranten hofften sie, die hungernden Massen auf ihre Seite zu ziehen.

### Repräsentationsdemokratie

Die Sozialdemokraten, die jahrzehntelang um die parlamentarische Demokratie gekämpft hatten, wollten diese nicht zugunsten einer Diktatur der Arbeiterklasse aufgeben. Unter ihrem Einfluss entschied der Allgemeine Deutsche Rätekongress, Wahlen zu einer **Verfassungsgebenden Nationalversammlung** anzusetzen. Dies war nicht im Sinne der radikalen Sozialisten. Es kam zur Spaltung und zu blutigen Auseinandersetzungen. Die radikalen Volksbeauftragten traten zurück, weil sie nichts mit den „Arbeitermördern“ zu tun haben wollten. Der Spartakusbund wandelte sich zur KPD, der Kommunistischen Partei Deutschlands. Die Kommunisten versuchten, die Wahl zur Nationalversammlung zu stören. Im Januar 1919 kam es in Berlin zu schweren Straßenkämpfen.

### Straßenkämpfe

Ihrer Tradition entsprechend, scheuten die Anhänger der Sozialdemokratie vor dem Waffengebrauch zurück. Deshalb stützte sich die Regierung auf Offiziere der alten Armee und auf Freiwillige, von denen viele weder demokratisch noch republikanisch dachten. Sie kämpften als „Freikorps“ gegen die Kommunisten und verteidigten im Baltikum und im polnischen Grenzgebiet alte deutsche Siedlungsgebiete.

### Freikorps



Bild links: Spartakisten marschieren durch die Straßen Berlins; Bild rechts: Das Werdenfeller Freikorps marschiert durch München, nachdem es dort gemeinsam mit anderen antikommunistischen Kräften die Verteidiger der Räterepublik besiegt hatte. Dem Einmarsch der „Befreier“ fielen 300 Zivilisten zum Opfer. Der Antisemitismus erhielt ebensolchen Auftrieb wie der Hass auf „Bolschewiken und Marxisten“. Beide Bilder stammen aus dem Jahr 1919.

### Räterepublik in München

### Demokraten und Demokratiegegner in einer Front

### keine absolute Mehrheit

### „Dolchstoßlegende“

### November 1923: Hitlerputsch

### „Mein Kampf“

### Stresemanns Versöhnungspolitik

### 1925: Locarno-Verträge – ein „Silberstreifen“

### 1926: Deutschland im Völkerbund

### gesellschaftliche Veränderungen der 20er Jahre



Während des Januaraufstandes ermordeten Freikorpsoffiziere **Karl Liebknecht** und **Rosa Luxemburg**. Das verbitterte auch nichtkommunistische Arbeiter. In München kam es zur Errichtung einer Räterepublik, in anderen Städten zu Aufständen. Bis Ende April 1919 wurden sie alle blutig niedergeworfen. Die parlamentarische Staatsordnung hatte sich gegen die Idee des Rätestaates durchgesetzt. Die Macht musste allerdings von den Anhängern der Demokratie mit Antidemokraten geteilt werden. Keiner der zahlreichen Parteien gelang es, eine absolute Mehrheit zu gewinnen.

Wegen der Unruhen in Berlin trat die Nationalversammlung in **Weimar**, der Stadt, in der einst Goethe und Schiller gewirkt hatten, zusammen.

Die ersten Jahre der Weimarer Republik waren von wirtschaftlicher Not, Bestürzung über die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles, Putschversuchen, der rasenden Inflation des Jahres 1923 und einer maßlosen politischen Propaganda gekennzeichnet. Obwohl General **Ludendorff** den Waffenstillstand verlangt hatte, bezeichnete er nun dessen parlamentarische Unterzeichner als „Novemberverschreiber“. Er erfand die **„Dolchstoßlegende“**, der zufolge nicht das deutsche Heer besiegt, sondern durch die Revolution von hinten erdolcht worden sei. In diesem Kampf zwischen Revolution und Gegenrevolution entstanden zahlreiche Gruppierungen. Der gebürtige Österreicher **Adolf Hitler** schloss sich in München einer dieser radikalen Gruppen an. Sie nannte sich Deutsche Arbeiterpartei. Hitler fügte dieser Bezeichnung den Ausdruck „Nationalsozialistisch“ hinzu, den er im österreichischen Reichsratswahlkampf 1911 in Wien kennen gelernt hatte.

Im November 1923 glaubte Hitler in München über genügend Anhänger zu verfügen, um im Bündnis mit Ludendorff eine Gegenregierung ausrufen zu können. Reichspräsident Ebert entschied jedoch, militärisch dagegen vorzugehen. Ein nationalsozialistischer Demonstrationzug wurde nach einer kurzen Schießerei, bei der es auch Tote gab, aufgelöst. Hitler flüchtete, wurde später verhaftet, vor Gericht gestellt und zur milden Strafe einer Festungshaft in Landsberg am Lech verurteilt. Dort schrieb er sein politisches Bekenntniswerk „Mein Kampf“.

Nach einer Periode sozialdemokratischer Alleinregierung bildeten sich schon im Jahre 1919 verschiedene Koalitionsregierungen, ab 1923 unter Dr. **Gustav Stresemann** (von der Deutschen Volkspartei, † 1929). Es gelang ihm, die Währung zu stabilisieren und allmählich das Misstrauen des Auslandes gegen Deutschland abzubauen. In den **Locarno-Verträgen** verzichtete dieses freiwillig auf Elsass-Lothringen, Eupen-Malmedy und die Befestigung der Rheingrenze, um dem Sicherheitsbedürfnis Frankreichs Rechnung zu tragen. Die Frage der deutschen Ostgrenze blieb offen. Der britische Außenminister **Chamberlain** nannte Locarno „die wirkliche Trennungslinie zwischen den Jahren des Kriegs und des Friedens“. Der französische Außenminister **Aristide Briand** setzte sich 1926 erfolgreich für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ein.

Neue Pläne milderten die Reparationsverpflichtungen; die letzte Zahlung sollte allerdings erst 1988 erfolgen. Die Produktion, die 1927 etwa den Vorkriegsstand erreicht hatte, erhöhte sich bis 1929 um 15 Prozent.

Die 20er Jahre brachten eine Vielzahl gesellschaftlicher und kultureller Umwälzungen. Krieg und Nachkriegszeit hatten auf das Auseinanderbrechen alter Normen und Vorstellungen beschleunigend gewirkt. Inflationszeit und der kurze wirtschaftliche Aufschwung brachten kürzere Röcke, den „Bubikopf“ als Frisur, amerikanische Produkte und Firmen nach Europa, den Jazz und modernen Tanz in die Unterhaltungslokale. Automobil, Flugzeug und Radio wurden zu alltäglichen Gegenständen des Lebens. Wer Geld hatte, gab es schnell aus. Die Unterschiede zwischen Arm und Reich verstärkten sich aber. Einer kleinen Schicht, die diese Situation nützen konnte, standen große, verarmte Bevölkerungsgruppen gegenüber – auch nach der kurzen Konjunkturphase gegen Ende der 20er Jahre! Die scheinbare Stabilität des politischen Lebens brach mit der Weltwirtschaftskrise 1929 zusammen.

### 3.3 Die Anfänge des Faschismus in Italien

Großgrundbesitz in den Mittelmeerstaaten

In den europäischen Mittelmeerstaaten war die wirtschaftliche und soziale Situation nach 1918 nicht durch nachkriegsbedingte Schwierigkeiten gekennzeichnet. In den meisten der vorwiegend landwirtschaftlich produzierenden Länder herrschte der Großgrundbesitz vor. Die Kluft zwischen Arm und Reich verschärfte daher die alten sozialen Gegensätze nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande. Die wirtschaftlich führenden Schichten sahen sich gezwungen, Methoden der Gewalt anzuwenden, um ihre bevorzugte Stellung beizubehalten.

Faschisten als neue Massenbewegung

In Italien fühlten sich nationalistisch gesinnte Kreise von den liberalen und sozialistischen Regierungen der ersten Nachkriegsjahre enttäuscht, da sie gehofft hatten, wenigstens Fiume an der dalmatinischen Küste dazugewinnen zu können. Die „Fasci“, Frontkämpfertruppen, die von den Großgrundbesitzern unterstützt wurden, waren gegen die eine Landreform fordernden Kleinbauern und Landarbeiter, die sich in Gewerkschaften organisierten. Die „Fasci“ klagten die Regierung an, sie hätte den Sieg Italiens „verloren“. Einer dieser Anführer war der ehemalige Sozialist **Benito Mussolini**, der 1914 als Scharfmacher für einen italienischen Kriegseintritt aus der SPI ausgeschlossen worden war. Er verband modern klingende Ideen der Macht- und Massenpsychologie (im Auftreten) mit weltanschaulichen Mythen von zukünftigen heroischen Aufgaben der italienischen Elite: Dieses moderne Italien sollte, die alten Römertraditionen wiederaufnehmend, erneut ein Mittelmeerimperium aufbauen.

gegen Sozialisten und Demokratie

Die „Fasci“ unter Mussolinis Führung sahen ihre Aufgabe im Kampf gegen die Linksparteien, wobei Terrormethoden eine wesentliche Rolle spielten. Terror, gegen den von staatlicher Seite kaum eingeschritten wurde! Als die Sozialisten am 1. August 1922 erneut zum Generalstreik aufriefen, verlangte Mussolini den Rücktritt der Regierung und die Übertragung der Kabinettnaubildung an ihn. Mit dem „Marsch auf Rom“ am 28. 10. 1922 der faschistischen „Schwarzhemden“ riss er die Regierungsgewalt an sich.

Bürgertum will Faschisten „verwenden“

Die legale Einbeziehung Mussolinis und des gemäßigten Teils der faschistischen Bewegung in eine von Liberalen geführte Regierung erschien einem großen Teil des Bürgertums in dieser Situation die beste Möglichkeit. So betraute König Victor Emanuel III. Mussolini mit der Regierungsbildung, wobei dieser zunächst mit nur 4 zu 10 Ministern in der Minderheit blieb.



In diesem Bild verkörpert Mussolini ganz Kraft und Würde, als der ebenfalls „schwarzhemdige“ Landwirtschaftsminister Giacomo Acerbo die Ergebnisse der ersten „Getreideschlacht“ verkündet.

Wie viele andere faschistisch und nationalistisch eingestellte Politiker suchte auch Mussolini das Leben und Arbeiten der Menschen in einen immer währenden rauschhaften und leidenschaftlichen Kampf umzufälschen. So wurde zum Beispiel die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durch die faschistische Propaganda als „Getreideschlacht“ dargestellt, an der alle italienischen Menschen freiwillig teilnehmen sollten.

vom Regierungschef zum Diktator

Aufgrund eines neuen Wahlgesetzes, das die stärkste Partei begünstigte, und mit Hilfe eines rücksichtslosen Wahlterrors gewann Mussolini 1923 fünf- undsechzig Prozent aller Stimmen. Erst 1924/25 erlangte er diktatorische Vollmachten. Das Parlament ersetzte er 1928 durch den „Großen Faschistischen Rat“.

### 3.4 Gefährdete Demokratie in Österreich

Wiederholung

Wiederholen Sie zum Einstieg in dieses Kapitel die Folgen des 1. Weltkrieges (Kap. 1.3):

- Nennen Sie wirtschaftliche Probleme, die durch das Auseinanderbrechen eines großen Wirtschaftsraumes, wie die Monarchie einer war, entstanden sind!
- Welche Probleme verlangten damals am dringlichsten nach einer Lösung?
- Welches Problem konnte zunächst gelöst werden? Auf welche Weise wurde es gelöst? Welches Problem, das sich in den folgenden zwei Jahrzehnten noch verschärfte, konnte nicht gelöst werden?
- Was dachten viele Österreicher über die Zukunft ihres Staates?
- Woran zeigte sich die Fremdbestimmung dieses „Rumpfstaates“ („Der Rest ist Österreich“)? Es sollten Ihnen mindestens 3–5 Punkte einfallen!
- Nennen Sie Einflüsse der allgemeinen außenpolitischen Lage?
- Die folgenden Texte T 1, T 2, T 3, T 4 zeigen Veränderungen der innenpolitischen Lage – welche können Sie erkennen? Verwenden Sie zur Information über die Parteien der Ersten Republik auch Einträge zu bestimmten Stichworten in [www.aeiou.at](http://www.aeiou.at) und [www.nationalsozialismus.at](http://www.nationalsozialismus.at) → Themen → Erste Republik

Probleme des „Rumpfstaates“

www-Tipp

Projektaufgabe

Anregungen für ein Kleinprojekt bzw. Portfolio in den nächsten Wochen:

- Überlegen Sie, wie diese Umstände auf die Menschen, die in dieser Zeit gelebt haben, gewirkt haben könnten!
- Sie könnten dazu auch ein in Abschnitten gestaltetes, fiktives (erfundenes) Tagebuch oder eine fiktive Autobiographie (in der Ichform) einer Person des Geburtsjahrganges 1895 bzw. 1910 bis 1920 selbst verfassen!

Überlegen Sie, aus welcher sozialen Schicht, welchen Lebensumständen er/sie stammte. Versetzen Sie sich in diesen Menschen, wie seine/ihre Sichtweise, Betroffenheit, Zwänge, Ängste etc. wohl gewesen wären. Überlegen Sie, was er/sie wissen oder ahnen konnte und was wir, „mit der Gunst der Nachgeborenen“, heute wissen.

Ziehen Sie in der Folge auch den Lehrstoff, den Sie im Laufe der Kapitel 3.4 und 5 (evtl. noch Kapitel 6, 7) erarbeiten werden, heran.

Lassen Sie in Ihre Aufzeichnungen eventuell mündliche Überlieferungen und Erinnerungen von Zeitzeugen einfließen.

Ergänzen Sie Ihre Texte durch Informationen, die Sie aus dem Internet gefunden haben.

Fragen zur Geschichte

Abschließend sollte Sie sich folgende Fragen stellen:

Warum liegt uns der Erste Weltkrieg heute so viel ferner als der Zweite? Wieso wird er wegen seiner Folgen oft als die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnet?

Was können wir daraus im Allgemeinen über „Geschichte“ ableiten?

# T 1

„Der Krieg hatte die Struktur und die Geistesverfassung des Proletariats wesentlich verändert. Er hatte die Arbeiter aus Fabrik und Werkstatt herausgerissen. Im Schützengraben litten sie Unsägliches. Im Schützengraben füllten sie ihre Seelen mit Hass gegen die Drückeberger und Kriegsgewinner . . . und gegen die Generale und Offiziere, die üppig tafelten, während sie hungerten . . . Die Jahre im Schützengraben hatten sie der Arbeit entwöhnt, sie an

gewalttätige Requisitionen, an Raub und Diebstahl gewöhnt . . . sie mit dem Glauben an die Gewalt erfüllt. Nun kam die Revolution, kam der Tag der Heimkehr . . . Jetzt heischten sie die Rache an all denen, von denen sie vier Jahre lang misshandelt worden waren. Jetzt forderten sie, die Revolution, die den Kaiser verjagt, solle alle die Großen, die Reichen, die Schuldigen stürzen.“

Quelle: Gulick, Österreich, Bd.1, S. 256 ff.

# T 2

Der k. k. Minister Alexander Spitzmüller, ein Konservativer alter Prägung, hob rückschauend, von einem anderen Standpunkt ausgehend, einen anderen Aspekt desselben Sachverhalts hervor: „Das

größte Verbrechen, das in den Jahren 1914 bis 1918 begangen wurde, war nicht so sehr der Krieg selbst . . . als die Zerstörung der Rechtsordnung und des Rechtsgefühls.

# T 3

Parteien	1919 <sup>1)</sup>	1920 <sup>2)</sup>	1923	1927	1930
Christlichsoziale	69	85	82	73	66
Sozialdemokraten	72	69	68	71	72
Deutschnationale Gruppen	26	28	–	–	–
Großdeutsche Partei	–	–	10	12	10
Landbund	–	–	5	9	9
Heimatblock	–	–	–	–	8
Andere Parteien	3	1	–	–	–
	170	183	165	165	165

1) Konstituierende Nationalversammlung  
2) Mit Nachwahlen in Kärnten (1921) und im Burgenland (1922)



1925

## www-Tipp

[http://zeit1.uibk.ac.at/goes20\\_ger.html](http://zeit1.uibk.ac.at/goes20_ger.html)

<http://www.aeiou.at/aeiou.encyclopedie/782241.htm>

# T 4

## Die Sozialgesetzgebung der Ersten Republik

Noch in der Monarchie:

1883–1888	Gewerbeinspektorat Elfstundentag (Ausnahmeregelungen waren möglich!) Arbeiterunfall- und Krankenversicherung
1906	Pensionsversicherungsgesetz für Angestellte

Januar 1917	Erster Erlass des Mieterschutzgesetzes: auf ein Jahr befristet; die Mieten wurden eingefroren; Kündigungsschutz.
1918	Die Jännerstreiks im Wiener Becken. In Betrieben entstehen die ersten „Räte“.
Januar 1918	Zweiter befristeter Erlass des Mieterschutzgesetzes von 1917.
Oktober 1918	Dritter Erlass des Mieterschutzgesetzes: unbefristet, erklärt Ablösen als ungesetzlich. Das Gesetz geht auf die Zweite Republik über.

Notmaßnahmen und Gesetze der Koalitionszeit:

November 1918	Am 18. November wird die Arbeitslosenunterstützung erstmals ausgezahlt. Bis 1933 gab es 30 Novellen zum Arbeitslosenunterstützungsgesetz. Ab 1926 werden für die Arbeitslosenunterstützung keine Staatsgelder mehr zur Verfügung gestellt.
Dezember 1918	Achtstundentag (zunächst nur befristet und nur für Fabriken)
1919	Abfertigung für Angestellte
Mai 1919	Betriebsrätegesetz
Juli 1919	Bezahlter Urlaub wird eingeführt: im ersten Jahr eine Woche, ab dem fünften Jahr zwei Wochen.
Dezember 1919	Zweites Gesetz über den Achtstundentag: für alle und unbefristet. Damit wurde die älteste Forderung der Gewerkschaften erfüllt. Schiedskommissionen und Kollektivvertragsgesetz
Februar 1920	Arbeiterkammergesetz (AK): gilt bis Januar 1934. Handelskammern gibt es schon seit 1848.

Bruch der Koalition

1921	Angestelltengesetz: Urlaubsanspruch zwei Wochen nach sechs Arbeitsmonaten.
1927	Teilweise Altersrente: ab einem Alter von 60 Jahren in der Höhe von zwei Dritteln der Arbeitslosenversicherung.

Unter der Administration von Ferdinand Hanusch erreichte die österreichische Arbeiterschaft in den ersten Jahren der Ersten Republik die vorbildlichste Sozialgesetzgebung in den damaligen Staaten der Welt. Nach dem Bruch der Koalition führten die Sozialdemokraten ihre Sozialpolitik im „Roten Wien“ weiter.

## Sozialdemokraten

Die Anfänge der parlamentarischen Demokratie gestalteten sich zwar nicht so dramatisch wie im Deutschen Reich (vgl. Kap. 1.2.3 und 3.2), standen aber – wie vieles in der gemeinsamen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts – unter ähnlichen Vorzeichen. Dem versuchte man in der jungen Demokratie mit einer Welle von Sozialgesetzen gegenzusteuern (T 4). Aufgrund der tristen wirtschaftlichen Situation blieben aber soziale Spannungen bestehen, verschärften sich sogar in den folgenden Jahren – dazu trug auch der politische Umschwung bei.

Waren in den ersten Nachkriegsmonaten die Sozialdemokraten unter ihrem Obmann Karl Seitz (zuerst Präsident der Nationalversammlung, später Bürgermeister von Wien), dem provisorischen Staatskanzler Dr. **Karl Renner**, den Staatssekretären (damals Minister) für Äußeres Dr. Otto Bauer, für Heereswesen Julius Deutsch, für Kultur und Unterricht Otto Glöckel, für Soziales Ferdinand Hanusch politisch tonangebend gewesen, so brachten die Wahlen 1919 starke Stimmengewinne für die Christlichsoziale Partei unter Prälat Dr. Ignaz Seipel.

## Bruch der Koalition

Eine Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten und Christlichsozialen arbeitete eine demokratische Staatsverfassung aus. Das Friedensabkommen, das der Regierung Renner von der Entente in Paris vorgeschrieben wurde, führte zur Stabilisierung der äußeren Grenzen der Republik. Die angespannte Wirtschaftslage steigerte die Uneinigkeiten der Koalitionsregierung. Sie zerbrach. **Otto Bauer** führte die Sozialdemokraten in die Opposition. Durch ihre starke Position „im roten Wien“ (Bundesland seit 1923) hofften die Sozialdemokraten, eine Politik vorzeigen zu können, deren Beispielwirkung sie später wieder zur Bildung einer Bundesregierung führen würde. Dem gegenüber aber standen die christlichsozial regierten, anderen Bundesländer. Nur in den weit verstreuten Industriegebieten der Bundesländer hatte Otto Bauers Politik positiven Widerhall.

## bürgerliche Regierung

Die Regierung von Bundeskanzler **Seipel** sanierte den durch die Inflation finanziell zerrütteten Staatshaushalt mit Hilfe einer Völkerbundanleihe in Schweizer Franken. Für diese „Genfer Sanierung“ mussten aber weit reichende Zugeständnisse gemacht werden. Neben der Einführung des Schillings wurde ein strikter Sparkurs vorgeschrieben. Das brachte zwar die Staatsfinanzen und die Währung wieder in Ordnung – jedoch auf Kosten hoher Arbeitslosenzahlen und gekürzter Sozialleistungen. Dadurch stiegen die Spannungen zwischen den Parteien weiter.

# T 5 1926 beschlossen die Sozialdemokraten ein neues Parteiprogramm

Dieses „Linzer Programm“ hielt sich an marxistische Grundsätze: Als Ausweg aus der Krise strebte die Sozialdemokratische Partei eine Vergesellschaftung der größeren Privatunternehmen an. Otto Bauer war klar, dass deren Eigentümer im Falle eines SP-Wahlsieges kaum bereit wären, auf die Verfügungsgewalt über ihre Betriebe zu verzichten:  
„... Findet sich die Bourgeoisie [= das besitzende Bürgertum] mit der ihr von der Arbeiterklasse aufgezwungenen demokratischen Republik ab, solange sie die Republik beherrschen mag, so wird sie versucht sein, die demokratische Republik zu stürzen, eine monarchistische oder faschistische Diktatur aufzurichten, sobald

das Wahlrecht die Staatsmacht der Arbeiterklasse zu übertragen droht oder schon übertragen hat.  
Wenn sie sich ... durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörung mit ausländischen konterrevolutionären Mächten widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur des Proletariats zu brechen ...“

Quelle: Kadan/Pelinka: Grundsatzprogramme österreichischer Parteien, 1979

## feindselige Lagermentalität

Nicht nur Eigentümer großer Unternehmungen, sondern auch Angehörige des Mittel- und des Bauernstandes fühlten sich durch das Linzer Programm bedroht. Sie bezeichneten die österreichischen Sozialdemokraten abfällig als „Austrobolschewiken“. Gemäßigte Sozialdemokraten, wie der ehemalige Staatskanzler Dr. Karl Renner oder der niederösterreichische Politiker Oskar Helmer, versuchten vergeblich, die Brücken zum „bürgerlichen Lager“ nicht abbrechen zu lassen. Die Innenpolitik radikalisierte sich in den folgenden Jahren aber (auch aufgrund der wirtschaftlichen Situation) mehr und mehr.

nach den äußeren  
Erfolgen:  
Umfunktionierung  
zu bewaffneten  
Parteigarden

#### Bürgerkriegsstimmung

Jänner 1927:  
Zusammenstoß mit  
tödlichem Ausgang

Freispruch durch  
Geschworenengericht

Aus den Grenzland-Wehrverbänden (Heimwehren) und anderen lokalen Organisationen entwickelte sich der „**Heimatschutz**“, der später seine Aufgabe darin sah, marxistischer Politik die Stirn zu bieten; aus den Arbeiterwehren ging der „**Republikanische Schutzbund**“ hervor. Er diente der Sozialdemokratie als bewaffnete Macht und sollte die demokratischen Errungenschaften verteidigen.

Österreich hatte sich in zwei feindliche Lager gespalten: das bürgerliche und das sozialistische. Die Christlichsozialen stellten gemeinsam mit den kleineren Parteien der Großdeutschen und des Landbundes das bürgerliche Lager, das sozialistische Lager bildete die Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Im Januar 1927 kam es zum dramatischen Zusammenstoß. Der Bürgermeister von **Schattendorf** im Burgenland hatte für den gleichen Tag, allerdings in unterschiedlichen Ortsteilen, einen Aufmarsch der dem Heimatschutz nahe stehenden „Frontkämpfer“ und des Republikanischen Schutzbundes genehmigt. In dieser angespannten Situation fielen Schüsse, durch die ein Schutzbündler und ein Kind getötet wurden.

Im Juli 1927 mussten sich die Todesschützen vor einem Geschworenengericht verantworten. Auf die Einführung solcher Laiengerichte hatten besonders die Sozialdemokraten gedrängt. Die Geschworenen verneinten die Frage, ob Mord, Totschlag oder Überschreitung der Notwehr vorliege. Daher konnte der Richter nur einen Freispruch fällen.

T 6

In der sozialdemokratischen „Arbeiter-Zeitung“ vom 15. Juli 1927 hieß es im Leitartikel von Chefredakteur Friedrich Austerlitz unter dem Titel „Die Mörder von Schattendorf freigesprochen!“:

„... Aber ihnen allen, die der Geduld des arbeitenden Volkes mit den Freisprechungen der Arbeitermörder eine so schwere Belastung zufügen, ihnen allen sei gesagt, dass sie da ein frivoles, ein gefährliches Spiel treiben. Denn wenn die Arbeiter erkennen müssten, dass es für sie in dieser kapitalistischen Ordnung keine Gerechtigkeit gibt, dass die Justiz zur Komödie herabsinkt, wenn ein den arbeitenden Menschen zugefügtes Unrecht zu sühnen ist, dann wird der Glaube an diese Gerechtigkeit vernichtet und das Vertrauen zu ihr erschüttert. Denn die Versagung der Gerechtigkeit

ist das Schlimmste, was den arbeitenden Menschen angetan werden kann, und wenn sie das einmal erkennen und ihr Bewusstsein von dieser niederdrückenden Tatsache erfüllt wird, so ist es um die Rechtsordnung geschehen. Die bürgerliche Welt warnt immerzu vor dem Bürgerkrieg; aber ist diese glatte, diese aufreizende Freisprechung von Menschen, weil sie Arbeiter getötet haben, nicht schon selbst der Bürgerkrieg? Wir warnen sie alle, denn aus einer Aussaat von Unrecht, wie es gestern geschehen ist, kann nur schweres Unheil entstehen.“

Demonstrationsmarsch  
zum Justizpalast

Polizeipräsident Schober  
für Waffeneinsatz

Bürgermeister Seitz  
für Löschkaktionen

Bundeskanzler Seipel für  
Waffeneinsatz

Die Wiener Arbeiterschaft war äußerst erregt. Arbeiter des Elektrizitätswerks schalteten den Strom ab. Das war das Zeichen zum **Generalstreik**. Menschenmassen marschierten auf die Ringstraße und vor den Justizpalast. Die sozialdemokratische Parteiführung hatte die Demonstration nicht organisiert, war doch ein Geschworenengericht für das Urteil verantwortlich. Dadurch gelang es radikalen Rednern, die Masse aufzuputschen und den **Justizpalast** in Brand zu setzen.

Das österreichische Bürgertum fürchtete den Ausbruch einer Revolution.

Der Wiener Polizeipräsident Dr. Johann **Schober**, der den Großdeutschen nahe stand und selbst zweimal Bundeskanzler gewesen war, versuchte, von Bürgermeister Seitz den Befehl zum Waffengebrauch für die Polizei zu erwirken. Seitz verweigerte dies. Er versuchte nicht ohne Erfolg, selbst auf einem Rüstwagen der Feuerwehr stehend, dieser den Weg zum Justizpalast durch die erregten Menschenmassen zu bahnen.

Bundeskanzler Prälat Dr. Ignaz **Seipel** hielt die Situation für viel zu gefährlich für die Republik, um vor harten Entscheidungen zurückzuschrecken. Er gab der Polizei die Zustimmung zum Waffengebrauch.

Die öffentliche Ruhe wurde bis zum folgenden Tag wiederhergestellt, doch über achtzig Menschen verloren ihr Leben.



15. Juli 1927:  
Demonstranten hinter dem Justizpalast  
stehen berittener Polizei gegenüber – der  
Konflikt schaukelt sich auf ...



... Nachdem die Demonstranten auch ein Wachzimmer gestürmt hatten, ließ der Polizeipräsident die mit Gewehren bewaffneten Polizisten das Feuer eröffnen.

T 7

Aus dem Leitartikel Dr. Friedrich Funders in der christlich-sozialen „Reichspost“ vom 18. Juli (nach der Brandlegung im Justizpalast hatten Demonstranten auch die Redaktion der „Reichspost“ und der „Wiener Neuesten Nachrichten“ gestürmt.):

„... Man hat versucht, uns niederzutreten – wir stehen aufrecht. Man hat es unternommen, die Wiener Zeitungsburg des österreichischen christlichen Volkes niederzubrennen – in einem Haus, das halb zur Ruine geworden ist, zwischen zerstörten Einrichtungen, an Tischen, von Rauch- und Aschenstaub geschwärzt, sind wir wieder an unserer Arbeit. In diesem Sturm auf die staatliche Ordnung sollte eines der wichtigsten Verteidigungsmittel des christlichen Volkes, ein Wall seines Rechtes und seiner Freiheit – die christliche Presse – zerstört werden, aber so arg die angerichteten Verwüstun-

gen sind, wir halten unseren Posten, unerschüttert und treu unserer Pflicht, die wir vor dem christlichen Volk unseres Landes übernommen haben.“

Bilanz des 15. Juli 1927:

89 Tote, 1.057 Verwundete, 979 Neubeitritte zur Heimwehr, 28.000 Austritte aus der katholischen Kirche (bis Jahresende).



Hinten im Wagen (ohne Hut) steht der damalige Bürgermeister von Wien, Karl Seitz. Man hatte gemeint, dass die Menschenmassen ein Auto mit dem beliebten Gemeindepolitiker am ehesten durchlassen würden. Welche Stimmung ist wohl aus den vielen im Bild erkennbaren Gesichtern abzulesen?

Die der österreichischen Demokratie am 15. und 16. Juli geschlagenen Wunden verheilten nicht mehr. Trotz der relativ günstigen Wirtschaftssituation blieb das Misstrauen dem Staat gegenüber lebendig. Das „bürgerliche“ Lager fürchtete ein neues Aufflackern der Revolution, das „proletarische“ gewaltsame Unterdrückung.

**A** **Arbeitsaufgaben:**

- Suchen Sie in der Diskussion des Ereignisses in der Klasse zu einem persönlichen Urteil zu gelangen und bedenken sie dabei z. B. Folgendes:
  - Welche Bedeutung als auslösendes Moment hat der Schattendorf-Prozess?
  - Erscheint es angesichts der Tatsache, dass die Polizei nach den Auseinandersetzungen zwei Todesopfer zu beklagen hatte, wahrscheinlich und glaubhaft, dass die Demonstranten systematisch mit Waffen ausgerüstet und auf eine Revolte vorbereitet waren?
  - Ist es für das weitere Geschick der Republik von Bedeutung gewesen, dass nach dem 15. Juli große Teile der österreichischen Arbeiterschaft dem Staat misstrauten?
- Vergleichen Sie die Wahlplakate mit Beispielen aus der heutigen Zeit. Welche Unterschiede in der Werbemethode und den Aussagen fallen Ihnen auf?



**T** 8

1930 Korneuburger Eid der Heimwehren:

Wir wollen Österreich von Grund aus erneuern.  
Wir wollen den Volksstaat der Heimwehren . . .  
Wir müssen eigenen Vorteil ganz vergessen, müssen alle Bindungen und Forderungen der Parteien unserem Kampfziel unbedingt unterordnen, da wir der Gemeinschaft des ganzen deutschen Volkes dienen wollen.  
Wir verwerfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat.  
Wir wollen an seiner Stelle die Selbstverwaltung der Stände setzen und eine starke Staatsführung, die nicht aus Parteienvertretern, sondern aus führenden Personen der großen Stände und aus den fähigsten Männern unserer Volksbewegung gebildet wird.  
Wir kämpfen gegen die Zersetzung unseres Volkes durch den

marxistischen Klassenkampf und durch die liberal kapitalistische Wirtschaftsgestaltung.  
Wir wollen auf berufsständischer Grundlage die Selbstverwaltung der Wirtschaft verwirklichen.  
Wir wollen den Klassenkampf überwinden, die soziale Würde und Gerechtigkeit herstellen . . .  
Der Staat ist die Verkörperung des Volksganzen . . .  
Jeder Kamerad fühle und bekenne sich als Träger der neuen deutschen Staatsgesinnung,  
er sei bereit, Gut und Blut einzusetzen,  
er kenne die drei Gewalten:  
Den Gottesglauben, seinen eigenen harten Willen, das Wort seiner Führer!

**A** **Arbeitsaufgaben:**

- Suchen Sie im Korneuburger Eid Punkte, die auf dahinterstehende faschistische Gruppen schließen lassen. Filtern Sie für faschistische Propaganda typische Ausdrücke und Feindbilder heraus!
- Woher leiten sich viele dieser Ausdrücke ab?

# 4 Deutschlands Weg in die Diktatur des Dritten Reichs



Amerikan. Karikatur zur Wahl 1930

Die verbündeten Siegermächte versuchten 1919 in Paris, Deutschland, den wirtschaftlich stärksten Staat Europas vor 1914, seiner Gefährlichkeit zu entkleiden. Das Gegenteil war letztlich der Fall: Aus den der Weltordnung von 1919 entstandenen Strukturproblemen entwickelte sich in Europa in den nächsten zwei Jahrzehnten nicht Friede, sondern eine zweite, noch stärkere, wieder weltweit wirkende Katastrophe.

## 4.1 Scheitern der Weimarer Republik

**Inflation bis 1925**

**kurze wirtschaftliche Erholung**

**schwere Krise in Deutschland 1929**

**zu viele Parteien**

**1930: Ende der Koalition**

**Hindenburg Reichspräsident**

**Brüning Reichskanzler**

**Regierung mit Notverordnung**

**Verschärfung der Wirtschaftskrise**

**Hoffnung auf Zügelung**

1924 wurde die zerrüttete Währung mit Hilfe von amerikanischen Banken saniert. Bis Juli 1925 konnte dann eine Billion Mark gegen eine „neue Reichsmark“ ersetzt werden. Diese Währungsanierung half die Reparationszahlungen zu sichern und ermöglichte den USA die wirtschaftliche Vormachtstellung in Mitteleuropa. Die Anleihen wanderten größtenteils in die Rüstungsindustrie der großen Konzerne. Dort wurde mit zunehmender Arbeitsproduktivität und mit Rationalisierungsmaßnahmen die Produktion gesteigert. Die Arbeitsunfälle nahmen von 1924 bis 1928 um 90% zu. Durch die steigende Zahl der Arbeitslosen konnten die Löhne niedrig gehalten werden.

In den Jahren 1929 brach die Weltwirtschaftskrise mit aller Wucht auch über das Deutsche Reich herein. Die traditionellen Mittel zu ihrer Bekämpfung – Verringerung der Staatsausgaben und allgemeine Sparsamkeit – erwiesen sich als ebenso wirkungslos wie in den Vereinigten Staaten von Amerika. Dazu kam, dass die Uneinigkeit der vielen Parteien ein zielführendes Regierungsprogramm erschwerte.

1930 löste sich die große Koalition, die seit 1920 die Regierungspolitik gestützt hatte, auf. Man konnte sich über die Höhe der Arbeitslosenunterstützung nicht einigen.

Nach dem Tode Friedrich Eberts war 1925 **von Hindenburg** zum Reichspräsidenten gewählt worden. Der konservativ denkende, ehemalige kaiserliche Feldmarschall ernannte den Fraktionsführer des Zentrums, einer christlich-demokratischen Partei, Heinrich **Brüning**, zum Regierungschef.

Brüning regierte zunächst ohne Parlament und ab Herbst 1930 auf Grund von Notverordnungen ohne parlamentarische Mehrheit. Die Wirtschaftskrise verschlimmerte sich, obwohl es der Regierung gelang, die Zustimmung zur Einstellung der Reparationszahlungen zu erwirken.

1930 verabschiedete das Parlament noch 98 Gesetze, die Regierung erließ fünf Notverordnungen. 1932 standen 60 Notverordnungen der Regierung 5 vom Parlament beschlossenen Gesetzen gegenüber.

Im April 1932 wurde Hindenburg zum zweitenmal zum Reichspräsidenten gewählt. Im Mai trat Brüning zurück. Angesichts von sechs Millionen Arbeitslosen gewannen die extremen Parteien, nämlich Kommunisten und Nationalsozialisten, an Stimmen. Die wohlhabenden, konservativen Politiker und Ratgeber, die Hindenburg umgaben, empfahlen ihm, Hitler, den Führer der größten Partei, mit der Bildung einer antimarxistischen Koalitionsregierung zu betrauen. Hitler hatte bei den letzten demokratischen Wahlen im Herbst 1932 deutliche Stimmeneinbußen hinnehmen müssen. Man fürchtete eine Verschiebung der Wählergunst nach links.

Obwohl Hindenburg von Hitler stets verächtlich als dem „böhmischen Gefreiten“ gesprochen hatte, ließ er sich davon überzeugen, dass ein „Einrahmen“ Hitlers durch erfahrene konservative Politiker, wie **von Papen** und den Industriellen und Verleger **Hugenberg**, dessen Dynamik brechen würde.



Am 30. Jänner 1933 ernannte Hindenburg Hitler zum Reichskanzler und von Papen zum Vizekanzler.

## T 1

Die Reichstagswahlen 1928 bis 1933 in Prozenten

	SPD	Zentrum	Deutschnationale	Deutsche Volksp.	NSDAP	KPD	Splitterparteien
20. 5. 1928	31,2	12,4	15,9	9,1	2,4	11,0	18,0
14. 9. 1930	24,8	11,8	7,6	5,2	18,5	13,4	18,7
31. 7. 1932	21,9	12,3	6,4	1,2	37,8	14,6	5,8
6. 11. 1932	20,7	12,0	9,3	2,3	33,6	17,1	5,4
5. 3. 1933	18,6	11,3	8,2	0,3	44,5	12,5	4,6

### Finanzquellen der NSDAP, April 1932

Quelle	Betrag in Mio. RM	einzelne Geldgeber
Beiträge, Versammlungserträge, Broschürenverkauf	15	
Leistungen deutscher Industrieller u. a. Unternehmer	5	Fritz Thyssen, Kirdorf, Warenhaus H. Tietz <sup>1)</sup>
Spenden Auslandsdeutscher	2-3	gesammelt u. a. in den USA
ausländische Geldgeber	40-45	über die Schweizer Kreditanstalt, u. a. von dem schwedischen Bankier I. Kreuger, den Rüstungsfabrikanten Vickers und Zaharoff u. dem Generaldirektor des Royal Dutch Shell Konzerns, Deterding.

1) Warenhaus Tietz und Schapiro vom Sportpalast waren jüdische Unternehmer, die sich durch derartige Tribute vor den Übergriffen der SA zu schützen suchten.

### Die soziale Schichtung der NSDAP im Vergleich zur Gesellschaft in Deutschland 1930 (in %)

Berufsgruppe	NSDAP	Gesellschaft	Gesellschaft = 100
Arbeiter	28,1	45,9	62,2
Angestellte	25,6	12,0	213,5
Selbständige	20,7	9,0	230,0
Beamte	8,3	5,1	162,7
Bauern	14,0	10,6	132,0
Sonstige	3,3	17,4	18,9

## A Arbeitsaufgaben:

- Welche Berufsgruppen waren der NSDAP besonders zugeneigt? Überlegen Sie, warum.
- Hatten die Nationalsozialisten in Deutschland die Stimmenmehrheit erreicht?

Die Hoffnung, Hitler durch die Teilnahme an der Macht bändigen zu können, erfüllte sich nicht. Zielbewusst strebte Hitler nach der absoluten Herrschaft.

### Neuwahl unter Vorzeichen des Terrors

Am 1. Februar 1933 löste Hindenburg auf Hitlers Drängen den Reichstag auf. Bis zur Neuwahl am 5. März traten wieder Notverordnungen an die Stelle parlamentarisch verabschiedeter Gesetze. Bewaffnete Wehrverbände, wie Hitlers SA (Sturmabteilung) und Hugenbergs „Stahlhelm“, terrorisierten als „Hilfspolizisten“ politische Gegner. Zeitungs- und Versammlungsverbote behinderten die Wahlwerbung der demokratischen Parteien.

### der Reichstagsbrand

In der Nacht vom 27. auf 28. Februar 1933 brach im Reichstagsgebäude ein Brand aus, der möglicherweise von der SA selbst, vielleicht von einem holländischen Kommunisten (der später hingerichtet wurde) gelegt worden war.

### Dispens der Grundrechte

Hitler überzeugte Hindenburg, dass der Reichstagsbrand als Auftakt zu einer kommunistischen Revolution anzusehen sei, und veranlasste ihn, „zum Schutz von Volk und Staat“ die Grund- und Freiheitsrechte aufzuheben. In den folgen-



Wahlplakat zur Reichspräsidentenwahl 1932. Mit dem Schrifttyp der obersten Zeile werden unterschwellig bestimmte politische Grundströmungen angesprochen.

den Tagen wurden Zehntausende politische Gegner verhaftet und außerhalb jeder rechtsstaatlichen Kontrolle in Konzentrationslager (KZ) gebracht.

Dennoch brachte es die NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) bei den Reichstagswahlen nur auf 44,5% der Stimmen. Für die absolute Mehrheit war ein Bündnis mit den Deutschnationalen nötig.

Um die Unterstützung durch die Reichswehr nach außen hin zu bekräftigen, veranstaltete die Regierung eine nationale Feier in Potsdam, die so geschickt gestaltet war, dass Hindenburg die Überzeugung gewann, Hitler als Erneuerer des alten Deutschland betrachten zu können.

### Ermächtigungsgesetz

Zwei Tage später ließ sich Hitler im Reichstag durch ein „Ermächtigungsgesetz“ nahezu unumschränkte Vollmachten geben. Nur die wenigen Kommunisten, die nicht verhaftet oder geflohen waren, und die sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten dagegen.

### www-Tipp

<http://www.vl-geschichte.de>

## T 2 Wie der Rechtsstaat abgeschafft wird:

Aus der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 (nach dem Reichstagsbrand):

Auf Grund des Artikels 48, Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer Gewaltakte Folgendes verordnet:

§ 1. Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

„Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ („Ermächtigungsgesetz“). Am 24. März 1933 wurde es im Reichstag angenommen.

„Artikel 1: Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden . . .“

Artikel 2: Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen . . .“

Lediglich die 94 sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten dagegen. Die letzten freien Worte im Reichstag sprach der sozialdemokratische Abgeordnete Wels:

„ . . . Ein Gewaltfrieden kann auch im Inneren keinen Segen stiften . . .“

„ . . . Niemals ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die Volksvertreter bisher in einem solchen Maße ausgeschaltet worden, wie das jetzt geschieht und nach dem neuen Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll.“

Eine solche Allmacht der Regierung wird sich umso schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt.“

### Auflösung der Gewerkschaften

### Diktatur statt Demokratie

Bis zum Verbot und zu der „Selbstauflösung“ aller Parteien vergingen nur wenige Wochen. Den 1. Mai feierte Deutschland als „Tag der Arbeit“, am 2. Mai wurden die Gewerkschaften aufgelöst und durch die „Deutsche Arbeitsfront“, der auch Arbeitgeber angehörten, ersetzt.

An die Stelle der Demokratie war die Diktatur getreten. Die Nationalsozialisten hatten alle Möglichkeiten, die die Weimarer Verfassung dazu bot, skrupellos ausgenutzt, um ihre Herrschaft unangreifbar zu machen.

Kritik oder eigene Gedanken duldete Hitler nicht einmal in den eigenen Reihen. Dies zeigte sich deutlich in seinem Vorgehen gegen die SA. Die SA, von ehemaligen Freikorpskämpfern geführt, zum Teil aus Arbeitslosen rekrutiert, hätte eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft im Sinne des verschwommenen nationalen „Sozialismus“ lieber gesehen als Hitlers Werben um Industriekapitäne und hohe Reichswehroffiziere.

### der so genannte „Röhm-Putsch“

Um das Bündnis mit der Armee zu festigen, ließ Hitler am 30. Juni 1934 die wichtigsten Führer der SA (Sturmabteilung = „Parteiarmee“), darunter deren Stabschef Röhm, und einige alte Gegner kurzerhand ermorden. Ein nachträglich beschlossenes Gesetz erklärte diese Vorgangsweise, durch die angeblich ein Putsch vereitelt worden war, als „Staatsnotwehr rechtens“.

### der SS-Staat

Die absolute Herrschaft über die Exekutive erlangte Hitler auf zwei Wegen: Die SS (Schutzstaffel), ursprünglich als Leibwache gegründet, hatte unter der Führung Heinrich Himmlers die Bluttat des 30. Juni 1934 verrichtet. Zwei Jahre später wurde Himmler mit dem Amte des „Chefs der Deutschen Polizei“ betraut, was eine Unterstellung dieses staatlichen Apparates unter die SS bedeutete.

Nach dem Tode Hindenburgs am 2. August 1934 erklärte Hitler „aus Gründen der Pietät dem großen Feldmarschall gegenüber“ dieses Amt für erloschen.

## Hitler übernimmt die Funktion des Reichspräsidenten

Er übernahm die Funktionen des Reichspräsidenten selbst, nannte sich nun „Führer und Reichskanzler“ und vereidigte die Wehrmacht auf seinen Namen. Hitlers Macht in Deutschland war de facto unumschränkt.

www-Tipp

<http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/innenpolitik/etablierung/index.html>

### T 3

Eine Rechtsreform war ein weiterer wesentlicher Schritt zur völligen Kontrolle der Bevölkerung durch den Staatsapparat. Aus den Richtlinien des „Reichsführers“ Frank für Richter im NS-Staat, 14. Jänner 1936 (Auszug):

„2. Grundlage der Auslegung der Rechtsquellen ist die nationalsozialistische Weltanschauung, wie sie insbesondere in dem Parteiprogramm und den Äußerungen unseres Führers ihren Ausdruck findet.

3. Gegenüber Führerentscheidungen, die in die Form eines Gesetzes oder einer Verordnung gekleidet sind, steht dem Richter kein Prüfungsrecht zu.

4. Gesetzliche Bestimmungen, die vor der nationalsozialistischen Revolution erlassen worden sind, dürfen nicht angewendet werden, wenn ihre Anwendung dem heutigen gesunden Volksempfinden ins Gesicht schlagen würde.“



Beschäftigten sich seit Ende des 19. Jahrhunderts zunächst praktisch nur Bastler und Erfinder mit Fernsehexperimenten, so stiegen ab Mitte der 20er Jahre die großen Funk- und Elektrokonzerne (z. B. Telefunken) in die Fernsehforschung ein. 1935 (wie auch gleichzeitig in London) begann ein erster Versuchsbetrieb in Berlin. Die Live-Berichterstattung der Olympischen Spiele in Berlin 1936 erreichte erstmals größere Publikumszahlen. Der Schritt zum privat genutzten Gerät (Kosten: ca. 1.000 RM gegenüber 35 RM für einen „Volksempfänger“) wurde durch den Krieg unterbrochen.



Drei Generationen einer bäuerlichen Familie zeigt der Maler versammelt vor dem „Volksempfänger“. Das Bild war von dem Intendanten des Reichsrundfunks in Auftrag gegeben worden. Rundfunk und Film hatten um 1930 einen technischen Standard erreicht, der ihren Einsatz auf breiter Basis möglich machte. Die neuen Medien wurden in den nationalsozialistischen Propagandaapparat einbezogen. Die realistische und gesellschaftskritische Phase des deutschen Films (G. W. Pabst u. a.) ging zu Ende.

„Der Führer spricht“ (P. M. Padua 1939)

Ein typisches Beispiel für das Zeremoniell, das der Nationalsozialismus für öffentliche Auftritte entwickelte. Hier u. a. Göring, Hitler und Blomberg bei einem Parteiaufmarsch in den Straßen Münchens im Jahre 1938.



Diskutieren Sie, warum Politiker sich so gerne mit Kindern abbilden lassen!



Die NSDAP griff oft auch auf „pseudoreligiöse“ Verhaltensweisen zurück wie hier, wo der Führer neue SA-Standarten mit der „Blutfahne“ (des fehlgeschlagenen Putschversuchs) 1923 „weihte“.

### A Arbeitsaufgaben:

- Woran kann man sehen, dass die demokratischen Spielregeln schon am Ende der Weimarer Republik umgangen worden sind?
- Stellen Sie die stufenweise Machtergreifung der Nationalsozialisten auf einem Schaubild dar. Versuchen Sie zu diskutieren, an welchem Punkt demokratische Kräfte noch erfolgreich Widerstand hätten leisten können.
- Wieso stellt die Verordnung für die Richter im deutschen Reichsgebiet einen wesentlichen Schlusspunkt in der Durchsetzung eines totalitär (= alle Lebensbereiche von einer Ideologie bestimmt) beherrschten Staates dar?
- Versuchen Sie, unveräußerliche Rechtsgrundsätze daraus abzuleiten!



SA-Terror nach der Machtergreifung (Die Parteiarmee SA war zur „Hilfspolizei“ ernannt worden.)

## 4.2 Die nationalsozialistische Ideologie

### Ideologie aus unterschiedlichen Elementen

Die Nationalsozialisten und ihr „Führer“ haben ihre Weltanschauung nicht frei erfunden. Sie nahmen Gedanken aus verschiedenen Weltanschauungen und bildeten so eine buntscheckige Ideologie, ohne sich um die wissenschaftliche Beweisbarkeit ihrer Behauptungen zu bemühen. Somit konnten sich sehr unterschiedliche soziale Gruppen vom Nationalsozialismus angesprochen und vertreten fühlen.

### Faschismus stützt alte Gesellschaftsordnung

Die faschistische Ideologie musste einerseits die Unzufriedenheit der Massen mit den bestehenden Zuständen ausdrücken, durfte aber andererseits die Gesellschaftsordnung nicht grundsätzlich gefährden, suchte die NSDAP doch auch die Unterstützung besitzender Großbürger. Dadurch unterschied sie sich vom Stalinismus. So kann man die folgenden Elemente unterscheiden, die erst gemeinsam jene Weltanschauung ausmachten und deren einzelne Wurzeln oft viel älter als der Nationalsozialismus sind:

### Volksgemeinschaft ...

Die **Volksgemeinschaftsideologie** versteht das „Volk“ als biologisch begründete, natürliche Einheit. Gerade in Deutschland, wo es sehr lange nicht gelungen war, staatliche Einheit zu erlangen, waren diese Vorstellungen besonders übersteigert. Aussprüche wie „Recht ist, was dem Volk nützt“, „für die Volksgemeinschaft aufopfern“ und das „gesunde Volksempfinden“ waren typisch dafür. Mit dem Aufstieg des Bürgertums bekam der Nationalismus zunehmend die Funktion, Gegensätze im eigenen Land zu verschleiern: „Alle sind eine große Gemeinschaft“, „jeder muss der Gemeinschaft gegenüber seine Pflicht erfüllen“. Die deutschnationale Ideologie übernahm die Rolle, Konflikte zwischen einzelnen Bevölkerungsschichten, meist zugunsten derjenigen, die die Macht ausübten, zu kaschieren. Daher richteten sich alle „Rechtsparteien“ gegen internationale Vereinigungen und Zusammenschlüsse.

### ... gegen Internationalismus

### Sündenbockphilosophie ...

Die **Sündenbockphilosophie**, derer sich politisch „rechts stehende“ Parteien wie die NSDAP bedienen, beruht in ihrer Wirksamkeit darauf, dass sie schon vorhandene Vorurteile (Antisemitismus, den es seit dem Mittelalter gab) aufgreift und verstärkt.

Während sich die Arbeiter organisierten, traf die Vereinzelung vor allem die Angestellten, Beamten und kleinen Selbständigen. Ihre gemeinsame Aufgabe war es vor allem, Befehle von oben nach unten weiterzugeben. Die Angehörigen der Mittelschicht mussten ihre Bedeutungslosigkeit immer deutlicher erleben – besonders auch in Inflationszeit und späterer Weltwirtschaftskrise.

Die Erfahrung der Hierarchie im Beruf und die Identifikation mit ihr übertrugen sich auch auf die Familie. Die Ideale der autoritären Erziehung waren blinder Gehorsam, Sauberkeit, Pflichterfüllung, „anständiges“ Benehmen nach außen, Selbstbeherrschung. Man lernte von klein auf bedingungslose Unterordnung gegenüber Autoritätspersonen und – in Umkehrung dazu – sich an Schwächeren und Untergebenen ungestraft rächen zu können.

### ... stärkt Unterordnung

Dem äußerlich „anständigen“ Betragen entsprachen aber im Inneren Angst vor Autoritäten, Schuldgefühle und mangelnde Eigeninitiative. Diese Ängste erzeugten Aggressionen, die man – aus Angst vor der Autorität – gegen schwache Minderheiten richtete. Der Hass wendete sich überhaupt gegen alles Abweichende.

### Ventil für Aggressionen

### Minderwertigkeitsangst

Aufgrund der Erziehung hatten vor allem die Kleinbürger Angst vor der Konfrontation mit anderen Lebensgewohnheiten, vor der Bedrohung ihrer eigenen Lebensweise, und gerieten dadurch in die vorderste Front als Zielscheibe von Spott und Kritik der Intellektuellen (Schriftsteller, u. a.).

Von da her stammt die Feindschaft der Kleinbürger gegenüber den „Intellektuellen“, die nur „zersetzten“, woran sie so eifrig festhielten.

Der Hass, der nach der Machtübernahme der Faschisten eigentlich denen galt, die ein System von Unterdrückung und gegenseitiger Verdächtigung aufgebaut hatten, wurde abgelenkt und auf wehrlose Minderheiten gerichtet.

### Ausgrenzung

Wer ein Systemfeind war, bestimmten die faschistischen Führer. So wurden ganze Völker und Gruppen von Menschen einfach zu „Untermenschen“ erklärt. Anfänglich waren es die Kommunisten, Juden und Zigeuner, später auch Behinderte.

**Antidemokratisch:** Die Faschisten aller Länder machten nie ein Hehl aus der Verachtung demokratisch gewählter Institutionen, sahen sie doch in diesen vor allem die Vertretung der sozialistischen Arbeiterparteien, die nach dem Ersten Weltkrieg durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht erstmals Einfluss auf die Staatsmacht erlangt hatten.

### T 4

Goebbels schrieb 1928:

„... Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen... Uns ist jedes gesetzliche Mittel recht, den Zustand von heute zu revolutionieren... Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir...“

Quelle: Hofer: „Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933–1945“

Hitler schrieb 1924 in „Mein Kampf“:

Die Aufnahmefähigkeit der großen Masse ist nur sehr beschränkt, das Verständnis klein, dafür jedoch die Vergesslichkeit groß. Aus diesen Tatsachen heraus hat sich jede wirkungsvolle Propaganda auf nur sehr wenige Punkte zu beschränken und diese schlagwortartig so lange zu verwerten, bis auch bestimmt der Letzte unter einem solchen Worte das Gewollte sich vorzustellen vermag.

### Führerprinzip

Dagegen setzen Faschisten das **Führerprinzip**; die bedingungslose Autorität jedes Führers über seine Untergebenen und deren absoluter Gehorsam, der keine weiteren freien Willensbildungen (Wahlen, richterliche Unabhängigkeit, unverletzliche Grundrechte, Religion...) zulässt. Gewalt wird als nützliches Mittel angesehen.

### Militarismus

**Militarismus** – Uniformen, Drill des Einzelnen zur Brechung seiner individuellen Persönlichkeit, fraglose Unterordnung. Der Fetisch „Uniform“ bietet das Erlebnis scheinbarer Gleichheit und die Befriedigung übersteigter Männlichkeitsbilder. Auch Jugend- und Erwachsenenorganisationen wurden nach militärischem Vorbild geschaffen, organisiert und geführt.

### Herrenmensch und Lebensraum im Osten

Der Durchsetzung einer aggressiven Außenpolitik mit Hilfe kriegerischer Mittel diente die Ideologie vom „germanischen **Herrenmensch**“, der dazu ausersehen sei, über die „Minderwertigen“ zu herrschen. Viele, die sich selbst als unbedeutend erlebten oder durch die Weltwirtschaftskrise ins Abseits geraten waren, ließen sich von dieser Vorstellung angeblicher Stärke faszinieren oder erwarteten sich daraus wirtschaftliche Vorteile – sei es durch Arisierung oder „Lebensraum im Osten“.

### T 5



Die Jugend als willenloses Werkzeug eines unmenschlichen Herrschaftssystems

Reichsgesetz über die Hitlerjugend vom 1. Dezember 1936:

„Von der Jugend hängt die Zukunft des deutschen Volkes ab. Die gesamte deutsche Jugend muss deshalb auf ihre künftigen Pflichten vorbereitet werden. Die Reichsregierung hat daher das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1: Die gesamte deutsche Jugend innerhalb des Reichsgebietes ist in der Hitlerjugend zusammenzufassen.

§ 2: Die gesamte deutsche Jugend ist außer in Elternhaus und Schule in der Hitlerjugend körperlich, geistig und sittlich im Geiste des Nationalsozialismus zum Dienst am Volk und zur Volksgemeinschaft zu erziehen.“

„Da kommt eine neue deutsche Jugend und alle dressieren wir schon von ganz klein an für diesen neuen Staat.“ Die Buben kamen mit 10 Jahren ins „Jungvolk“, ab 14 Jahren zur „Hitler-Jugend“. Die jungen Männer wurden entweder in die Partei, in die SA, in die SS oder in das NSKK [NS-Kraftfahrer-Korps] aufgenommen. „Und wenn sie dort zwei Jahre oder anderthalb Jahre sind und noch nicht ganz Nationalsozialisten geworden sein sollten, dann kommen sie in den Arbeitsdienst und werden dort wieder sechs und sieben Monate geschliffen. Alles mit einem Symbol, dem deutschen Spaten.“ Und nach zwei oder drei Jahren Wehrdienst „nehmen wir sie, damit sie auf keinen Fall rückfällig werden, sofort wieder in die SA, SS und so weiter – und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben!“ Diese Zitate stammen aus einer **Rede Hitlers 1937** vor dem Reichsarbeitsdienst.



**Autarkie und Wirtschaftslenkung**

**Wirtschaftswachstum durch Rüstung**

**Lohnstopp und Sozialabbau**

**4.3 Die Wirtschaftspolitik im „Dritten Reich“**

Eine auch heute noch weit verbreitete Rechtfertigung der nationalsozialistischen Politik, zumindest bis Kriegsbeginn, stellt die Meinung dar, dass mit der Beseitigung der Arbeitslosigkeit von der neuen Führung Großes geleistet worden ist. Die folgenden Quellen sollen Ihnen zeigen, dass, schon im Hinblick auf einen zukünftigen Krieg, die wirtschaftlichen Maßnahmen bewusst kurzfristig ausgerichtet waren. Ob Aufrüstung, allgemeine Wehrpflicht, Rationierung von Gütern und die wirtschaftliche und später physische Vernichtung einer ganzen Bevölkerungsgruppe (Deutsche, die man als Juden zu „Volksschädlingen“ stempelte und deren Besitztümer durch Parteigänger der NSDAP „arisiert“ wurden) wirklich zukunftsweisende Wirtschaftsmaßnahmen waren, wurde 1933 von der Mehrheit nicht in Frage gestellt!

Ähnlich wie andere Staaten strebte auch das Deutsche Reich nach einer möglichst weit reichenden Autarkie (wirtschaftliche Selbstständigkeit). Der Rohstoffmangel sollte durch synthetische (künstlich hergestellte) Stoffe behoben werden. Benzin und Gummi wurden aus Kohle gemacht.

Das Ziel des Autarkiestrebens lag in der Vorbereitung des nächsten Krieges. Diesem Ziel diente auch die strukturelle Verbesserung der Landwirtschaft und die weitere Industrialisierung.

Für die Finanzierung sorgte Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht. Auf seine Anregung gründeten die Reichsbank, Reichsministerien und große Rüstungsfirmen die „Metallurgische Forschungs GmbH“. Sie gab Firmen, die Anspruch auf Zahlungen für Rüstungsausgaben hatten, „Mefowechsel“.

Alle Banken waren angewiesen, diese in Zahlung zu nehmen. Die Reichsbank war bereit, die Wechsel gegen Geld einzulösen. Auf diese Weise wurde Buchgeld in der Höhe von etwa 12 Milliarden Reichsmark, etwa 58 Milliarden Euro, geschaffen, ohne dass die Öffentlichkeit davon erfuhr.

Die NS-Preisüberwachungsmaßnahmen wurden durch einen Lohnstopp ergänzt. Mit der Auflösung der Gewerkschaften und ihrer Ersetzung durch die „Deutsche Arbeitsfront“ hatte das Regime das Lohnkostenproblem zugunsten einer Gruppe gelöst. Die Gelder aus den erhöhten Lohnabzügen wurden nicht zur Verbesserung der Sozialleistungen verwendet, sondern gingen in die Rüstungsindustrie.

In der Rüstungsindustrie und beim Ausbau strategisch wichtiger Verkehrsnetze, insbesondere der Reichsautobahnen, fanden so viele Beschäftigungslose Arbeit, dass anstelle der Arbeitslosigkeit ein Arbeitskräftemangel eintrat. Ein streng kontrollierter Preis- und Lohnstopp bremste die Inflationstendenzen.

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit versöhnte manche Skeptiker mit dem Regime. Andere wurden durch die Propagierung einer neuen „Volksgemeinschaft“ gewonnen. Die dahinter stehende Geisteshaltung und Ideologie verdrängten bzw. ignorierten viele.

**T 6**

Gesetz zur „Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20. Januar 1934, Reichsgesetzblatt 1934, Teil I, Nr. 7 (zit. nach Reinhard Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975, 249):

§ 1. Im Betrieb arbeiten die Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat.

§ 2. Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten . . .

Verordnung Adolf Hitlers über die „Deutsche Arbeitsfront“ vom 24. Oktober 1934, „Völkischer Beobachter“ vom 25. Oktober 1934 (zit. nach Kühnl, Deutscher Faschismus, 253):

§ 1. Die Deutsche Arbeitsfront ist die Organisation der schaffenden Deutschen der Stirn und der Faust. In ihr sind insbesondere die Angehörigen der ehemaligen Gewerkschaften, der ehemaligen Unternehmervereinigungen als gleichberechtigte Mitglieder zusammengeschlossen.

§ 2. Das Ziel der Deutschen Arbeitsfront ist die Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen . . .

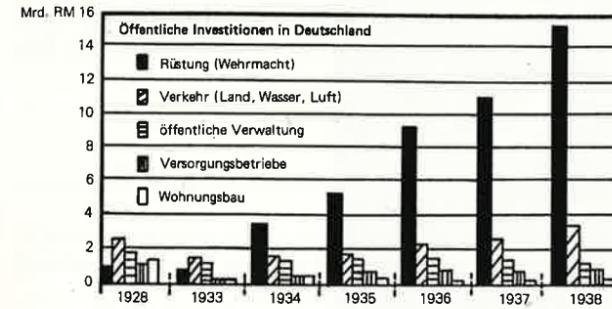
**T 7**

Alfried Krupp von Bohlen und Halbach sagte: „Wir Kruppianer . . . wollten nur ein System, das gut funktionierte und das uns Gelegenheit gab, ungestört zu arbeiten. Politik ist nicht unsere Sache.“

Quelle: Zit. nach Kurt Zentner, Illustrierte Geschichte des Dritten Reiches, München 1965, S. 291

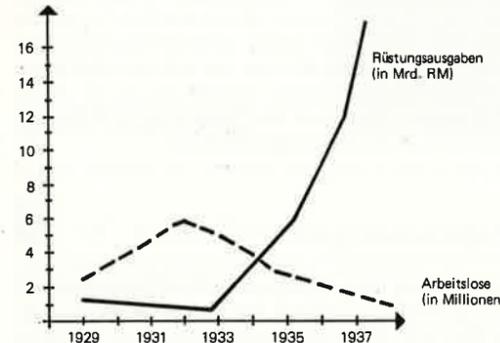
**T 8**

Diagramm (1):



Das Diagramm zeigt Maßnahmen der NS Wirtschaftspolitik. Wie änderten sich nach der Machtübernahme 1933 die staatlichen Investitionen?

Diagramm (2):

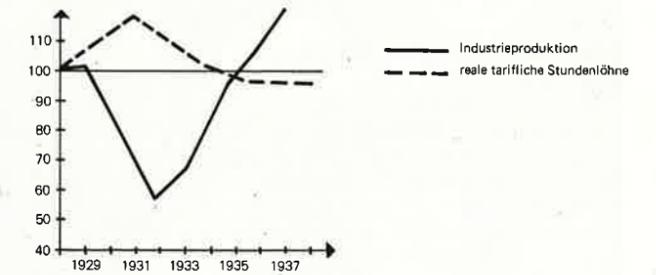


Rüstungsausgaben und Arbeitslosigkeit in Deutschland in den Jahren 1929 bis 1937. Welche Zusammenhänge können Sie daraus erschließen?

Das Diagramm (3) zeigt die Verlaufskurven der Industrieproduktion und der realen tariflichen Stundenlöhne und das Streifendiagramm (4) zeigt die Entwicklung der Unternehmensgewinne.

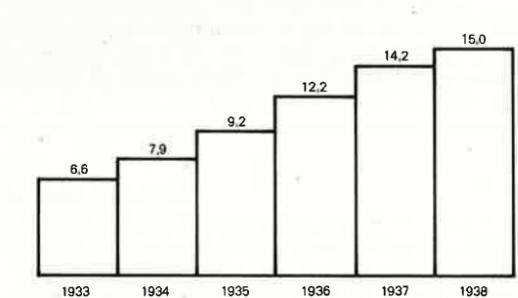
Welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus ziehen?

Kurvendiagramm (3): Index 100 für das Jahr 1928



Streifendiagramm (4):

Unternehmensgewinne (Industrie und Handel in Mrd. RM)



Vergleichen Sie dabei den Namen der ab 1933 in Deutschland führenden Partei: „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“!

**4.4 Von der Ausgrenzung zur Vernichtung**

**Slawen als Knechte**

Die germanischen europäischen Völker sollten im Reich aufgehen; die Menschen in den besetzten Ländern waren zu billigen Arbeitskräften bestimmt. Die Germanisierungspolitik traf sogar Familien von Wehrmachtangehörigen: Seit Jahrhunderten ansässige slowenisch sprechende Bauern aus Kärnten wurden ausgesiedelt und in Barackenlager verfrachtet, um später einmal irgendwo im Osten angesiedelt zu werden. Dafür sollte laut „SS Generalplan Ost“ der Großteil der polnischen Bevölkerung ausgerottet werden.

**Antisemitismus**

Die Wurzeln des Antisemitismus gehen bis in das Mittelalter zurück. Im Unterschied zu anderen europäischen Staaten steigerte sich diese Ablehnung einer Minderheit im NS-Deutschland zum Vernichtungsprogramm.

**Massenvernichtung der Juden („Shoa“)**

Die „Endlösung der Judenfrage“ sah deren massenweise Vernichtung vor. Deutsche Exekutivorgane, SS, Einsatzgruppen, ausländische Kollaborateure, aber auch Wehrmachtangehörige verhafteten in Deutschland und den mit Krieg überzogenen Gebieten sämtliche Juden, deren sie habhaft werden konnten, und transportierten sie in Konzentrationslager, wo sie teils nach völliger Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, teils sofort „industriell“ mit Giftgas getötet wurden. Neben „Juden“, politischen Gegnern (z. B. KP, aber auch Gewerkschafter und christlichsoziale Ex-Politiker), Widerständlern und religiös „auffällig Gewordenen“ (manche Priester, Sektenangehörige) wurden auch so genannte „Asoziale“ (Sinti, Roma, Homosexuelle) ins KZ gebracht sowie gegen die Regeln der Genfer Konvention auch (v. a. sowjetische) Kriegsgefangene. Das KZ war als verschwommene Drohung für alle Abweichler allgegenwärtig. Wahrscheinlich sechs Millionen Juden haben auf diese Weise ihr Leben verloren. Niemals in der Geschichte der Menschheit hat es derart systematische Massenmorde gegeben.

**größte Massenmorde der Weltgeschichte**

## keine Befreiung der Sowjetbürger

### T 9

Von der Judenverfolgung zur Judenausrottung – Aus dem so genannten „Wannsee-Protokoll“:

Am 20. Januar 1942 fand in Berlin, Am Großen Wannsee, Haus Nr. 56, eine Besprechung von Vertretern verschiedener Ministerien und SS-Dienststellen über die geplante „Endlösung“ der Judenfrage statt, auf der laut Protokoll SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, der damalige Leiter des Sicherheitsdienstes (SD) und des SS-Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) unter anderem folgende Mitteilung machte, in der die Absicht zur Ausrottung der Juden in Europa vor vielen Konferenzteilnehmern ganz offen ausgesprochen wurde:

„... Anstelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten. Diese Aktionen sind jedoch lediglich als Ausweichaktio-

nen anzusprechen, doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind ...

Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden Straßen bauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällige endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaus anzusprechen ist.“

### T 10

SS-Obersturmführer Kurt Gerstein war ab 1942 Leiter einer Abteilung des SS-Gesundheitsamtes, die sich harmlos „Abteilung für Desinfektionsgase“ nannte. In dieser Eigenschaft inspizierte er – offensichtlich beauftragt, bessere Vernichtungsmethoden zu entwickeln – die schon bestehenden Vernichtungsstätten im Osten. Was er dort sah, erschütterte ihn anscheinend so, dass er einen genauen Bericht darüber hinterließ; Gerstein starb im Juli 1945 wahrscheinlich durch Selbstmord. Von der Vernichtungsanlage in Belzec hielt er als Augenzeuge u. a. fest:

„... Der Zug fährt ein. Zweihundert Ukrainer reißen die Türen auf und peitschen die Leute aus den Waggons heraus. Ein großer Lautsprecher gibt die weiteren Anweisungen: Sich ganz ausziehen, auch Prothesen, Brillen usw. Die Wertsachen am Schalter abgeben, ohne Bons oder Quittung. Die Schuhe sorgfältig zusammenbinden (wegen der Spinnstoffsammlung), denn in dem Haufen von reichlich 25 Meter Höhe hätte sonst niemand die zugehörigen Schuhe wieder zusammenfinden können. Dann die Frauen und Mädchen zum Friseur, der mit zwei, drei Scherenschlägen die ganzen Haare abschneidet und sie in Kartoffelsäcken verschwinden lässt. „Das ist für irgendwelche Spezialzwecke für die U-Boote bestimmt, für Dichtungen oder dergleichen“, sagt mir der SS-Unterscharführer, der dort Dienst tut. Dann setzt sich der Zug in Bewegung ...

Die Menschen warten in ihren Gaskammern. Vergeblich. Man hört sie weinen, schluchzen ... Nach 2 Stunden 49 Minuten – die Stoppuhr hat alles wohl registriert – springt der Diesel an. Bis zu diesem Augenblick leben die Menschen in diesen Kammern, viermal 750 Menschen in viermal 45 Kubikmetern! Von neuem verstreichen 25 Minuten. Richtig, viele sind jetzt tot. Nach 28 Minuten leben nur noch wenige. Endlich, nach 32 Minuten, ist alles tot. Von der anderen Seite öffnen Männer vom Arbeitskommando die Holztüren. Man hat ihnen – selbst Juden – die Freiheit versprochen und einen gewissen Promillesatz von allen gefundenen Werten bei ihrem schrecklichen Dienst. Wie Basaltsäulen stehen die Toten aufrecht aneinander gepresst in den Kammern. Es wäre auch kein Platz, hinzufallen oder auch nur sich vornüber zu neigen ... Man wirft die Leichen, nass von Schweiß und Urin, kotbeschmutzt, Menstruationsblut an den Beinen, heraus. Kinderleichen fliegen durch die Luft. Man hat keine Zeit, die Reitpeitschen der Ukrainer sausen auf die Arbeitskommandos. Zwei Dutzend Zahnärzte öffnen mit Haken den Mund und sehen nach Gold. Gold links oder Gold rechts. Andere Zahnärzte brechen mit Zangen und Hämmern die Goldzähne und Kronen aus den Kiefern. Einige Arbeiter kontrollieren Genitalien und After nach Gold, Brillanten und Wertsachen ...“

Quelle: Ausschnitte aus dem so genannten Gerstein-Bericht

Das Vorgehen betraf alle Altersgruppen und wurde schrittweise verwirklicht.

**rechtliche Diskriminierung** In der **1. Phase bis 1939** erfolgte eine rechtliche Diskriminierung: persönliche Bedrohungen, planmäßige Hetze und Diffamierung, 1933 Verbrennung von Büchern jüdischer und anderer unliebsamer Autoren, 1935 Nürnberger Rassengesetze, ferner die wirtschaftliche Entmachtung, Kennzeichnung durch den Judenstern, ferner Pogrome wie die „Reichskristallnacht“ am 10. November 1939 ...

**„territoriale Endlösung“** In der **2. Phase** – im Zeichen des erfolgreichen Krieges im Westen: der Gedanke einer „territorialen Endlösung“, um Europas Juden aus dem Kontinent zu vertreiben; in Polen werden Ghettos errichtet.

**„Holocaust“**  
**„Shoa“** In der **3. Phase** lief ab etwa 1941 gleichzeitig die physische Vernichtung an: planmäßige Erschießungen in den besetzten Gebieten, Deportation in Ghettos und in die KZs („Holocaust“ oder „Shoa“)

Nur selten erfolgte bewaffneter Widerstand – der aber in der Regel erfolglos blieb – wie auf dem Foto vom Aufstand im Warschauer Ghetto 1943.



Abtransport von Warschauer Juden in die Vernichtungslager

### T 11 Einer der wohl unmenschlichsten Befehle des Reiches

Der Euthanasiebefehl vom 1. September 1939

„Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt sind unter Verantwortung beauftragt, die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, dass nach menschlichem Ermessen unheilbar

Kranken bei kritischer Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann.

gez. Adolf Hitler“

### A Arbeitsaufgaben:

Vorschlag für eine fächerübergreifende IT-Recherche:

- Versuchen Sie, in einer fächerübergreifenden Arbeit mit den Unterrichtsgegenständen Religion bzw. Ethik Hintergründe und unterschiedliche Positionen zum Thema Euthanasie zusammenzustellen und zu dokumentieren.
- Die verschiedenen Meinungen könnten Sie in einer Gruppendiskussion einander gegenüberstellen.
- Verwenden Sie als Einstieg in das Thema folgende Websites:  
[www.shoa.de/euthanasie.html](http://www.shoa.de/euthanasie.html)  
[www.schloss-hartheim.at](http://www.schloss-hartheim.at) → „Pädagogische Angebote → Materialien → pdf: Ambivalenz“ → Frage dazu: „Was ist PID?“  
[www.buber.de/christl/unterrichtsmaterialien/euthanasie.html](http://www.buber.de/christl/unterrichtsmaterialien/euthanasie.html)  
[www.infoline.at/euthanasie/](http://www.infoline.at/euthanasie/) → „Gesetzgebung und Praxis der Sterbehilfe“

### www-Tipp

### T 12

Ernährung

Die Ernährung für einen Häftling bestand aus folgender Kost: Morgens 5 Deziliter schwarzer Ersatzkaffee ohne Zucker, selten die gleiche Menge Extraktuppe; mittags etwa 1 Liter Steckrüben-eintopf (Futterrüben, etwas Kartoffeln und angeblich auch 25 Gramm Fett und Fleisch). Abends erhielt ein Häftling 30 bis 40 dag Graubrot und 2,5 dag Wurst, selten anstatt Wurst 2,5 dag Margarine. Demnach hatte das verabreichte tägliche Essen etwa 1450 Kaloriengehalt. Bei der Schwere und Länge der Arbeitszeit hätte ein Mauthausener Häftling mindestens 4500 Kalorien täglich bedurft.

So litten die Häftlinge Hunger. Es gab eine Unzahl hungerbedingter Krankheiten. Deshalb betrug die durchschnittliche Lebensdauer eines Mauthausener Häftlings bis Herbst 1939 etwa 15 Monate, dann bis Spätsommer 1943 6 Monate und später bis Mai 1945 etwa 9 Monate. Laut ärztlichen Ermittlungen (anlässlich von pseudomedizinischen Versuchen an Häftlingen) hatte ein gut ernährter Häftling ein Durchschnittsgewicht von 42–48 kg; es gab jedoch auch noch erwachsene Männer mit einem Lebendgewicht von nur 28 kg!

Der Text des Wr. Erzbischofs, 1998 auf einer Gedenktafel:

„Kiddusch HaSchem' heißt ‚Heiligung Gottes‘. Mit diesem Bewusstsein begingen Juden Wiens in der Synagoge am Judenplatz – dem Zentrum einer bedeutenden jüdischen Gemeinde – zur Zeit der Verfolgung 1420/21 Selbstmord, um einer von ihnen befürchteten Zwangstaufe zu entgehen. Andere, etwa 200, wurden . . . auf einem Scheiterhaufen lebendig verbrannt. Die Christen in Wien, durch abergläubische jüdenfeindliche Vorstellungen motiviert, nahmen dies widerstandslos hin, ja rechtfertigten es.

Somit war die Auflösung der Wiener Judenstadt 1421 schon drohendes Vorzeichen für das, was europaweit in unserem Jahrhundert während der nationalsozialistischen Zwangsherrschaft geschah. Mittelalterliche Päpste wandten sich erfolglos gegen den jüdenfeindlichen Aberglauben, und einzelne Gläubige kämpften vergeblich gegen den Rassenhass des Nationalsozialismus. Aber es waren derer viel zu wenige. Heute wird sich die Christenheit ihrer Schuld an den Juden immer deutlicher bewusst und erkennt ihr Versagen. ‚Heiligung Gottes‘ kann heute für die Christen nur heißen: Bitte um Vergebung und Hoffnung auf Gottes Heil.“



**www-Tipp**

<http://www.shoa.de>  
<http://www.judentum-projekt.de>  
<http://www.doew.at> → Informieren Sie sich über die Links zu anderen Gedenkstätten  
<http://history1900s.about.com/library/holocaust/bpictures.html> (Photographs of the Holocaust)

**T 13**

**Aufschlussreich ist ein Bericht des langjährigen Lagerkommandanten Höß:**

„ . . . Beim Entladen der angekommenen Judentransporte blieb das gesamte Gepäck auf der Rampe liegen, bis alle Juden nach den Vernichtungsstellen bzw. ins Lager gebracht waren. Darnach wurde durch ein besonderes Transportkommando das gesamte Gepäck in der ersten Zeit nach der Sortierstelle, Kanada I, gebracht, um dort sortiert bzw. desinfiziert zu werden. . . . Schon 1942 war Kanada I lange schon nicht mehr in der Lage, die Sortierung laufend zu erledigen. Trotz immer wieder neu erstellter zusätzlicher Baracken

und Schuppen, Tag- und Nacharbeit der sortierenden Häftlinge, andauernder Verstärkung dieser Kommandos, türmte sich das noch unsortierte Gepäck, obwohl täglich mehrere Waggons oft bis zu 20, mit sortiertem Material verladen wurden (Text genau nach dem Original). 1942 wurde mit dem Aufbau des Effektenlagers Kanada II begonnen. . . . Kaum waren die 30 Baracken aufgestellt, so waren sie auch schon voll . . .“

**SS macht aus Lagern Wirtschaftsbetriebe**

Die ersten provisorischen KZs, schon Anfang 1933 von der Parteiarmee SA errichtet, waren kleine Einheiten in alten Fabriken oder ehemaligen Kasernen. Ohne Kontrolle durch die Justiz hielt die SA dort ihre so genannten „Schutzhäftlinge“ fest. 1934 begannen Heydrich und Himmler von der SS, die Lager neu zu ordnen. Die SS (Schutzstaffel) bildete „Totenkopfverbände“, die speziell für die Bewachung der Lager bestimmt waren. Sie entwickelte ein bis ins Detail organisiertes System der Massenerfassung, bestialischen Misshandlungen und Massenvernichtungen der Lagerinsassen. Lager, SS-Kasernen und SS-Siedlungen wurden als untrennbare Einheiten geplant und gebaut. Von den alten Lagern wurden Oranienburg bei Berlin und Dachau bei München vergrößert. Neue Lager wurden errichtet in Buchenwald bei Weimar, Sachsenhausen bei Berlin, Groß Rosen bei Breslau, Flossenbürg in der Oberpfalz, Neuengamme bei Hamburg, Ravensbrück in Mecklenburg und im Sommer 1938 Mauthausen bei Linz.

**Vernichtungslager**

Die Lager wurden in drei Kategorien eingeteilt: Stufe I waren so genannte Arbeitslager, . . . Stufe III Vernichtungslager, welche die Häftlinge nur selten lebend verließen. Für gewöhnlich wurden diese in den Ostgebieten errichtet.

**Ausbeutung der Häftlingsarbeit für deutsche Industrie**

Die Ausweitung des Deutschen Reiches brachte neue KZ-Gründungen mit sich: Auschwitz und Birkenau, Treblinka, Sobibór, Lublin, Maidanek, Riga in Polen, Stutthof bei Danzig, Natzweiler in den Vogesen, Bergen-Belsen bei Hannover. In den Lagern befanden sich gleichzeitig ungefähr eine Million Häftlinge. Der Historiker und ehemalige KZ-Häftling Eugen Kogon schätzt, dass insgesamt 8 bis 10 Millionen Menschen durch die KZs gegangen sind, davon wurden 3,5 bis 4,5 Millionen allein in Auschwitz umgebracht.

Die Lager unterstanden dem Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt der SS. Eine Tochterfirma, die Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH, erwarb hauptsächlich Land in der Nähe von Steinbrüchen. Ab 1942 wurden Häftlinge verstärkt in der Rüstung beschäftigt, sowohl in SS-eigenen Betrieben als auch als „Mietsklaven“ in privaten Fabriken, wo sie neben zivilen Arbeitern beschäftigt waren.

Das Beispiel der Nebenlager und Außenstellen von Mauthausen soll Ihnen zeigen, dass sich dieses ungeheuerliche Geschehen nicht nur an entlegenen und geheimen Orten abgespielt hat. Gibt es in Ihrer näheren Umgebung vielleicht einen Standort eines ehemaligen Nebenlagers?

Nach: Eugen Kogon: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager und Hans Marsalek: Die Geschichte des KZ Mauthausen. 1980.



Sammlung vor der Hinrichtung 1941



Die jüdischen Gefangenen müssen sich mit Schaufeln ihr eigenes Grab ausheben



Aus: Altmann u. a., Die Geschichte des Holocaust auf den besetzten Gebieten der Sowjetunion

**4.5 Nationalsozialistische Außenpolitik**

Während Hitler in zahlreichen, vor allem an das Ausland gerichteten Reden seine Friedensliebe betonte, drängte er vor Generälen und Wirtschaftsführern auf eine rasche Kriegsvorbereitung. Spätestens 1940/41 müsse der Krieg beginnen, denn in den folgenden Jahren würden die Gegner den deutschen Rüstungsvorsprung aufholen und ihre reicheren Hilfsquellen einsetzen können. Außerdem würde er, Hitler, nach dem Krieg zu alt sein, um die Neuordnung der Welt leiten zu können. Dazu hätte ihn die Vorsehung bestimmt.

**Kriegseifer**

**T 14**

**Hitlers politische Ziele**

Aus der von Oberst Hoßbach mitgeschriebenen Besprechung in der Reichskanzlei vom 5. November 1937:

„ . . . Zur Verbesserung unserer militär-politischen Lage müsse in jedem Fall einer kriegerischen Verwicklung unser 1. Ziel sein, die Tschechei und gleichzeitig Österreich niederzuwerfen, um die Flankenbedrohung eines etwaigen Vorgehens nach Westen auszuschalten . . . Naturgemäß sei eine Abriegelung im Westen auf jeden Fall während der Durchführung unseres Angriffs gegen die Tschechei und Österreich notwendig. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass die Verteidigungsmaßnahmen der Tschechen von Jahr zu Jahr an Stärke

zunehmen und dass auch eine Konsolidierung der inneren Werte der österreichischen Armee im Laufe der Jahre stattfände. Wenn auch die Besiedelung insbesondere der Tschechei keine dünne sei, so könne die Einverleibung der Tschechei und Österreichs den Gewinn von Nahrungsmitteln für 5 bis 6 Millionen Menschen bedeuten unter Zugrundelegung, dass eine zwangsweise Emigration aus der Tschechei von 2, aus Österreich von 1 Million Menschen zur Durchführung gelange. . .“

### 1933: Austritt aus Völkerbund

Nachdem Deutschland schon 1933 aus dem Völkerbund ausgetreten war, fühlte es sich auch an den Vertrag von Versailles nicht mehr gebunden.

### Bruch des Friedensvertrages

1935 verkündete Hitler die Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht und die Aufrüstung der Luftwaffe – beides im Widerspruch zu Versailles. England schien diesen Vertragsbruch zu billigen, denn kurz darauf schloss es mit Deutschland ein Flottenabkommen auf der Basis von 100 zu 35.

### Besetzung des Rheinlands

1936 konnte Deutschland entgegen den Verträgen von Versailles und Locarno die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes besetzen. Obwohl zu diesem Zeitpunkt die französische Armee der deutschen weit überlegen war, erfolgte keine Gegenwehr.

### Freundschaft Hitler – Mussolini

Während Mussolini bisher Hitler ablehnend gegenüber gestanden hatte, beeindruckten ihn nun dessen Erfolge. Außerdem war er für die indirekte deutsche Hilfe im Abessinienkrieg dankbar. Bei einer Veranstaltung im Berliner Sportpalast stellen sich die beiden Diktatoren der Welt als Freunde vor.

### Bollwerk gegen die Sowjetunion

Die in „Mein Kampf“ dargelegten Kriegsziele, nämlich die Eroberung von neuem Lebensraum im Osten, machten auf antikommunistische Kreise Westeuropas keinen allzu tiefen Eindruck. Sie duldeten das nationalsozialistische Deutschland als ein Bollwerk gegen die Sowjetunion, bewunderten die Disziplin, aber neigten dazu, Hitler nicht ganz ernst zu nehmen.

### Februar 1938: Druck auf Österreich

Nun überstürzten sich die Ereignisse, die direkt in den Zweiten Weltkrieg mündeten: Im Februar forderte Hitler vom österreichischen Bundeskanzler Kurt von **Schuschnigg** unter Androhung von Gewalt, die österreichischen Nationalsozialisten als wahlwerbende Partei zuzulassen. Im März ließ er die deutsche Wehrmacht in Österreich einmarschieren, zwei Tage später war das Land des letzten Restes seiner Selbständigkeit beraubt. Siehe Kapitel 5.8!

### März 1938: Einmarsch in Österreich

### Sommer 1938: Druck auf die CSR

Hitlers nächstes Ziel war die Tschechoslowakische Republik. Die von Nationalsozialisten geführte Sudetendeutsche Partei erhob auf Weisung Berlins so radikale Forderungen, dass eine Einigung mit der Regierung in Prag nicht zustande kommen konnte. Sudetendeutsche wurden aufgefordert, in Massen über die Grenze in das Deutsche Reich zu kommen, um eine Invasion vorzubereiten.

Die Westmächte entschlossen sich zum Nachgeben.

### das Münchner Abkommen um Sudetengebiet

Der englische Premierminister **Chamberlain** und der französische Ministerpräsident **Daladier** reisten auf Einladung Hitlers nach **München**. Am 29. September 1938 unterzeichneten sie mit ihm und dem ebenfalls anwesenden



München, den 29. September 1938.

*Das Abkommen*  
*Mussolini* *Reville* *Chamberlain*

Erleichterung und Genugtuung nach der Unterzeichnung des Münchner Abkommens. Von links Göring, dann der britische Premierminister Chamberlain, hinter ihm halb verdeckt der italienische Außenminister Graf Ciano, daneben Mussolini, dann ein Beamter des deutschen Außenministeriums, schließlich Hitler und der französische Ministerpräsident Daladier

Auch die Kleidung der Teilnehmer zeigt uns die Spaltung Europas in dieser Zeit. Nur vier Unterschriften standen unter dem Abkommen – warum?

### Friedensbeteuerungen

Benito Mussolini noch einmal ein Abkommen, das die vorwiegend deutschsprachigen Randgebiete Böhmens und Mährens dem Deutschen Reich zusprach. Die tschechische Regierung war bei den Verhandlungen nicht einmal gefragt worden. Trotz der feierlichen Erklärung Hitlers, dass er nun in Europa keine territorialen Forderungen mehr hätte, begann sofort die nächste Aktion.

### März 1939: Zerstörung der CSR

Die Gegensätze zwischen Tschechen und Slowaken ausnützend, gelang es, in der Slowakei eine vom Deutschen Reich abhängige Gegenregierung zu Prag zu installieren. Der tschechische Ministerpräsident **Hacha** kapitulierte angesichts der Drohung, dass Prag bombardiert und gänzlich zerstört würde. Er unterschrieb ein Abkommen, das Böhmen und Mähren in ein „Protektorat“ unter deutscher Oberhoheit verwandelte. Damit waren erstmals nichtdeutsche Gebiete dem Reich einverleibt.

### Böhmen und Mähren als Protektorat

Noch war kein Schuss gefallen. Jene Politiker aber, die geglaubt hatten, Hitler durch Zugeständnisse besänftigen zu können, mussten erkennen, dass sie sich falsche Hoffnungen gemacht hatten. Der englische Außenminister erklärte, „er habe Verständnis für Hitlers Geschmack an unblutigen Triumphen, das nächste Mal aber werde dieser gezwungen sein, Blut zu vergießen. Jeden kommenden Gewaltakt Deutschlands werde Großbritannien als Kriegsgrund ansehen.“

### Ernüchterung im Westen

### Hitler-Stalin-Pakt

Für die Weltöffentlichkeit überraschend schlossen Hitler und Stalin ein Geheimabkommen über die zukünftige Aufteilung Polens ab. Deutschland forderte dazu als Erstes die Rückgabe der in den Pariser Vorortverträgen vom Reich getrennten Stadt Danzig. England und Frankreich gaben nun eine Garantierklärung für Polens Eigenstaatlichkeit ab.

### Überfall auf Polen

Deutsche Agenten inszenierten in polnischen Uniformen einen Anschlag auf einen deutschen Radiosender. Am 1. September griff die Wehrmacht Polen an.

Der Krieg hatte begonnen.

### A Arbeitsaufgaben:

- Stellen Sie die Stufen vom Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund bis Mitte 1939 dar.
- Wie waren die Reaktionen Frankreichs und Großbritanniens?

### www-Tipp

<http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/aussenpolitik/index.html>

## 4.6 Der spanische Bürgerkrieg – Generalprobe des Faschismus

### Agrarproblem

Jahrzehntelang hatte man in Spanien vor allem das ungelöste Agrarproblem als Ballast mitgeschleppt. Abgesehen von der Rückständigkeit der landwirtschaftlichen Methoden wurde auch lange Zeit nichts getan, um die Situation der Landbevölkerung zu verbessern, die zum Großteil aus Kleinpächtern oder Gutsarbeitern bestand, da die meisten adeligen Großgrundbesitzer, die kaum 1% der Gesamtbevölkerung ausmachten, mehr als die Hälfte der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in Besitz hatten.

### „Volksfront“

Nachdem Spanien 1931 Republik geworden war, wechselten dort Links- und Rechtsregierungen. Es gelang nicht, das Land zu stabilen Verhältnissen zu führen. Kommunistische und anarchistische Unruhen, Putschversuche von Offizieren und Arbeiteraufstände charakterisierten die Lage. 1936 siegten bei Wahlen die in einer „Volksfront“ vereinigten Republikaner und Sozialisten.

### Militärputsch

Jene Kreise der spanischen Gesellschaft, die über Besitztümer verfügten, fürchteten einen Umbau der Gesellschaftsordnung im sozialistischen Sinne. Daher fand ein im spanischen Marokko von General Franco initiiertes Aufstand ihre Unterstützung. Der Putsch griff auf das Festland von Spanien über. Bis Herbst gelang es den Rebellen, große Teile Spaniens unter ihre Kontrolle zu bringen.

## Volksbewaffnung

Im Gebiet der Republik ließ die verfassungsgemäße Regierung an Freiwillige Waffen verteilen, da der größte Teil der Armee zu Franco übergelaufen war. Gleichzeitig wendete sich die spanische Regierung mit Hilfsansuchen an Frankreich und Großbritannien. Unter Berufung auf ihre Nichteinmischungspolitik und aus Furcht vor einem größeren europäischen Konflikt, lehnten diese aber ab. Es kamen aber Freiwillige aus vielen Ländern. Sie wollten in Spanien im Rahmen der „Internationalen Brigaden“ den Kampf gegen den sich ausbreitenden Faschismus fortführen. Aus Österreich kamen beispielsweise ehemalige Schutzbündler, die 1934 aus Österreich geflohen waren, aber auch viele international bekannte Schriftsteller, wie Ernest Hemingway, George Orwell und Antoine de Saint-Exupéry. Von den Staaten unterstützte nur die Sowjetunion offiziell durch Waffenlieferungen und Berater.

## Ausländer im Kampf

## grausamer Bürgerkrieg

Der erbittert geführte Bürgerkrieg zog sich bis 1939 hin. Stück für Stück verlor die „Republiksregierung“ die Kontrolle über immer größere Gebiete. Auf Francos Seite kämpften italienische und deutsche Truppenverbände (etwa die „Legion Condor“). Spanien wurde zum Testgebiet ihrer neu entwickelten Waffen. Spanien war aber auch als rohstoffreiches Land für die Aufrüstung interessant.

## Francos Sieg mit Hilfe Hitlers und Mussolinis

General Franco konnte dank der Unterstützung Mussolinis und Hitlers im März 1939 Madrid erobern und seine Siegesparade abnehmen. Nach seinem Sieg ließ Franco noch Tausende Anhänger der republikanischen Seite ermorden und einkerkern. Der Bürgerkrieg hatte etwa 600.000 Menschen das Leben gekostet. Flüchtenden Republikanern wurde in Frankreich zum Teil die Einreise verwehrt bzw. wurden sie in Lagern interniert.

## hoher Blutzoll

## keine Beteiligung am II Weltkrieg

## Franco bis 1975

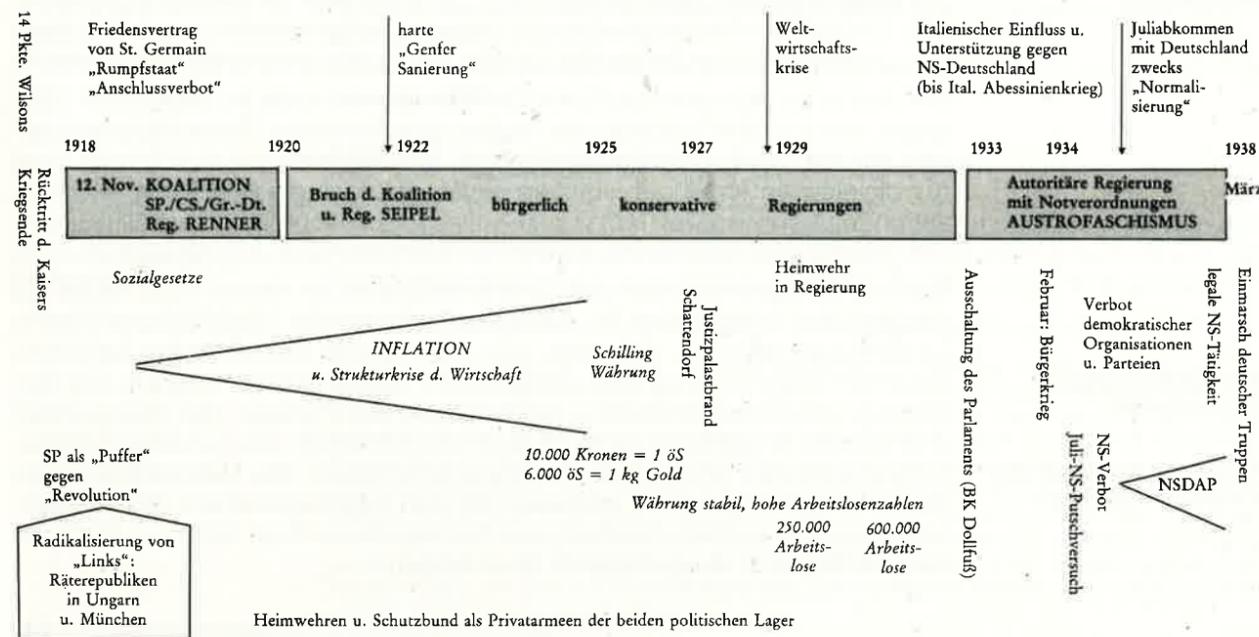
Nach dem Verbot der Parteien gründete Franco eine ihm ergebene Organisation, die „Falange“. Die Herrschaftsstruktur der Königszeit wurde – allerdings ohne König – wiederhergestellt. Die Macht lag in der Hand des „Caudillo“ (Führer). Da sich Spanien am Zweiten Weltkrieg nicht beteiligte, bestand dieses faschistische Regime bis zu Francos Tod im Jahre 1975. Als seinen Nachfolger hat er Prinz Juan Carlos bestimmt. Erst unter dem König konnte eine Liberalisierung und Demokratisierung einsetzen.



Picassos berühmtes Bild „Guernica“ erinnert an die Zerstörung der gleichnamigen baskischen Stadt durch einen Luftangriff der faschistischen Legion Condor. Das Gemälde wurde 1937 auf der Weltausstellung in Paris als bewusster Protest der bedrohten spanischen Republik ausgestellt. Der schlichte, funktionalistische Pavillon Spaniens stand dabei bereits in Kontrast zu den Monumentalbauten der diktatorisch regierten Staaten.

# 5 Österreich vom demokratischen zum autoritären Staat

## ÜBERSICHT ERSTE REPUBLIK



www-Tipp

<http://www.aeiou.at/aeiou.encyclp.e/e782241.htm>

## A Arbeitsaufgabe:

- Ergänzen Sie das Schaubild durch die entsprechenden Seitennummern im Buch.

## 5.1 Arbeitslosigkeit und Finanzierungsschwächen

### Weltwirtschaftskrise 1929 Strukturschwächen

Die Weltwirtschaftskrise traf Österreich aus mehreren Gründen besonders hart: Die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie hatte die Struktur der Wirtschaft so geschwächt, dass die Arbeitslosigkeit auch während der Hochkonjunktur niemals hatte besiegt werden können. Der Versuch der anderen Staaten, sich durch Zollmauern und Devisenvorschriften vom Ausland abzusperren, traf das von der Außenwirtschaft und dem Fremdenverkehr abhängige Österreich härter als die Staaten mit größerer Aussicht auf relative Autarkie.

### geringe Staatseinnahmen

Lohn- und Einkommensteuer waren extrem niedrig. Ohne Einnahmen ist jede Regierung hilflos.

### drückende Arbeitslosigkeit in den 30er Jahren

In den Jahren nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise steigerte sich die Arbeitslosigkeit in Österreich bis auf etwa 600.000 (1933). Das bedeutet, dass jeder dritte unselbständige Erwerbstätige Arbeit suchte. Die lange Dauer der Arbeitslosigkeit reduzierte die Unterstützungen. Viele waren „ausgesteuert“; sie wurden nicht einmal mehr registriert.

### Großunternehmen im Besitz des Auslandes

Das größte österreichische Unternehmen, die Alpine Montangesellschaft, befand sich in ausländischem Besitz. Verständlicherweise legten die Eigentümer zunächst die Betriebe in Österreich still oder schränkten deren Produktion ein, bevor sie zu rigorosen Maßnahmen in den eigenen Ländern schritten.

### Not der Landwirtschaft

Absatzschwierigkeiten und Preisverfall erschütterten auch die Landwirtschaft, von der damals ein Drittel der Bevölkerung lebte. Die drückende